Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 54 – Folge 40 | Erscheint wöchentlich PVSt. Gebühr bezahlt | 4. Oktober 2003 | Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Parkallee 84/86, 20144 Hamburg | C 5524



Urteilsverkündung „im Namen Allahs"

Mit seinem nicht gerade „salomonischen" Spruch hat das Bundesverfassungsgericht sich aus der Verantwortung gestohlen – nun sollen die Länder selbst entscheiden, ob sie ihre Schulen auch muslimischen Lehrerinnen mit Kopftuch öffnen. (Lesen Sie dazu auch den Leitartikel auf dieser Seite sowie die Beiträge von Jürgen Liminski und Prof. Klaus Hornung auf den Seiten 4 und 5.) Foto: dpa

Fünf vor zwölf

Nun wird es endlich ernst auf dem Weg zu den überfälligen Reformen

Das war noch nicht einmal die Ouvertüre. Was sich am letzten Freitag im Deutschen Bundestag abgespielt hat, kann bestenfalls – um beim Vergleich mit der Aufführung einer dramatischen Oper zu bleiben – mit dem Einstimmen der Instrumente verglichen werden. Es ging um die Verabschiedung dessen, was als Gesundheitsreform bezeichnet wird. So gut wie alle Fachleute sind sich darüber einig, daß die jetzt beschlossenen Änderungen bestenfalls die laufende Legislaturperiode überdauern werden. Danach wird es erst richtig zur Sache gehen. Trotzdem war die Minireform schon ein hartes Stück Arbeit, was zeigt, welchen Reformstau das rot-grüne Laienorchester inzwischen aufgetürmt hat.

Das Reformgesetz hat in allen Fraktionen Widerstände ausgelöst. Dies allerdings mit unterschiedlichen Begründungen. In der Unionsfraktion war es vor allem der stellvertretende Vorsitzende Friedrich Merz, der bemängelte, der Gesetzentwurf leite nur ein Reförmchen ein und lasse wesentliche, vor allem systematische Verbesserungen vermissen. So hatten vor einer Woche die Parteivorsitzenden Stoiber und Merkel ihre liebe Mühe, den Disput zu schlichten.

Anders die innerparteiliche Situation bei SPD und Grünen. Vor allem beim linken SPD-Flügel rumorte es, was durch das miserable bayerische Wahlergebnis noch verstärkt wurde. Die Linken sehen wesentliche Kernaussagen und Versprechungen aller ihrer bisherigen Programme verraten. Wenn man bedenkt, mit welcher Verbissenheit sie unter den Stichworten „Sozialabbau" und „Umverteilung von unten nach oben" die Union über Jahre bekämpft haben, wird verständlich, daß sie sich nun in ihren Wahlkreisen kaum noch sehen lassen möchten. Also wollten sie jetzt wenigstens als prinzipientreue Kämpfer dastehen, der eigenen Regierung die Zähne zeigen und gegen das Reformgesetz stimmen. Das aber widersprach dem taktisch bedingten Ehrgeiz von Schröder, trotz des Einvernehmens mit der Union eine eigene Mehrheit zu bekommen.

Was sich vor der Abstimmung abspielte, ist ein bisher einmaliger Vorgang im deutschen Nachkriegsparlamentarismus. Schröder drohte wieder einmal mit Rücktritt, zog Vergleiche zum Verrat der SPD-Fraktion 1982 gegenüber Helmut Schmidt, was der SPD 16 harte Oppositionsjahre eingebrockt habe. Daß er an diesem damaligen „Königsmord" maßgeblich beteiligt war, blieb „außen vor".

Schröder hat den Ernst seiner Lage erkannt. Alles, was jetzt im Bundestag zu beschließen ist, erfordert die absolute, die Kanzlermehrheit. Und diese Entscheidungen haben ein anderes Gewicht als die Reparatur der dringendsten Mängel im Gesundheitswesen. Da prallen die unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Vorstellungen aufeinander. Da wird sich so mancher Alt- oder Neu-Juso wundern, welche Zumutungen dann erst auf ihn zukommen.

Und schließlich reihen sich in die auf Bundestag und Bundesrat zukommenden Entscheidungen die Vorschläge der Ministerpräsidenten Koch (CDU) und Steinbrück (SPD) zum Subventionsabbau und zum Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein. Dies dürfte zum heißesten aller heißen Eisen werden.

Endlich geht es an die wirklichen Probleme Deutschlands heran. Es ist „Fünf vor zwölf" – nach fünf Jahren Rot-Grün merkt die politische Klasse das reichlich spät – hoffentlich nicht zu spät … **Fritz Schenk**

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Der »Heilige Stellvertreter-Krieg«

Meist lohnt es sich ja nicht, per Fernbedienung durch das allabendliche Talk-Überangebot zu zappen; es sind ja doch immer dieselben Leute, die sich da bei Maischberger, bei Christiansen, bei Illner, bei Beckmann, bei Kerner oder bei wem auch immer versammeln, um immer dieselben Sprüche abzusondern. Aber manchmal lohnt es sich eben doch, zum Beispiel letzte Woche bei „Berlin Mitte".

Es ging um das Karlsruher Kopftuch-Urteil, und natürlich fanden die politisch korrekt verlesenen „üblichen Verdächtigen" es ganz toll, daß diese „tapfere" Einzelkämpferin Fereshta Ludin sich das Recht erstritten hat, beim Unterrichten ein Kopftuch zu tragen. Aber zwei Talk-Teilnehmer tanzten aus der Reihe: Bayerns Innenminister Beckstein, der sich erfolgreich bemühte, frischen Wahlsieg-Bonus in meinungsbildende Aussagen umzumünzen, und Deutschlands Ober-Emma Alice Schwarzer. Die bislang nicht als stramm konservativ aufgefallene Publizistin sprach Klartext, sehr zum Leidwesen der Moderatorin, die gar nicht verstehen konnte, daß „ausgerechnet die Feministin Schwarzer gegen die Rechte der Frauen" kämpfe. Deren Antwort: Die „Feministin Schwarzer" habe sich eben noch einen Rest von politischem Verstand bewahrt …

Mehr noch – auch die seltene Gabe, politische Meinungsäußerungen auf Fakten zu stützen. So erfuhren Zuschauer und Mit-Disputanten (auch wenn sie es gar nicht hören wollten) von ihr, daß die muslimische Lehrerin in Wahrheit von islamistischen Organisationen als Kopftuch-Vorkämpferin „vorgeschickt" und finanziert worden ist, also in Karlsruhe eine Art „Heiligen Stellvertreter-Krieg" ausgetragen hatte. Minister Beckstein bestätigte: Zum Teil finden sich diese Unterstützer-Organisationen seit Jahren in Verfassungsschutzberichten.

Damit ist klar: Wer sich jahrelang zum Vorkämpfer solcher weltanschaulich extremen Gruppierungen machen läßt, dem geht es nicht um ein modisches Stück Stoff, sondern um das Symbol einer ganz bestimmten Gesinnung. In diesem Falle einer Gesinnung, die in wichtigen Punkten weder mit unserer Rechtsordnung noch mit den Grundwerten einer christlich orientierten mitteleuropäischen Gesellschaft vereinbar ist. Wer ein solches Symbol in die Schulen tragen will und dafür ein mehrjähriges Gerichtsverfahren durchzieht, der will auch die dahinterstehende Gesinnung in die Köpfe der Kinder transportieren. Das aber ist nicht Gedanken- und Meinungsfreiheit, sondern Indoktrination und Gesinnungsterror. Davor müssen unsere Kinder geschützt werden.

Die politisch korrekten Gutmenschen sollten ihr Toleranzgefasel nicht in deutschen TV-Runden, sondern in islamistischen Hauptstädten vortragen. In Deutschland haben wir in Sachen Toleranz und Weltoffenheit keinen Nachholbedarf. Im Gegenteil – fast schon des Guten zuviel.

Ein Eigentor von linksaußen

Der Verfassungsschutz in NRW läßt Extremisten über Extremismus referieren

Das Landesamt für Verfassungsschutz (VS) in Nordrhein-Westfalen kommt nicht aus den negativen Schlagzeilen. Vergangenes Jahr hatte sein schlampiger Umgang mit V-Leuten in höchsten NPD-Parteiämtern den Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht zum Platzen gebracht. Nun steht die öffentliche VS-Fachtagung am 8. Oktober zum Thema „Die Neue Rechte – Gefahr für die Demokratie?" in der Kritik. Mehrere Referenten kommen aus dem linksextremen Spektrum und sind in der Vergangenheit im Umfeld der altkommunistischen DKP oder der SED-Nachfolgepartei PDS aufgefallen (s. *PAZ* Folge 26, Seite 4). Organisiert wurde die Veranstaltung von dem wissenschaftlichen VS-Mitarbeiter Thomas Pfeiffer. Pikant ist, daß dieser Verfassungsschützer selbst beste Kontakte zu linksradikalen Gruppen wie der Antifa-Dortmund unterhält.

Innerhalb der CDU-Bundestagsfraktion kursiert eine 50seitige Dokumentation, die das politische Wirken der linken VS-Redner untersucht. Als besonders gefährlich gilt der schwäbische Antifa-Journalist Gernot Modery. Unter dem Pseudonym Anton Maegerle schreibt er häufig in der Zeitschrift *Konkret*, über die der Bundesverfassungsschutz 1998 urteilte: „Als bedeutendstes Blatt des ‚antideutschen' und ‚antinationalen' Linksextremismus bemüht es sich weiterhin um den Nachweis, daß nahezu allen politischen Ereignissen in Deutschland letztlich faschistische Wurzeln und Motive zugrunde liegen." Neben solchen sektiererischen Links-Zeitschriften beliefert Modery-Maegerle auch große Medien wie den *Stern* oder das TV-Magazin *Panorama* mit Munition für Kampagnen gegen politische Gegner. Vor allem konservative Unions-Politiker hat er im Visier, denen er Kontakte zu „Rechtsradikalen" vorwirft.

Meist kurz vor Wahlen produziert er geschickt geschnittene Reportagen wie die Sendung „Tabubruch mit Vorsatz: Die miesen Inszenierungen des Roland Koch." Auch Brandenburgs Innenminister Schönbohm oder der bayerische Ministerpräsident Stoiber waren Opfer von Kampagnen. Seinen eigenen politischen Standort verraten die diffamierenden Ausfälle Moderys gegen die anerkannte konservative Menschenrechtsorganisation IGFM: sie betreibe „übelste antisozialistische Propaganda", weil sie auf Mißstände im Ostblock aufmerksam gemacht hatte.

Im NRW-Landtag wie auch im Bundestag wird schon seit Wochen

Fortsetzung auf Seite 2

Die Schulden-Uhr: Eine Mrd. weg

Das Chaos um die Einführung der Lkw-Maut kostet den deutschen Steuerzahler vorsichtigen Schätzungen zufolge insgesamt rund eine Milliarde Euro. Trotz gigantischer Defizite geht die Verschwendung also munter weiter. Hier der aktuelle Stand der deutschen Schulden:

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.312.054.900.827 €

(in Worten: eine Billion dreihundertzwölf Milliarden vierundfünfzig Millionen neunhunderttausend und achthundertsiebenundzwanzig Euro)

Vorwoche: 1.310.699.964.576 €
Verschuldung pro Kopf: 15.900 €
Vorwoche: 15.884 €

(Stand: Montag, 29. Sept. 2003, 12.00 Uhr. Quelle: www.steuerzahler.de)

Kommentar

Verbale Nötigung

Nein, Humor haben sie überhaupt nicht, die politisch korrekten Volksbeglücker, die derzeit den Hamburgern einreden wollen, die Hansestadt brauche dringend ein neues, „demokratisches" Wahlrecht. Als ich einem besonders eifrigen Unterschriftenlisten-Aktivisten antwortete „Nein, danke, ich bin Schriftsteller, kein Unterschriftsteller", fiel die Reaktion beängstigend aggressiv aus. Durch Formulierungen am Rande der verbalen Nötigung fielen auch andere Wahlrechts-Aktivisten auf – und durch alle möglichen eher unhanseatischen Dialekte. Recherchen des *Hamburger Abendblatts* bestätigten: In der Wahlrecht-Drückerkolonne sind die (wahlberechtigten) Einheimischen in der Minderheit; Unterschriften fürs Volksbegehren wurden gesammelt u. a. von Punks aus Bayreuth, einem Kochbuchautor aus Ulm, einer Studentengruppe der Berliner Freien Theaterschule, Demo-Reisenden aus Leipzig und Dresden sowie zwei komplett angereisten Schulklassen aus dem Allgäu. **Hans-Jürgen Mahlitz**

Gestörter Rechtsfrieden

Warum Schäuble als Präsident keine Akzeptanz finden würde

Bei allem Respekt vor der Lebensleistung und dem Schicksal Wolfgang Schäubles erscheint es unvorstellbar, daß er als Präsident aller Deutschen Akzeptanz finden würde. Voraussetzung dafür wäre ein erkennbarer Beitrag Schäubles zur Wiederherstellung des nach wie vor empfindlich gestörten Rechtsfriedens zwischen den Opfern der Boden- und Industriereform und dem Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland.

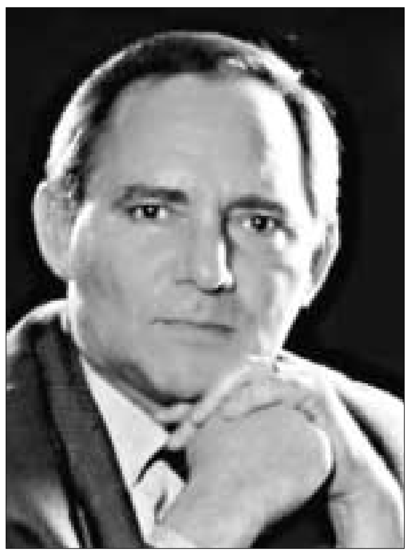
Weder die ehemalige Sowjetunion noch die untergegangene DDR, vielmehr die unter dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble tätige Kommission „Deutsche Einheit" hat (nach einer Mitteilung des Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vom 5. März 1990, S. 128) noch vor der ersten freien, am 18. März 1990 erfolgten Volkskammerwahl der DDR als „Hauptpunkt" für die Wiedervereinigung festgelegt: „Enteignungen von Großgrundbesitz, Großindustrie und Bodenschätzen vor 1949 werden nicht wieder rückgängig gemacht, die früheren Eigentümer nicht entschädigt."

Heute wissen wir, daß dafür vermeintliche finanzielle Interessen des Staatsfiskus ebenso maßgeblich waren wie das parteipolitische Kalkül der CDU, mit Hilfe der Sozialisten in der Block-CDU der DDR

In seinem Buch verhöhnte er die Opfer der Enteignungen

könne die erste gesamtdeutsche Wahl gewonnen werden. In Frage steht nach wie vor der Umgang mit der Wahrheit vor dem Bundesverfassungsgericht, bezogen auf das Recht auf Eigentum von Menschen, von denen viele als Vertreibungsopfer umgekommen sind.

Später hat sich Schäuble in seinem Buch „Der Vertrag" (S. 103) lustig gemacht über jene, „die jetzt in Verzweiflung geraten, weil sie möglicherweise etwas nicht mehr bekommen, von dem sie seit 20 Jahren im Traum nicht daran gedacht haben, daß sie es jemals wiederbekommen würden". Da Schäuble den Betroffenen nicht einmal eine Entschädigung zubilligen wollte, mußte mit dem ersten Bodenreformurteil vom 23. April 1991 vor



Favorit fürs höchste Amt: *Führende Unionspolitiker haben inzwischen erkennen lassen, daß sie eine Kandidatur Wolfgang Schäubles befürworten.* Foto: Deutscher Bundestag

dem Bundesverfassungsgericht erstritten werden, daß – in Ansehung des sonst geltenden Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung" – den Betroffenen wenigstens Ausgleichsleistungen gebühren, die dem Gleichheitssatz entsprechen müssen. An der Verweigerung solcher Ausgleichsleistungen war Schäuble im Deutschen Bundestag als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU maßgeblich beteiligt.

In seinem Buch (S. 255) hatte er sich damit gebrüstet, er habe persönlich dafür gesorgt, daß nach der gemeinsamen Erklärung beider deutschen Regierungen vom 15. Juni 1990 für die Betroffenen anstelle von bis dato vorgesehenen Entschädigungen allenfalls „Ausgleichsleistungen" in Betracht kommen. Diese Aktivitäten Schäubles haben mit dazu beigetragen, daß den Vertriebenen die Rückkehr in ihre angestammte Heimat in Deutschland ebenso verwehrt worden ist wie der Rückerwerb derjenigen „Beute" aus kommunistischen Konfiskationen, die sich der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Wiedervereinigung einverleibt hat, um sie nun unter Aufwand erheblicher Verwaltungskosten zugunsten des Staatsfiskus zu versilbern.

Der Fiskus wartet, bis viele der Betroffenen verstorben sind

Während unter Verzicht auf erhebliche – auch emotional begründete – Investitionsleistungen die Vertriebenen von ihrer angestammten Heimat ferngehalten werden, verschleppt der Staatsfiskus die Auszahlung von Ausgleichsleistungen in der überwiegenden Zahl der Fälle voraussichtlich über das Jahr 2010 hinaus, bis die „Erlebnisgeneration" nach Möglichkeit verstorben ist. Da die Ausgleichsleistungen im Durchschnitt nur zwei bis fünf Prozent des Verkehrswertes des früheren Eigentums betragen und somit eine eklatante Verletzung des Gleichheitssatzes und des Diskriminierungsverbotes der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliegt, mußte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ange- rufen werden, um dereinst den unter anderem von Wolfgang Schäuble nachhaltig gestörten Rechtsfrieden wieder herzustellen. Wür- de er zum Bundespräsidenten gewählt, könnte einer großen Zahl von Menschen nicht angesonnen werden, ausgerechnet ihn als ihren Präsidenten anzusehen. **Albrecht Wendenburg**

Linkes Eigentor ...

Fortsetzung von Seite 1

hinter den Kulissen um die VS-Veranstaltung zur „Neuen Rechten" gerungen. Abgeordnete der CDU und der FDP haben den rot-grünen Regierungen in Düsseldorf und Berlin über ein Dutzend parlamentarische Anfragen vorgelegt, um die politischen Verstrickungen von Verfassungsschutzmitarbeitern mit der linken Szene aufzuklären. Auch CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers hat – wenn auch nur milde – Kritik geübt. Innenminister Fritz Behrens (SPD) dagegen wiegelt ab. Er bestreitet, daß an der Tagung Linksextreme teilnehmen: Die Referenten würden lediglich „das gesamte demokratische Spektrum abdecken", bewegten sich aber „keinesfalls außerhalb dieses Spektrums".

Erstmals setzten sich die Konservativen erfolgreich zur Wehr

Allerdings sind die Vorwürfe gegen einige der Referenten massiv. Der Düsseldorfer FDP-Abgeordnete Horst Engel bemängelt die Teilnahme des Kölner Politikprofessors Christoph Butterwegge, der am 8. Oktober auf dem Podium des Verfassungsschutzes sitzen soll. Butterwegge publizierte bis zum Fall der Mauer in SED-gesteuerten Verlagen wie Pahl-Rugenstein. Zudem fiel er durch Verharmlosung und Beschönigung roter Diktaturen auf. In *Frontal*, dem Hausblatt des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), verstieg er sich zu der ideologischen Rechtfertigung von politischer Gewalt: „Wer dem sozialistischen Staat, der sich von seinen Vorgängern grundlegend unterscheidet, nicht das Recht zugesteht, im Rahmen der gültigen Gesetze Gewalt anzuwenden, um die Machtstellung der Arbeiterklasse zu verteidigen, verläßt den Boden des wissenschaftlichen Sozialismus." Engel, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, stellt nun offiziell die Frage an die Landesregierung, ob Butterwegge trotz seiner orthodox-sozialistischen Thesen als Hüter der demokratischen Verfassung geeignet sei.

Schon jetzt deutet sich an, daß die Fachtagung der Düsseldorfer Verfassungsschützer nicht Auftakt zu einer neuen Runde im einseitigen „Kampf gegen rechts", sondern ein schweres politisches Eigentor sein wird. „Der Schaden für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit des NRW-Verfassungsschutzes, auch im Kreise anderer Verfassungsschutzbehörden, ist bereits jetzt erheblich", urteilt der CDU-Parlamentarier Georg Schirmbeck. Und tatsächlich hat der Vorgang intern hohe Wellen geschlagen. Auch wenn die Düsseldorfer Tagung vom 8. Oktober durchgezogen wird, ist das Amt doch erheblich unter Druck gekommen. Erstmals konnten sich Konservative erfolgreich politisch wie auch publizistisch gegen Diffamierungen wehren. In Zukunft wird es den stillen Seilschaften der sogenannten Antifaschisten daher schwerer fallen, den berechtigten Kampf aller Demokraten gegen politische Extremisten für pauschale Feldzüge „gegen rechts" zu mißbrauchen. **Robert Mühlbauer**

Notwendiges Kriterium

Jetzt werden Check-Listen erstellt. Als ob man die Stelle der Nummer eins im Staat, die des Bundespräsidenten, ausschreiben könnte. Und natürlich entsprechen diese „Ausschreibungen" nach außen objektiven Kriterien und nach innen politischem Kalkül. Die SPD zum Beispiel hat vor allem ein Kriterium: Eine Frau soll es sein. Bei der Union ist es komplizierter, aber je nach Interesse des Autors der Liste läßt sich der Kreis der potentiellen Bewerber damit eingrenzen, bis nur noch ein Kandidat ins Raster paßt. So macht man es auch bei Unternehmen, wenn man eine bestimmte Bewerbung favorisiert.

Natürlich muß es Kriterien geben. Persönliche Integrität, innen- wie außenpolitische Sachkompetenz, würdevolles Auftreten, überzeugende Rhetorik, Fähigkeit zur Überparteilichkeit – all das gehört dazu, wenn man Notar Deutschlands werden will. Bei der Gewichtung der Kriterien sollte man freilich nicht nur die Person des künftigen Amtsinhabers im Auge haben, es geht auch um das Amt selbst. Das steht in einem historischen Kontext. Heute brauchen wir weniger einen „Papa Heuss", der die Politikerkaste liebenswürdig und würdevoll vertritt, sondern eher einen Kandidaten, der den Parteipolitikern aus Exekutive und Legislative die Leviten lesen kann. Das Wort bleibt die Waffe des Präsidenten, und deshalb sollte er vor allem schonungslos Klartext reden. Dazu gehört, daß er keine Rücksicht nehmen muß, etwa auf die Frage seiner Wiederwahl. Der Vorschlag, die Amtszeit zu verlängern und dafür die Wiederwahloption fallen zu lassen, ist in diesem Sinn durchaus bedenkenswert. Ein Präsident, der einmal auf sieben Jahre gewählt ist und weder Parteien noch Wähler fürchten braucht, kann Wahrheiten aussprechen, die sonst im trüben Klima der derzeit herrschenden politischen Korrektheit mit ihren Feigheiten und Verlogenheiten verschwiegen werden.

In diesem Sinn gab der scheidende Präsident jüngst in China ein Beispiel des Muts, als er über Menschenrechte im Reich der Mitte sprach. Das schmeckte weder der Wirtschaft noch der Regierung, die Opposition schwieg. Weitere Beispiele waren seine Reden über Bioethik und über die Verletzungen der Vertriebenen am Tag der Heimat. Auch die schmeckten den rot-grünen Genossen nicht. Aber sie werden in Erinnerung bleiben. Denn sie haben eins gemeinsam: Sie sprechen Wahrheiten aus. Sie reißen den Schleier der interessengeleiteten Korrektheiten herunter. Nichts anderes ist ja die Wahrheit als die „Enthüllung der Wirklichkeit" (Josef Pieper). Das ist die vornehmste Aufgabe des Präsidenten heute. Sie weist über ihn hinaus.

Wer auf den Appell der Wirklichkeit antworten will, der zeigt Verantwortung vor dem Schöpfer dieser Wirklichkeit. Deshalb sollte der Präsident auch ein gläubiger Mensch sein. Nicht plakativ, aber im Herzen. Eine so verstandene Leidenschaft für die Wahrheit – man wundert sich, daß die Kirchen hier so stumm sind – ist als Forderung vielleicht nicht konsensfähig, schafft aber einen Konsens gesellschaftlicher Grundwerte jenseits persönlicher und parteilicher Interessen. Von ihm lebt die Demokratie. Leidenschaft für die Wahrheit – das ist sicher kein einfaches Kriterium in einer heidnischer werdenden Gesellschaft, aber heute so notwendig wie nie. **Franz Salzmacher**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Panorama: Hans Heckel; **Aus aller Welt, Wirtschaftspolitik:** Karl-Peter Gerigk; **Kultur, Unterhaltung, Modernes Leben:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Literatur:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatkreise, Aktuelles, Landsmannschaftliche Arbeit:** Florian Möbius; **Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: Landesbank Hamburg, BLZ 200 500 00, Konto-Nr. 192 344. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 24. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51

http://www.ostpreussenblatt.de
E-Mail:
redaktion@ostpreussenblatt.de
anzeigen@ostpreussenblatt.de
vertrieb@ostpreussenblatt.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

www.ostpreussenblatt.de
Benutzername/User-ID: **ob**
Kennwort/PIN: **2214**

Polen auf verbalem Kriegspfad

Debatte um das »Zentrum gegen Vertreibungen« nimmt immer groteskere Züge an / Von Carl Gustaf Ströhm

Die Auseinandersetzung um das von der Vertriebenen-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die polnische Reaktion darauf, hat – trotz aller geschmacklichen Entgleisungen – auch etwas Positives: Sie hat den Schleier der schönen Versöhnungsreden und der „Friede, Freude, Eierkuchen“-Atmosphäre in den deutsch-polnischen Beziehungen zerrissen und einige, wenn auch desillusionierende Wahrheiten zutage treten lassen.

Die erste Wahrheit lautet: Auch (oder vielleicht gerade) „versöhnungsbereite“ Polen haben sich, fast möchte man sagen: in breiter Front, wenn schon nicht mit dem Stil, dann aber umso mehr mit dem Inhalt der Forderungen des polnischen Magazins *Wprost* identifiziert. Da ist an erster Stelle der ehemalige Außenminister, Botschafter und Auschwitz-Häftling Bartoszewski zu nennen, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels und „polnischer Festredner vom Dienst“ bei diversen deutschen Verständigungs- und Freundschaftsveranstaltungen in Richtung Polen. Es war Bartoszewski, der seinen deutschen Freunden in aller Schärfe mitteilte, Polen könne den Deutschen eine Rechnung präsentieren, an der mehrere deutsche Generationen zu kauen haben würden.

Es war Leszek Kolakowski, berühmter Oxford-Professor, Dissident und Antikommunist, der die bereits vom Zaun gebrochene Debatte – nach Veröffentlichung der Fotomontage mit dem auf allen vieren kriechenden Schröder und Frau Steinbach in schwarzer SS-Uniform mit Hakenkreuzbinde – noch weiter anheizte, indem er aus seinen Kindheitserinnerungen die Szene beitrug, wie deutsche Soldaten 1939 seine Eltern ausplünderten. Dazu sagte der angesehene Gelehrte der *Gazeta Wyborcza*, im Falle Deutschlands könne das, was heute unmöglich erscheine, morgen Wirklichkeit werden. Kolakowski meinte hier offenbar künftige deutsche Gebiets- und Entschädigungsforderungen an Polen.

Haben die Deutschen die Wiedervereinigung den Polen zu verdanken?

Auch Lech Walesa, der Held von Danzig und Gründer der „Solidarnosc“ sowie ehemalige Staatspräsident, meldete sich zu Wort und meinte, die Deutschen hätten die Wiedervereinigung wesentlich auch den Polen zu verdanken. Wenn er sich, Walesa, 1989 dagegen ausgesprochen hätte, wäre es nicht zur Einheit Deutschlands gekommen. Dann meinte er, wenn die Deutschen auf ihrem „Zentrum gegen Vertreibungen“ beharrten, dann würden die Polen ein Zentrum in Warschau hinstellen, das die Erinnerung an die deutschen Greueltaten an Polen wachhalten solle. Schließlich trug auch der ehemalige polnische Außenminister Bronislaw Geremek sein Scherflein zur Verschärfung bei, indem er im Interview der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* erklärte, ein Zentrum in Berlin wäre „ein Ort, an dem zum Haß erzogen wird“. Das Zentrum würde die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen „belasten“.

Auf eine beschwichtigende Frage des Interviewers sagte Geremek schroff: „Mich interessieren die Gefühle von Frau Steinbach nicht besonders. Mich interessieren die Beziehungen zwischen unseren Ländern. Ein Zentrum in Berlin würde die Wiederkehr des Hasses fördern, auch unter Jugendlichen in Deutschland.“ Hier müßte man in aller Bescheidenheit fragen: Warum sollten die „Gefühle“ der Frau Steinbach kein Interesse verdienen? Der nächste Schritt wäre doch, wenn man sagte: die deutschen Opfer – jene Elendsgestalten, meist Frauen, Kinder und Greise, die über das zugefrorene Haff im Januar ’45 per Treck nach Westen flüchteten, oder – schlimmer noch, jene, die von sowjetischen Panzerkeilen überrollt und massenhaft vergewaltigt oder umgebracht wurden, verdienen kein Mitgefühl, nicht einmal Interesse. Woher will Geremek wissen, daß das geplante Zentrum zum „Haß“ aufrufen wollte? Oder ist das Schicksal der Ostdeutschen, der Schlesier, Pommern, Ostpreußen und Danziger, in den ersten Monaten des Jahres 1945 nicht so furchtbar, daß jede auch noch so taktvolle und behutsame Darstellung zu einer emotionellen Entladung führen müßte?

Andererseits – wenn eine einzige Ausstellung dieser Art bereits die „Verständigung“ zwischen Polen und Deutschen rückgängig machen könnte – was wäre dann eine Aussöhnung wert, die bei der ersten Konfrontation mit den geschichtlichen Tatsachen in sich zusammenfiele? Geremek bezeichnet das geplante Zentrum als ein „gefährliches Projekt“. In der Konsequenz bedeutet dies, daß die Geschichte des deutschen Ostens – und erst recht seiner Katastrophe im Jahre 1945 – unter einer Glasglocke dargestellt werden muß. Die deutschen Opfer von damals – soweit sie noch am Leben sind – sollten tunlichst schweigen und sich wenn überhaupt nur im europäischen Kontext dazu äußern. Das heißt: die deutsche Seite darf nicht aussprechen, was ist oder was wirklich gewesen ist. Die Deutschen sollen im Interesse der Verständigung ihre Leidensgeschichte unter den Teppich kehren – während die andere Seite ein natürliches Recht (ist es das Recht des Siegers?) hat, ihre Leiden und Opfer ständig im Bewußtsein zu halten.

Gewiß, hier kommt der ohnehin unsinnige Einwand: die Deutschen waren das „Tätervolk“. Das aber bedeutet in der Konsequenz, daß es eine Gleichberechtigung der Deutschen auch nach mehreren Generationen nicht geben kann. Aber was ist das für eine Verständigung, bei welcher der eine schweigen und alles schlucken muß – und der andere, wann immer er es für richtig hält, auftrumpfen kann. Und was die „Täter“ betrifft: die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen waren selber Opfer Hitlerscher Wahnideen. Diese Menschen wollten doch in Frieden und bescheidenem Wohlstand leben. Nur eine kleine Minderheit von Verrückten war versessen auf einen Krieg und auf Eroberungen. Die größten Leidtragenden waren 1945 auch auf deutscher Seite die einfachen Menschen, die zum Schluß nur noch um das nackte Überleben in Richtung Westen liefen.



Das Selbstverständnis der Polen läßt nur die Opferrolle zu: *Über Jahrhunderte hinweg fühlte sich die polnische Nation von den Russen, Preußen sowie Napoleons Frankreich, später von der Sowjetunion und Deutschland bedrängt und auch unterdrückt. Anläßlich der Diskussionen um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ zeigt sich allerdings die Angst der Polen, einmal nicht in der bewährten Rolle des Opfers, sondern nun auch als Täter dazustehen. Obwohl Polen seit dem Zerfall der Sowjetunion erstmals seit langem frei ist, ist die Nation noch nicht bereit, sich auch kritisch mit der eigenen, nicht immer ruhmreichen Geschichte auseinanderzusetzen.* Foto: Wprost

Das Magazin *Wprost* hat mit Hilfe einer Anzahl polnischer Universitätsprofessoren und zweier amerikanischer Anwälte, die auf Nazi-Entschädigungsverfahren spezialisiert sind, den Deutschen bereits die Rechnung präsentiert: sie lautet über eine Billion US-Dollar, welche die Deutschen den Polen angeblich für den Zweiten Weltkrieg schuldig sind. Selbst ein so gebildeter und erfahrener Mann wie Bartoszewski will aber offenbar nicht einsehen, daß die Realisierung einer solch astronomischen – und im übrigen durch nichts zu rechtfertigenden – Forderung zwar den ökonomischen Kollaps Deutschlands nach sich ziehen würde, daß aber ein solcher Zusammenbruch auch die Nachbarn Deutschlands, darunter vor allem Polen, mit in den Abgrund reißen würde. Am Ende stünde dann (zu spät) die Erkenntnis: „Operation gelungen – Patient tot!“ Man sollte sich hier wirklich an die Geschichte erinnern: Die maßlosen Reparationsforderungen der Alliierten (vor allem Frankreichs) nach dem Ersten Weltkrieg haben neben der Weltwirtschaftskrise zur Zerstörung der Weimarer Republik beigetragen. Sie haben zugleich Hitler den Weg zur Macht geebnet und damit den Zweiten Weltkrieg mit ausgelöst.

Es wäre bedauerlich, wenn in Polen bei einer bestimmten, durchaus maßgeblichen Schicht ein gewisser Charakterzug wieder zum Durchbruch gelangte, der dem Land und Volk in der Vergangenheit schwer geschadet hat: nämlich ein gewisser Justament-Standpunkt, gelegentlich sogar gepaart mit Realitätsverlust bis hin zum Größenwahn. So etwas äußert sich dann in der gegenwärtigen Auseinandersetzung etwa im – ironisch gemeinten – Vorschlag des *Wprost*-Chefredakteurs Marek Krol, man solle doch Erika Steinbachs „Zentrum gegen Vertreibungen“ – im Jenseits, nämlich im Paradies errichten, denn schließlich seien die vom lieben Gott aus dem Paradies verjagten Adam und Eva die ersten Vertriebenen gewesen.

Verdrängtes schlechtes Gewissen macht die Polen aggressiv

Gewiß hat es auch von deutscher Seite (gemeint ist hier jene Seite, die dem Projekt wohlwollend gegenüberstand) Fehler gegeben. Die Reise von Frau Steinbach nach Warschau, wo sie einem polnischen Auditorium die Idee des „Zentrums“ nahe bringen wollte, mußte mit einem Fiasko enden, und zwar aus einem plausiblen Grund: Die Oder-Neiße-Linie ist zwar eine Realität und wird auch vom offiziellen Deutschland längst nicht mehr in Frage gestellt. Aber auf polnischer Seite verraten die zum Teil eruptiven Reaktionen auf Erika Steinbach und den BdV – die Zeitschrift *Wprost* bezeichnet den Vertriebenenverband gar als „Botschaft des Dritten Reichs in der Bundesrepublik“ – eine gewisse Unsicherheit, ja sogar indirekt ein schlechtes Gewissen: irgendwie hat man dort das Gefühl, etwas bekommen zu haben, was einem nicht zusteht. Das äußerte sich in der Frage an die deutsche Abgeordnete, die als zweijähriges Kleinkind ihre Heimat verlassen mußte, ob sie in ihrer Kindheit mit einer Seife gebadet worden sei, die aus den Knochen ermordeter Juden und Polen hergestellt wurde. Selbst wenn man solche Entgleisungen beiseite läßt: Zu behaupten, daß Breslau alias Wroclaw oder Danzig alias Gdansk vor dem Zweiten Weltkrieg polnische Städte waren, ist absurd. Daraus ergibt sich dann eine Abneigung gegen jenen, der einen an das Außergewöhnliche dieses „Bevölkerungs- und Gebietstransfers“ erinnert. Da die Deutschen das Pech haben, daß ihnen Hitler mit seinen Wahnideen und Verbrechen am Bein hängt, ist es üblich, das eigene Gewissen damit zu beruhigen, es seien ohnedies lauter Nazis gewesen, die damals, im Jahre 1945, die Opfer waren.

Kaum diskutiert wurde bisher die Tatsache, daß die Sowjets die deutschen Ostgebiete weitgehend kampflos und daher unversehrt erobert haben. Bis auf Breslau, Danzig oder Königsberg gab es nur wenige zerstörte Städte. Das oberschlesische Industriegebiet mit seiner gesamten Infrastruktur fiel so gut wie unbeschädigt in sowjetische Hände und wurde dann den Polen übergeben. Reiche landwirtschaftliche Gebiete waren die Kriegsbeute und verwandelten sich in die „polnischen Westgebiete“. Auch hier könnte man eine Gegenrechnung aufmachen – über das von den Vertriebenen und Geflüchteten zurückgelassene Vermögen, über den Wert von Fabriken, Straßen, sogar (wenn auch unvollendeten) Autobahnen. Vielleicht käme dann auch die deutsche Seite auf eine astronomische Summe.

Es gibt allerdings eine Person, die – wenn auch im Jenseits und womöglich (wie wir hoffen) in der Hölle – mit Händereiben und Triumph auf das erneute polnisch-deutsche Zerwürfnis reagiert: das wäre Josef Stalin, einer der Erfinder der Oder-Neiße-Linie. Er wußte genau, daß er damit Polen eine Hypothek aufbürdete: der Verlust Lembergs und der polnischen Ostgebiete wurde zwar reichlich durch die Länder im deutschen Osten entschädigt. Aber das deutsch-polnische Verhältnis war damit belastet, wenn nicht – wie sich jetzt so erschreckend gezeigt hat – vergiftet, und das womöglich auf lange Zeit.

Inmitten der Entgleisungen und komplexgeladenen Erklärungen machen einige (wenige, aber eindrucksvolle) polnische Leserreaktionen auf den *Wprost*-Artikel Mut. Im Internet schrieb einer, er sehe gar nicht ein, warum ein junger Deutscher, der den Zweiten Weltkrieg nicht erlebt habe, einem jungen Polen, der gleichfalls den Krieg nur aus Büchern oder Filmen kennt, etwas zahlen müsse. Ein anderer Leser meint, ob nicht die Russen und Ukrainer auch ein Recht hätten, den Polen eine Reparationsrechnung zu präsentieren. Schließlich seien polnische Armeen in früheren Jahrhunderten bis Moskau marschiert. Und dann fragt ein polnischer Leser, ob es nicht an der Zeit sei, zu arbeiten und aus eigener Kraft etwas auf die Beine zu stellen, statt sich nur immer zu überlegen, aus welchen fremden Taschen man etwas herausziehen könne. Doch das mögen – einstweilen – Rufer in der Wüste (oder an Oder und Weichsel) sein. ■

In deutschen Schulen: Kopftuch oder Kruzifix?

Jürgen Liminski über mögliche Folgen des Karlsruher Urteils

Das Kopftuchurteil ist ein Schlag ins unverhüllte Gesicht Europas. Beim Kreuz waren sie „mutig“ und pochten auf die Neutralität des Staates. Jetzt, acht Jahre später, schiebt die Mehrheit des zweiten Senats in Karlsruhe die Entscheidung kleinlaut und emsig an den Gesetzgeber weiter. Das erinnert an den Käfer, der Mist sammelt, zu einem Ballen formt und vor sich herschiebt.

Das Problem des religiösen Bekenntnisses in einem weltanschaulich neutralen, pluralistischen Staat wird immer größer. Die Parlamente werden sich damit befassen und möglicherweise 16 verschiedene Gesetze beschließen. Irgendwann wird die Sache dann doch wieder vor dem Bundesverfassungsgericht landen, weil eine Kopftuchträgerin Beamtin werden will und Bundesrecht Landesrecht brechen soll. Und dann muß doch in Karlsruhe entschieden werden. Vielleicht wird der ganze Mist dann zerfallen, so wie der Ballen des Käfers an der Wand. Aber dann sind es vermutlich andere Richter, und angesichts der geistigen Schwindsucht in diesem Land wird man der Frage vielleicht kaum noch Bedeutung beimessen. Das Gesicht Deutschlands wird ein anderes sein: zerschlagen, leer und ausdruckslos. Es sind solche

Deutschlands Gesicht wird ein anderes

Urteile, die zunächst einen Geisteszustand widerspiegeln, in diesem Fall die weit verbreitete Feigheit, die eigene geistig-ideelle Verfaßtheit, vor allem den eigenen Glauben gegenüber anderen Religionen zu bekennen. Wenn, wie Humboldt meinte, die Sprache der „Geistleib“ des Menschen ist oder nach einem Wort Schopenhauers die „Physiognomie des Geistes“, dann haben wir in Karlsruhe ein Gesicht der Ratlosigkeit vor uns, weil die Richter sich scheuen, auf die geistige Gestalt Europas und Deutschlands zu rekurrieren. Sie halten krampfhaft an der Neutralität und dem Pluralismus fest. Aber das sind keine Lebensmaximen. Aus ihnen folgt nur das Gebot der Toleranz. Und gerade das wird mit dem jüngsten Urteil verschoben statt verstärkt. Hier steht die Toleranz auf der Kippe zur Selbstaufgabe. Das wird auch das Denken der Allgemeinheit beeinflussen. Die Angst vor der eigenen Courage und vor dem Sturm der politisch korrekten Gutmenschen in den Medien sind die Schläge ins Gesicht Europas. Denn Europa ist christlich, nicht nur in seinem Wurzelwerk, sondern auch heute noch im alltäglichen Leben, in den Früchten des Baumes Demokratie.



Mit zweierlei Maß gemessen: *Einerseits wurde vom Verfassungsgericht das Kreuz aufgrund religiöser Toleranz aus den Klassenzimmern verbannt. Andererseits dürfen islamische Lehrerinnen im Schulunterricht das Kopftuch tragen.* Foto: Archiv

Der Islam dagegen ist demokratieunfähig. Frauen werden mißachtet und gedemütigt. In vielen islamischen Ländern ist Polygamie normal und Menschenwürde eine Angelegenheit der teetrinkenden oder quatkauenden Männer. Vor solchen Männern ist es ein Schutz, Kopf und Körper zu verhüllen. In Europa herrschen andere Sitten, auch Unsitten gewiß, aber die Menschenwürde gilt auch für Frauen, mit und ohne Kopftuch. Die Richter haben ein Stück Würde und Freiheit aufgegeben. Nun ist der Schulfrieden in Gefahr. Eltern könnten dagegen protestieren, daß eine Lehrerin darauf besteht, ihr religiöses Symbol demonstrativ zu tragen. Sie könnten zu Recht den Fanatismus der Lehrerin fürchten. Sie sollten freilich genauso die Arroganz und Religionsfeindlichkeit von deutschen Lehrern fürchten. Denn hinter diesen Lehrern steht mehr als ein Relativismus der Werte, hinter ihnen steht im wahrsten Sinn des Wortes nichts. Sie sind Nihilisten, für sie ist, was Karl Kraus von Metropolen wie Wien schrieb, die heutige Gesellschaft in Deutschland offenbar eine „Versuchsstation des Weltuntergangs“.

Ganz anders die Islamisten. Sie zeichnen, wie man ironischerweise am Tag vor der Urteilsverkündung auf einem großen islamischen Kongreß in Deutschland selbst im Fernsehen beobachten konnte, ein Bild von der Weltherrschaft des Islam, und natürlich vor allem in Europa. Sie wissen, daß es kein geistiges Vakuum geben kann. Wer diese Entwicklung weiterdenkt, landet in der historischen Perspektive beim Kopftuch für alle Frauen.

Das Kreuz habe „appellativen Charakter“, sagten die Richter vor acht Jahren. Das gilt auch für das Kopftuch und für jedes ostentativ getragene religiöse Symbol. Die Franzosen verbannen deshalb aus den öffentlichen Schulen jedes religiöse Zeichen, das Kreuz ebenso wie das Kopftuch. Derzeit wogt auch in Frankreich eine Debatte, ob man deswegen ein Gesetz verabschieden soll. Bisher langten das Selbstverständnis und die Anweisung des Schuldirektors. Aber die islamische Minderheit ist mittlerweile zur zweitgrößten Religion avanciert, und es werden täglich mehr.

Ihre Aggressivität erzeugt Angst. Politisch schlägt sich das im Zulauf zu radikal-nationalistischen Gruppierungen wie der Nationalen Front nieder. Innenminister Sarkozy hält wacker dagegen und zögert vor der Verabschiedung eines Gesetzes über religiöse Symbole an öffentlichen Schulen. Erziehungsminister Ferry ist mal dafür, mal dagegen. Premier Raffarin strebt jetzt solch ein Gesetz an. Man kann über die Art und Weise streiten, fest steht: Man wehrt sich. Die Deutschen dagegen verharren im üblichen quälerischen Selbstzweifel. Das mag mit ihrem gepflegten Schuldkomplex zusammenhängen und mit ihrer gebrochenen Identität. Sie sollten wenigstens die Tatsachen zur Kenntnis nehmen – zum Beispiel das Vordringen des Islam und seine wachsende Fanatisierung – und wie die Bischöfe zwar auf Toleranz bauen, aber auch auf Gegenseitigkeit. Man sollte von den Staaten, aus denen die Kopftuchträgerinnen stammen, verlangen, daß dort auch Christen öffentlich Symbole ihres Glaubens

Türkei: Mehr Leid als Toleranz für Christen

tragen dürfen. Das ist nämlich in den meisten islamisch geprägten Ländern strikt verboten und auch gefährlich. In Saudi-Arabien etwa werden Priester regelrecht verfolgt, christliche Gemeinschaften aufgespürt und ins Gefängnis geworfen. Und auch in der Türkei bekommen die Christen mehr Leid als Toleranz zu spüren. Das Verlangen nach Gegenseitigkeit ist freilich nur ein erster Schritt. Der zweite muß die Mission im eigenen Land sein. Das fängt mit dem eigenen Bekenntnis und dem gelebten Glauben an, setzt sich fort mit harter Kritik an Verstößen gegen das Evangelium des Lebens und mit religiöser Erziehung in Kindergärten und Schulen. Und vor allem mit einer Familienpastoral. Die christliche Familie, die Hauskirche, ist der Nährboden des Glaubens. Hier müssen die Kirchen ansetzen. Der Staat dagegen hat sich um die Rahmenbedingungen zu kümmern. Wenn er sich drückt, wie jetzt in Karlsruhe, können die Kirchen ihm die Leviten lesen, der Aushöhlung der Gesellschaft durch Nihilisten und Relativisten müssen sie wohl selbst entgegentreten.

Es gilt nicht das Wort von der anderen Wange, sondern vom Feuerschwert, das spaltet, weil es für die Wahrheit ficht. ■



Gedanken zur Zeit:

Ausverkauft: Volk und Volkseigentum

Wilfried Böhm über die Phase nach der Einheit und warum Heitmann nicht Präsident werden sollte

Am Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 2003, ist es genau zehn Jahre her, seit der Bundesvorstand der CDU auf Vorschlag seines Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann als Bundespräsidenten nominierte. Mit diesem Vorschlag sollte er die Nachfolge von Richard von Weizsäcker antreten. Damit wäre zum erstenmal ein Deutscher aus den „neuen“ oder „jungen“ Bundesländern zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Heitmann hatte seine Bereitschaft zu dieser Kandidatur geäußert – doch genau 53 Tage später, am 25. November, erklärte er seinen Verzicht.

> Es gab nach der Einheit keine Reform, keinen Aufbau, aber Schacher

Vorausgegangen war eine beispiellose Hetzkampagne der Linken und ihrer Mitläufer gegen den konservativen Kandidaten aus Dresden, der ihnen von Grundhaltung und Überzeugung nicht paßte. So nannte der *Stern* Heitmanns Aussagen einen „Reihenabwurf verbaler Sprengsätze“. Bis in die Reihen der CDU reichte die linke „Ablehnungsfront“ gegen Heitmann. Der dem damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker sehr nahestehende CDU-Bundestagsabgeordnete Friedbert Pflüger kolportierte nicht nur dessen Vorbehalte gegen Heitmann, sondern sah bei einer Wahl Heitmanns „den Grundkonsens der Republik“ in Gefahr.

Tatsache ist jedoch, daß Konservative eher als andere die langfristigen gesellschaftlichen Folgen politischer Entscheidungen erkennen, etwa bei der Zuwanderung, zu der Heitmann sagte: „Ich halte doppelte Staatsbürgerschaft für nicht praktikabel und gar nicht erstrebenswert, so weit sind wir nicht.“ Erst 2003 wies dann Bundespräsident Johannes Rau auf die durch Zuwanderung entstandenen Probleme hin.

Fast ein Drittel der Schulkinder stamme nicht aus Deutschland, ihre Deutschkenntnisse seien oft unzureichend oder gar nicht vorhanden und: „Ich kann verstehen, wenn nicht nur Mädchen und junge Frauen Angst vor Anmache oder Einschüchterung haben. Schwer wird das Zusammenleben dort, wo sich manche nicht mehr zu Hause fühlen, sondern wie Fremde im eigenen Land“, sagte der Bundespräsident.

Als Heitmann zehn Jahre früher, in der Form viel zurückhaltender, ähnliches sagte, wurde er landauf, landab in Reih und Glied mit dem Rechtsradikalismus gestellt, bis Kohl ihn schließlich unter diesem massiven Druck fallenließ. Der Weg ins Präsidentenamt war nun für Roman Herzog frei, „für ihn nicht unerwartet“, wie der stets gut informierte *ntv*-Chefkorrespondent Volker Jacobs zu berichten wußte.

Bei der Suche nach Gründen für die Auswechselung der Kandidaten für die Bundespräsidentschaft, kann nur vermutet werden, daß dabei auch das Problem der Rückgabe der Boden-Reform-Ländereien und -Immobilien, die in den Jahren von 1945 bis 1950 enteignet worden waren, eine Rolle spielte. 1990 schätzte man „im Westen“ die Zahl solcher Enteignungsfälle von „Schlotbaronen und Großgrundbesitzern“, wie es im SED-Jargon der Nachkriegsjahre geheißen hatte, auf rund 18 000. Niemand rechnete mit über zwei Millionen.

Es entstand die Illusion, aus dem Verkaufserlös dieses nun „volkseigenen Vermögens“ einen Großteil der „Kosten der Einheit“ bezahlen zu können. Darum wurde behauptet, die „andere Seite“, also die Sowjetunion habe der Wiedervereinigung nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß diese Enteignungen nicht rückgängig gemacht würden.

Dagegen stehen aber die Aussagen zu diesem Thema von Gorbatschow und allen anderen an den Verhandlungen Beteiligten der anderen Seite. Heiko Peters hat in dieser Zeitung darauf hingewiesen, daß Helmut Kohl selbst unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau erklärt habe, die Sowjetunion habe der Wiedervereinigung „ohne jede Bedingung zugestimmt“.

Auch die Volkskammer der DDR stimmte dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland ohne jede Bedingung zu. Sie hätte in ihrer Situation auch keinerlei Macht dazu gehabt, Bedingungen zu stellen.

Das Junktim, nach dem die Wiedervereinigung nur dann erfolge, wenn die Enteignungen von 1945 bis 1950 nicht rückgängig gemacht werden, sowie seine rechtliche Absicherung durch eine verfassungsändernden Beschluß ist offensichtlich eine Erfindung der Bonner Politik. Der Deutsche Bundestag hatte unter höchstem Zeitdruck zu entscheiden, und nicht wenige Abgeordnete fühlten sich genötigt. Diesen verfassungsrechtlichen Absicherungen hatten die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1991 zu folgen, dessen Präsident Roman Herzog war. Er war daran selbstverständlich auch später als Bundespräsident nicht nur rechtlich gebunden, sondern auch als Person festgelegt. Roman Herzog hatte daher allen Grund zu erwarten, daß sein Weg „auch ohne sein Zutun“ in das Bundespräsidialamt führen werde, wie es Volker Jacobs wußte. Er wurde erwartungsgemäß ein Bundespräsident, der sein Amt eindrucksvoll und mit großer Öffentlicher Anerkennung ausführte.

> Ein Bundespräsident aus dem Osten wäre ein Glücksfall

Für Steffen Heitmann aus Dresden hingegen, den Kohl zunächst ausersehen hatte, um in den neuen Ländern politisch Punkte zu sammeln, blieb angesichts dieser Überlegungen kein Platz mehr, und er hatte daraus die Konsequenzen zu ziehen. Er war unter die Räder einer politischen Interessenentscheidung geraten. Er hat über die Jahre, seine klare und mutige Grundhaltung bewahrt, wie aus seinen Aussagen ersichtlich ist, bis hin zur Kritik an der Tatsache, daß die DDR mehr und mehr in den Medien aus dem Blickwinkel der westdeutschen Spaßgesellschaft mißverstanden wird. Deutschland aber hat noch immer keinen Bundespräsidenten aus dem Teil Deutschlands, der nach 1945 ohne eigenes Zutun die schlechteren Karten gehabt hat, aber seinen deutschen Charakter mehr als manch anderer bewahrt hat. ■

»Untergang des Abendlandes«

Ein Beitritt der Türken würde die Europäische Union verändern und aus den Fugen heben / Von Klaus Hornung

Die Türkei strebt nach dem Beitritt in die Europäische Union. Man sollte es sagen: „Die Türken stehen an der Pforte des christlichen Europa und zwingen die Politiker in allen Ländern Europas zu seltsamen Kunststücken in der Diplomatie, denn die Türken können Europa sprengen. Die politischen Führer Deutschlands scheinen wie schon der Ex-Kanzler Kohl für den Beitritt der Türken zu sein, um Europa ein multikulturelles Gesicht zu geben. Ist es übertriebene Toleranz oder Realitätsverlust? Will man die EU gar sabotieren oder denkt man in Selbstüberschätzung, die Türkei und die Türken europäisieren und christianisieren zu können? Steht also, wie Oswald Spengler schrieb, „Der Untergang des Abendlandes" kurz bevor?

Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Berlin Anfang September und die offenen Arme, die dort sein Drängen auf den EU-Beitritt seines Landes fand, zeigen, daß es in dieser Frage ernst zu werden beginnt. Die neue türkische Regierung, die sich ein fortschrittlich islamisches Mäntelchen umhängt, will den Beitritt auf Biegen oder Brechen. Ihr Drängen hat das Stadium des Bittens längst verlassen und ist in das des Forderns eingetreten. Die rot-grüne Regierung in Berlin sieht ihrerseits die einmalige Chance, ihrem Projekt der Ersetzung des deutschen Volkes durch eine multikulturelle Gesellschaft in Mitteleuropa einen entscheidenden Schritt näherzukommen.

Für die Türkei sind die Vorteile eines EU-Beitritts durchaus handfester Natur. Das Land befindet sich inmitten einer demographischen Revolution. Hatte es am Ende des Zweiten Weltkrieges noch kaum 40 Millionen Einwohner, so wird sich diese Zahl bald verdoppelt haben. Bei einem eventuellen EU-Beitritt in einigen Jahren dürften die Türken dann mit etwa 80 Millionen die Deutschen als größtes Volk in Europa überholt haben. Für dieses enorme Bevölkerungswachstum bietet es sich an, ein Ventil in Europa zu finden. Schon heute sind die Überweisungen der türkischen Arbeitnehmer aus dem Hochlohnland Deutschland in die Heimat ein Segen für die türkische Zahlungsbilanz. Ein reicher Finanzsegen aus Brüssel und der kontinuierliche Fluß des technischen Know-how würden dann dazukommen. Bis jetzt war die Herstellung eines leistungsfähigen modernen Staates in

Schröder-Fischers Ziel: eine multikulturelle Geselllschaft in Europa

der Türkei an den egoistischen und korruptionsanfälligen Finanzinteressen der städtischen Oberschicht gescheitert. Die bisherigen Regierungen hatten beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes jämmerlich versagt. Dies war die Stunde der neuen „Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei" (AKP) Erdogans, die bei den jüngsten Wahlen einen erdrutschartigen Sieg errang und in der Nationalversammlung die verfassungsändernde Mehrheit erreichte. Sie versteht sich als gemäßigt islamisch und als Anwalt der armen Massen in den weiten Provinzen. Der EU-Beitritt würde sie auch innenpolitisch unschlagbar machen. Operiert sie jetzt noch vorsichtig und pragmatisch, so stünde zu befürchten, daß sie dann sehr viel unverblümter agieren würde. Den Wahlsieg der AKP wird man heute schon als einen innenpolitischen Umschwung geschichtlichen Ausmaßes erkennen müssen, mit einem weitgehenden Austausch der Eliten. Auch die Armee als der bisherige Wahrer der kemalistisch-säkularen Türkei zeigt bereits deutliche ideologische Risse.

Erdogan hat sich in kurzer Zeit innen- wie außenpolitisch als überlegener Stratege mit einem robusten Machtwillen erwiesen. Er kennt offensichtlich die heutigen europäischen und vor allem deutschen Schwächen gut genug, insbesondere die neudeutsche Unart, in der Welt „everybodies darling" sein zu wollen, die eigenen Interessen hintanzustellen, um deutlich zu machen, daß man doch „die Lehren der Geschichte" begriffen habe, „weltoffen" und „demokratisch zuverlässig" sei. Dem türkischen Regierungschef ist als außereuropäischem Beobachter das Ausmaß des Mangels der heutigen Deutschen an historisch-politischem Bewußtsein, an kultureller und religiöser Verwurzelung nicht verborgen geblieben. In der rot-grünen Bundesregierung, Wortführer der Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft in Mitteleuropa, kann er mit guten Gründen einen wichtigen Bundesgenossen zur Durchsetzung seiner Zukunftspläne erkennen.



Jetzt schon Alltag: *Wie selbstverständlich haben sich türkische Eigenarten in den letzten Jahrzehnten in das deutsche Straßenbild eingefügt. Die einheimische Bevölkerung toleriert größtenteils die Tatsache, daß manche Stadtteile zu Klein-Istanbul mutieren. Sollte die Türkei Mitglied in der EU werden, kann man allerdings davon ausgehen, daß vermehrt junge, selbstbewußte Türken in Deutschland ihr Glück suchen werden.* Foto: images.de

Aus Erdogans Sicht gilt es, noch vor der nächsten Bundestagswahl 2006 mit Hilfe des Berliner Duos Nägel mit Köpfen und den türkischen Beitrittsprozeß unumkehrbar zu machen. Erdogan hat bei seinem Berliner Besuch deutlich werden lassen, daß er bereit ist, die zweieinhalb Millionen Türken in Deutschland als Aktivposten seiner Politik einzusetzen. Er hat ihnen geraten, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, die ja von Rot-Grün großzügig angeboten wird, und sich überhaupt zu „integrieren", also nach den deutschen Gesetzen zu richten und die deutsche Sprache zu lernen. Er hat aber zugleich hinzugefügt, daß „Integration" nicht zur „Assimilation" führen solle, die Türken also nicht „Deutsche" werden, sondern durchaus Türken bleiben sollten. Er hat sich auch nicht gescheut, sich in die deutsche Innenpolitik einzumischen und den Deutschen zu „raten", die Frage des Türkei-Beitritts nicht zum Thema des Wahlkampfs von 2006 werden zu lassen.

Deutschlands Innenpolitik: »Brot und Spiele«, Unstetigkeit statt historisch verbindlichen Bewusstseins

In jedem anderen Land hätte sich das Staatsvolk solches verbeten, nicht so im historisch-politisch schwächlichen Deutschland, das unter dem modischen Stichwort der „Fremdenfeindlichkeit" Ansatzpunkte bietet für eine politisch-psychologische Strategie der Art Erdogans. Aus taktischen Gründen hat sich der türkische Regierungschef mit den Kontakten zur türkischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görus" während seines Berlin-Besuchs zurückgehalten.

Tatsächlich pflegt er jedoch enge Beziehungen mit ihr und erhält aus ihren Reihen Lageberichte über die innenpolitische und psychologische Situation in Deutschland und seinen schwächlichen Rechtsstaat sowie über die Establishments in Politik, Parteien, Medien und Wirtschaft. Gerade die türkische Bevölkerung in Deutschland ist ja keineswegs auf dem Weg zur Integration. Wie die Kenner der Szene wissen, neigt insbesondere die dritte Einwanderungsgeneration zu „Ghettos" inmitten der deutschen Umwelt, die sich nach außen abschirmen und die deutsche Gesellschaft ob ihres Säkularismus und moralischer Schwäche aus islamischer Überzeugung verachten. Man braucht sich nicht nur auf Udo Ulfkottes Buch „Der Krieg in unseren Städten" zu beziehen, wo Milli Görus als „islamistischer Staat im deutschen Staat" charakterisiert wird. Tatsächlich sind die islamischen und türkischen Volksgruppen in Deutschland und Europa längst in die Funktion des Wählerpotentials bei nationalen Wahlen eingerückt. Die türkische Minderheit hat, wie alle Welt weiß, schon die letzte deutsche Bundestagswahl entschieden, als sie zu 80 Prozent Rot-Grün wählte. Sie hat längst begriffen, welche parteipolitischen Interessen in Deutschland ihr entgegenkommen, will doch die gegenwärtige Berliner Regierung durch die türkischen Wähler wie insgesamt durch ihre Einwanderungspolitik sich auf Dauer stabilisieren. Die Interessen-Kongruenz Schröder-Fischer-Erdogan ist hier perfekt. Und auch in Frankreich hat sich bei der Wiederwahl Chiracs die Funktion der islamischen Wähler als Veto-Gruppe deutlich gezeigt, indem sie Chiracs Sieg entschied. Später, so das Kalkül der islamistischen und türkischen Strategen, wenn man stark genug ist, wird man mit eigenen Parteien als Koalitionspartner dienen können. Das alles macht deutlich, daß hier ein weit über den Tag hinausreichendes geschichtliches Thema zur Diskussion steht, das eine öffentliche Debatte dringend erfordert und dies natürlich – wo denn sonst? – auch im nächsten Bundestagswahlkampf. Und man kann nur hoffen, daß die Unionsparteien in der Stunde der Entscheidung dann nicht wieder einknicken wie bei vielen Problemen zwischen Abtreibung und Zuwanderung. Die deutsche Schwäche besteht eben in einem Defizit an historischem Bewußtsein und damit an politischer Interessendefinition, sie besteht in dem Nicht-Wissen dessen, was gestern war und daher auch in dem Nicht-Fragen, was morgen sein kann oder sein wird. Umso eher haben dann Demagogen und Ideologen leichtes Spiel, aufkeimendes kritisches Bewußtsein zu betäuben und zu Illusionen zu verführen. Die Proklamation von Schröder-Fischer des angeblichen „deutschen Interesses" am türkischen EU-Beitritt anläßlich des Erdogan-Besuchs ist ein klassisches Beispiel solcher Verführung und Narkotisierung der Wähler.

Während in der deutschen politischen Klasse aus Mangel an historisch-politischem Bewußtsein langfristiges Denken und Handeln und das verantwortungsethische Abwägen der Folgen ohnehin einen Tiefstand erreicht hat, besteht die Überlegenheit der neuen türkischen Führungsschicht eben darin, daß sie über dieses Bewußtsein verfügt und dementsprechend ihre politische Strategie entfaltet. In Ankara und Istanbul kennt man die Geschichte, als die osmanischen Sultane den europäischen Südosten eroberten und mehrere Jahrhunderte lang beherrschten bis an die Alpen und vor die Tore Wiens, dessen Eroberung man zweimal nur knapp verfehlte (1529 und 1683). Es war verräterisch, daß Erdogan in Berlin davon sprach, daß die Türkei damals doch bereits eine „europäische Macht" gewesen sei, woran man beiderseits anknüpfen könne. Er nahm sogar das Wort vom „Zusammenstoß der Kulturen" auf, den man „umdrehen" könne in Richtung auf ein friedliches Zusammenleben der Kulturen in Europa. Das ist natürlich Musik

Die Aussenpolitik Ankaras bedeutet das Ende der Europäischen Union

in den Ohren deutscher und europäischer Friedensillusionisten. Die Idee ist aber auch geeignet, die neuartigen Strategien und Methoden zu verhüllen, die dieser modernen Expansion zugrunde liegen: Nicht mit Armeen und militärischer Gewalt, wohl aber durch eine demographische Offensive, die die Geschichts- und Identitätsschwäche der anderen Seite optimal auszunützen versteht, um Einfluß- und Landnahme zu erreichen. Und den geschichtslosen, individualistischen Konsumgesellschaften in Europa wird solcher Kulturkampf auf leisen Sohlen dann gar nicht sonderlich auffallen. Aus der Sicht der heutigen türkischen Führung könnte sich der EU-Beitritt der Türkei als größter außenpolitischer Erfolg dieses Landes seit Jahrhunderten erweisen.

Die EU hingegen könnte er auf Sicht eher zerreißen oder gar zerstören. Eine künftige Außengrenze der Union an den Grenzen Irans und Syriens, also der nah- und mittelöstlichen Krisenregion vom Mittelmeer bis nach Afghanistan könnte leicht dazu führen, daß sie schließlich ihre Erweiterung nach Westen in den Raum zwischen Anatolien und dem Atlantik findet. Es könnte aber auch leicht dazu kommen, daß die außereuropäischen Krisenräume „ansteckend" wirken.

Die Überdehnung der EU, die hier historisch und geopolitisch unerfahrene Ideologen riskieren, aber auch der nicht auszuschließende wirtschaftliche Niedergang Europas kann ein solches Szenario nicht einfach ausblenden. Schon die Aufnahme des europäischen Ostens und Südostens wird die ökonomischen Kräfte und die politischen Institutionen und Strukturen der EU bis an die Zerreißgrenze führen.

Im Falle der Türkei würde ein weiteres steiles ökonomisches Gefälle zwischen der EU und der Türkei hinzukommen. Und die Distanzen zwischen dem von Christentum und Aufklärung geprägten Europa und der vorderasiatischen und wieder zunehmend islamisch geprägten Türkei sind so gewaltig, daß der Beitritts- und europäische Erweiterungsplan geradezu als mutwilliges Abenteuer erscheinen muß. Wie so oft bei solch vermeintlichen Großprojekten in der nahen Vergangenheit könnte auch diesmal hier wieder das historische Gesetz der ungewollten Wirkungen in Kraft treten: nicht die Stärkung, sondern die nachhaltige Schwächung der Europäischen Union, Europa nicht als Leuchtfeuer ökonomischen Wohlstandes und der Menschenrechte für die Türkei, sondern im Niedergang und als Opfer eines neuen und keineswegs friedlichen „Kampfes der Kulturen". ■

Die roten Schreibtischtäter

R. G. Kerschhofer über den Prozeß um das SED-Vermögen

Es war ein schwarzer Tag für die „Rote Fini“: Das Berliner Oberverwaltungsgericht hob ein Urteil aus erster Instanz auf und entschied, die Außenhandelsfirma NOVUM habe nicht der Kommunistischen Partei Österreichs, sondern der SED gehört. Das Firmenvermögen stehe daher der Treuhand-Nachfolgerin BvS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) in Berlin zu. Ob die KPÖ Rechtsmittel gegen dieses Urteil einlegen wird, war zu Redaktionsschluß noch nicht entschieden.

Die „Rote Fini“ – das ist Josefine Steindling, die jahrzehntelang das Firmengeflecht der KPÖ geleitet hatte, für ihre kommerzielle Tüchtigkeit den Ehrentitel „Kommerzialrat“ verliehen bekam, sich als Kunstmäzen zu profilieren trachtet und nun ihren Lebensabend in Israel verbringt.

Ob man diese 250 Millionen Euro je finden wird?

Wie und durch wen diese wahrhaft kongeniale Partnerin all der Schalck-Golodkowskis, Markus Wolfs und Co. zu ihrem Beinamen kam, ist nicht überliefert. Aber vielleicht war es in Anlehnung an die „Rote Hilde“ (Benjamin).

Hat nun die NOVUM tatsächlich der SED oder doch der KPÖ gehört? Das ist im Grunde gar nicht so bedeutsam – ganz abgesehen davon, daß wohl nur der kleinere Teil der angeblich rund 250 Millionen Euro Firmenvermögen aufzufinden sein wird. Schon eher bemerkenswert ist der Umstand, daß deutsche Richter abwechslungshalber einmal ein Urteil zu fällen wagten, das deutschen Interessen entspricht.

Vor allem aber sollte dieser Fall einer vergeßlichen Öffentlichkeit in Erinnerung rufen, wie das Vermögen kommunistischer Parteien zustande kam, wofür es verwendet wurde und wie eine Kaste von Zwischenträgern sich dabei bereichern konnte. Dies ist besonders notwendig angesichts der heutigen DDR-Nostalgie, deren Intensität kaum mit den Fehlern nach der Wende erklärbar ist. Die romantische Verharmlosung des linken Totalitarismus – diese Verharmlosung war nie strafbar – läßt vielmehr auf eine konzertierte Aktion schließen, die den gleichen Zielen dient wie die notorische „Vergangenheitsbewältigung“. (Wieso eigentlich ist Gregor Gysi schon wieder in jeder „Talk-Show“ anzutreffen?)

Am Beispiel der KPÖ, die heute landesweit auf einige zehntausend Wähler kommt und trotz des NOVUM-Urteils die reichste Partei Österreichs bleibt, lassen sich die „kommerziellen“ Machenschaften der Kommunisten bestens als das darstellen, was sie waren – als Raub, Erpressung und Veruntreuung.

Der Grundstock für das Vermögen der Partei und privilegierter Mitglieder stammt nicht aus der Besatzungszeit, als die Sowjets alles konfiszierten, was sich nur irgendwie als „deutsches Eigentum“ interpretieren ließ, darunter auch manches vorher „arisierte“ Vermögen. Als verkappte Reparationen kaufte Österreich mit dem Staatsvertrag von 1955 diese Werte den Sowjets ab und gab sie den ursprünglichen Eigentümern zurück beziehungsweise gliederte sie der „verstaatlichten Industrie“ ein.

Im Dunstkreis der KPÖ hatte sich aber längst ein für Außenstehende undurchschaubarer Dschungel aus Tarnfirmen entwickelt, sowohl für die Beschaffung von Embargowaren als auch zur Finanzierung subversiver Aktivitäten im Westen. Ein wesentlicher Punkt dabei war, daß westliche Exporteure dazu angehalten wurden, „Provisionen“ an bestimmte Firmen zu zahlen. (Vergleiche dazu auch Folge 44/2000 über die Lebenserinnerungen von Schalck-Golodkowski.)

Täter und Profiteure sind heute gesellschaftsfähig

Die Provisionen waren natürlich im Preis einkalkuliert, wurden also letzten Endes von der Bevölkerung im Osten bezahlt. Und was mit dem solcherart gewaschenen Geld finanziert wurde, das mußten dann unzählige Menschen außerhalb des Ostblocks – vor allem in der Dritten Welt – mit dem Leben bezahlen! Aber die roten Schreibtischtäter und Profiteure sind heute allesamt gesellschaftsfähig… ■

Berlusconi entdeckt Mussolini

Um die „verharmlosenden“ Äußerungen des italienischen Regierungschefs Silvio Berlusconi zum Thema Mussolini sowie über seine Behauptung, der Faschismus könne nicht mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden, weil ersterer im Gegensatz zu letzterem keine massenhafte Vernichtung seiner Gegner betrieb, hat es auch (und gerade) in deutschen Landen viel Aufregung gegeben. Es gab auch die bekannte germanisch-teutonische Betroffenheits-Empörung.

Nun ist interessant, daß eine der führenden Tageszeitungen Italiens, der Mailänder *Corriere della Sera*, zum Thema Berlusconi und Mussolini auf ganz andere, differenzierte Weise Stellung bezog. Wenn Berlusconi sich bei der Behandlung des Themas Mussolini und der Faschismus der Sprache der „Bar Sport“ (zu deutsch: „Stammtisch“) bediene, dann dürfe das niemanden verwundern, meint das Blatt.

Berlusconi sei zudem alles andere als ein Dummkopf, heißt es weiter. Er wisse genau, was seine Wähler erwarten. Mussolinis Interniertenlager, in die er seine Gegner sperren ließ, seien eine „Metapher für den Faschismus“, der eine „erträgliche“ Form der Unterdrückung war. Denn – so wörtlich – der Faschismus sei ein Regime gewesen, das wesentlich weniger unterdrückerisch war als Nazismus und Kommunismus. Dieses Regime – so lautet die auf den ersten Blick erstaunliche Schlußfolgerung des italienischen Blattes – funktioniere im kollektiven Unterbewußtsein von Millionen Italienern bis auf den heutigen Tag. – „Ob es uns gefällt oder nicht, was Berlusconi gesagt hat, denken (in Italien) viele.“

Der *Corriere* schreibt, der Faschismus habe in Italien nicht die Mehrheit, sondern eine Minderheit unterdrückt. Die Zeitung wendet sich gegen den „jakobinischen Mythos“, der unfähig gewesen sei, allen – und das heißt auch den Minderheiten – die Freiheit zu garantieren. Die marxistische Geschichtsschreibung habe versucht, die faschistische Unterdrückung als „massenhaft“ erscheinen zu lassen. In Wirklichkeit aber sei nur eine Minderheit unterdrückt worden. Die italienische Zeitung mißbilligt zwar Berlusconis Äußerungen, aber sie attackiert mindestens ebenso scharf dessen linke Kritiker, die dauernd von einer „levee en masse“ – einer Massenerhebung – phantasieren.

In Italien geht man an die jüngste Vergangenheit – auch die eigene – nicht so verkrampft heran wie in Deutschland. Deshalb hat sich Italien aber auch von den Schatten der Vergangenheit besser befreit als die Deutschen, die dauernd ihre braune Hypothek mit sich herumschleppen. Solange das aber so ist, werden die Deutschen den Schatten des A.H. nicht los – während die Enkelin Mussolinis heute unangefochten Abgeordnete im römischen Parlament ist.

Carl Gustaf Ströhm

Oberösterreich: Schwarz-Blau am Ende?

Bei Landtagswahlen sind Erfolge immer hausgemacht und Niederlagen auf die jeweilige Bundespartei zurückzuführen – so auch letzten Sonntag in Tirol und Oberösterreich. Bei näherem Hinsehen allerdings muß man doch ein paar Korrekturen anbringen. So hat die neuerliche katastrophale Niederlage der FPÖ – von 20,6 auf 8,5 Prozent in Oberösterreich und von 19,6 auf 8 Prozent in Tirol – nicht nur mit der konfusen und oft geradezu hilflos wirkenden Haltung von FPÖ-Regierungsmitgliedern zu tun, sondern durchaus auch mit Querelen innerhalb des lokalen Kaders.

Der fulminante Zugewinn der SPÖ in Oberösterreich (von 27 auf 38,2 Prozent) und der weniger spektakuläre in Tirol (von 21,8 auf 25,9) hat sogar mit der SPÖ selbst recht wenig zu tun. Es war vielmehr die von Bundeskanzler Schüssel auf Biegen und Brechen durchgezogene „Privatisierung“ des Linzer Stahlkonzerns VÖEST, die der SPÖ die Argumente lieferte. Wenngleich auch die FPÖ gegen diese Privatisierung auftrat, mußte sie in der Regierung dann doch klein beigeben und den Regierungsmalus einstekken, während der Protestbonus fast zur Gänze der SPÖ und in geringem Ausmaß den Grünen zugute kam.

Dementsprechend hatte auch die ÖVP in Oberösterreich nur minimale Stimmengewinne und liegt nun bei 43,4 Prozent. Landeshauptmann Pühringer, dem die Enttäuschung anzusehen war, konnte zu Recht die Bundespolitik verantwortlich machen, denn in allen lokalen Daten hält Oberösterreich den Spitzenplatz unter den Bundesländern. Klein-Bayern, gewissermaßen. Im „heilgen Land Tirol“ konnte die ÖVP zwar etwas mehr zulegen, damit aber auch nur die 1999 erstmals verlorene absolute Mandats-Mehrheit wiedergewinnen.

Die Grünen überholten in beiden Bundesländern die FPÖ. Daß sie in Tirol auf sensationelle 15,5 Prozent kamen, hängt nicht zuletzt mit der katastrophalen Verkehrssituation zwischen Kufstein und Brenner zusammen. Das fadenscheinige, von der SPÖ/ÖVP-Regierung beim EU-Beitritt ausgehandelte Transitabkommen bewirkt nämlich, daß heute Tirol – und morgen Ostösterreich – im wahrsten Sinn des Wortes überrollt wird.

Mit der mutwilligen VÖEST-Privatisierung, die weder einen Ausverkauf ans Ausland verhindern kann noch einen optimalen Erlös brachte, könnte Bundeskanzler Schüssel seinen Zenith überschritten haben. Die innerparteiliche Kritik – vor allem aus Nieder- und Oberösterreich – wächst. Und da Schüssel in praktisch allen relevanten Fragen der letzten Zeit den Juniorpartner FPÖ das Gesicht verlieren ließ, kann es nicht mehr lange dauern, bis entweder die Freiheitlichen keine Basis mehr haben oder Jörg Haider wieder an die Parteispitze tritt.

Beide Möglichkeiten aber würden Schüssel das Leben schwerer machen und vermutlich sogar die Kanzlerschaft kosten. Denn sowohl SPÖ als auch Grüne haben einen fliegenden Koalitionswechsel ausgeschlossen, und nach Neuwahlen wäre Rot-Grün die wahrscheinlichste Variante. **R.G.K.**

Russland schwindet dahin

Neue Zahlen belegen: Bevölkerung schrumpft dramatisch / Von Hans Heckel

Rußland zieht die Notbremse: Mit einem neuen Gesetz werden die Möglichkeiten zur legalen Abtreibung drastisch eingeschränkt. Bislang konnten Frauen ihre ungeborenen Kinder bis zwölf Wochen nach Eintritt der Schwangerschaft töten lassen, weil sie nicht verheiratet, zu arm oder arbeitslos waren, über eine zu kleine Wohnung verfügten oder aber bereits drei Kinder hatten. Insgesamt 13 Gründe zur Abtreibung kannte die alte Regelung von 1992, die nun auf gerade vier reduziert wurden: Die werdende Mutter muß vergewaltigt oder in Haft sein, einen behinderten Ehemann haben, oder einer der beiden Eltern wird vom Gericht für unfähig erklärt, seinem Erziehungsauftrag nachzukommen – nur dann darf das Kind abgetrieben werden.

Hinter der neuen Regelung steht neben dem wachsenden Einfluß der Kirche vor allem eine dramatische Entwicklung der russischen Bevölkerungszahl. Vor wenigen Tagen lieferten die Statistiker Zahlen im Kreml ab, die Panik auslösen: Allein von Januar bis August dieses Jahres schrumpfte die Zahl der Einwohner Rußlands um 506.000 auf nur noch 144,5 Millionen. Vor zehn Jahren besiedelten das der Fläche nach größte Land der Erde noch 149 Millionen Menschen. Wissenschaftler fürchten, daß sich die Einwohnerzahl bis 2050 sogar auf 77 Millionen halbieren könnte. Die optimistischste Prognose peilt für die Jahrhundertmitte 122 Millionen Bewohner an. Aus beiden Berechnungen ziehen die Demographen den „realistischen“, im Grunde aber katastrophalen Wert von nur noch 101 Millionen Russen 2050.

Der rasante Rückgang hat mehrere Gründe. Bis Anfang der 90er Jahre wurden in etwa so viele Kinder geboren, wie Menschen starben. Seitdem grassiert ein gewaltiges Geburtendefizit. So wurden im genannten Zeitraum von Januar bis August 873.100 Kinder geboren, während 1,4 Millionen Menschen starben. Hinzu kam seit Ende der 80er Jahre eine massive Abwanderung. Insbesondere Rußlanddeutsche und ihre Angehörigen sowie russische Juden verließen millionenfach das Riesenreich. Dieser Aderlaß konnte nur zum Teil durch Neubürger russischer Nationalität aus ehemaligen Sowjetrepubliken ausgeglichen werden. Auch ist die Lebenserwartung besonders der russischen Männer alarmierend niedrig: Sie werden im Durchschnitt nicht einmal 59 Jahre. Zum Vergleich: Deutsche Männer erreichen im Schnitt 74 Jahre, Frauen gut 80, ihre russischen Geschlechtsgenossinnen sterben im Schnitt immerhin erst mit 72 Jahren.

Sibirien entleert sich, 1,3 Milliarden Chinesen dürsten nach Land

Eine wesentliche Ursache für das Geburtendefizit sieht die russische Führung in der gewaltigen Zahl von Abtreibungen. Auf zehn Geburten kommen in der Föderation 13 Schwangerschaftsabbrüche. Seit langem kursieren entsetzliche Berichte über die Zustände in Rußlands Abtreibungs-Stationen. Die Eingriffe führen nicht selten zur dauernden Unfruchtbarkeit der jungen Frauen. Viele treiben ab, weil sie noch minderjährig sind, können aber als Folge der Operation auch im Erwachsenenalter keine Kinder mehr bekommen.

Ein sich langsam entleerendes Rußland kann für Europa beträchtliche Folgen haben. Die Entvölkerung tritt nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilt auf. Während gerade junge Menschen in die großen Ballungsräume wie Moskau oder Sankt Petersburg strömen, drohen abgelegene Regionen regelrecht auszusterben, etwa in Sibirien. Südlich der gewaltigen Landmasse zwischen Ural und Pazifik dürstet das erheblich übervölkerte China mit seinen bereits über 1,3 Milliarden Menschen nach Land. Die Geschichte lehrt, daß von Landnot geplagte Zivilisationen irgendwann auf das Territorium erreichbarer, dünnbesiedelter Gebiete ausgreifen. So geschehen in der weitestgehend friedlichen deutschen Ostkolonisation des Mittelalters oder der gewaltsamen Besiedelung Amerikas durch die Europäer seit dem 16. Jahrhundert.

Sollte eine Wanderungswelle allein im Ausmaß des jährlichen chinesischen Geburtenüberschusses (in den 90er Jahren gut ein Prozent, also rund 13 Millionen) komplett nach Sibirien drängen, wäre jenes Land, das halb Asien bedeckt und dabei kaum 28 Millionen Einwohner zählt, binnen kurzer Zeit chinesisch dominiert. Eine solche Expansion wird durch die Wetterentwicklung noch beflügelt. Seit dem Ende der „Kleinen Eiszeit“ (14. bis 19. Jahrhundert) wird es auch zwischen Kasachstan und dem Eismeer langsam wärmer. Das landwirtschaftlich nutzbare Gebiet dehnt sich nach Norden aus, der Permafrostboden zieht sich zurück. Forscher halten es für möglich, daß das Nordpolarmeer im Sommer in hundert Jahren ganz abtauen könnte, womit sich für die Nutzung Nordrußlands und insbesondere Nordsibiriens völlig neue Möglichkeiten eröffneten, die einem aus allen Nähten platzenden China kaum verborgen bleiben werden, während sich die Russen, demographisch bedingt, nach und nach zurückziehen. ■

Zur Diskussion:

Östliche Visionen

Deutsche Wege zur Rückkehr in die Weltpolitik / Von Martin Schmidt

Mit der klaren Zustimmung Lettlands zum EU-Beitritt ging am vorletzten Samstag der Referendumsreigen in den ostmitteleuropäischen Kandidatenländern zu Ende. Nur die Slowakei wäre beinahe aus der Reihe getanzt mit ihrer niedrigen Wahlbeteiligung von lediglich 2,15 Prozent über der geforderten Mindestquote von 50 Prozent.

Ansonsten verlief alles so, wie es sich die Mächtigen in Brüssel, Warschau, Prag, Budapest oder Riga erhofft hatten und wie es aus Mangel an Alternativen auch nicht anders zu erwarten war.

Die EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 ist zweifelsohne ein Einschnitt für die europäische Geschichte und berührt nicht zuletzt das Selbstverständnis des nach zwei Weltkriegen übriggebliebenen restdeutschen Staates.

Offiziell verfolgt dieser noch immer einen Kurs, den man als totale geistig-politische Westbindung beschreiben kann. Das Erbe der alten Bundesrepublik schlägt trotz Wiedervereinigung voll durch.

Andererseits gibt es Signale, die darauf hindeuten, daß unser Land wieder in seine einstige Rolle als europäische Mittelmacht hineinwächst bzw. durch die Kraft des

Neidische Blicke auf deutsche Ostkontakte

Faktischen in diese gedrängt wird. Dies geschieht jenseits der breiten Öffentlichkeit und wohl auch außerhalb des Bewußtseins weiter Teile der bundesdeutschen Führungsschichten.

Die laufenden ostpolitischen Debatten – sei es über das „Zentrum gegen Vertreibungen", die Benesch-Dekrete oder über die Zukunft des Königsberger Gebietes – müssen zwar geführt werden, dennoch täuschen sie gerade viele national-konservative Zeitgenossen über das Ausmaß der Veränderungen hinweg.

Denn wer als politisch interessierter Mensch nur diese schlagzeilenträchtigen Diskussionen verfolgt, bekommt leicht den Eindruck, es habe sich seit dem Wendejahr 1989 wenig verändert.

Die hiesigen Massenmedien bezeugen gebetsmühlenartig die Verinnerlichung der jahrzehntelangen antinationalen Vergangenheitsbewältigung. Und in der polnischen wie in der tschechischen Öffentlichkeit offenbaren sich altbekannte deutschfeindliche Klischees.

Auch neuartige Diskussionen wie die über das Für und Wider einer Achse Paris-Moskau-Berlin oder über den (Un-)Sinn von Bundeswehr-Einsätzen in Afghanistan oder im Irak liefern keine überzeugenden Visionen für eine erfolgreichere Außenpolitik, sondern sorgen eher für Verwirrung.

Sie erschweren die Einsicht, daß das heutige Deutschland politisch, militärisch und zunehmend auch wirtschaftlich einfach zu schwach ist, um international Gehör zu finden. Tatsächlich bleibt vorerst nur das Nachdenken darüber, wie man aus dieser fatalen Schwäche herauskommt.

An erster Stelle steht dabei die Erkenntnis, daß mit einer überalterten Bevölkerung intern wie extern „kein Staat zu machen ist". Hinzu kommen Überlegungen zu wirtschafts- und steuerpolitischen Reformen sowie einer besseren Ausbildung der nachwachsenden Generationen, denen nicht zuletzt Werte und Ideale vermittelt werden müssen.

Auf dem Feld der Außenpolitik sieht der Verfasser die Notwendigkeit einer gezielten Selbstbeschränkung: Alle mobilisierbaren Kräfte sollten nach Osten gelenkt werden, um die wirtschaftlich-kulturelle Wiedererschließung dieser Räume voranzutreiben. Die Osterweiterung der Europäischen Union dürfte für diese Aufgabe von einigem Vorteil sein.

Immerhin ist die Ausgangslage keineswegs ungünstig: Die Zuwächse bei den deutschen Ostexporten liegen nach wie vor im zweistelligen Bereich. Mittlerweile investieren in den östlichen und südöstlichen Teilen Europas mehr kleine und mittelständische Betriebe als im Westen.

Vielleicht noch wichtiger als diese ökonomischen Veränderungen ist der Bewußtseinswandel in den Köpfen. Im polnischen Machtbereich wächst eine junge Generation heran, die mehr denn je an der Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit Ost- und Westpreußens, Pommerns und Schlesiens interessiert ist.

Auch einige jüngere Deutsche setzen Signale für einen Neuanfang. Etwa der Rechtsanwalt und Slawist Alexander Ilgmann, dessen Vorfahren aus Niederschlesien stammen und der in diesem Jahr mit Frau und Kind nach Breslau umgezogen ist, um dort eine eigene Kanzlei zu gründen. Ermöglicht wurde das durch ein Gesetz über die Niederlassungsfreiheit für ausländische Anwälte, das der Sejm erst im Februar verabschiedete.

In Estland und Lettland sind es vor allem traditionsreiche deutschbaltische Adelsgeschlechter wie die Wrangells, die aus Solidarität mit der alten Heimat eine kontinuierliche grenzüberschreitende Aufbauarbeit leisten.

Die meisten Veränderungen vollziehen sich schleichend. In Niederschlesien sollen bereits Hunderte von Mittelständlern und Bauern aus dem Bundesgebiet tätig sein. Im grenznahen böhmischen Egerland haben sich Dutzende kleinere Unternehmen aus der Oberpfalz niedergelassen – der geringeren Löhne wegen, aber oft auch eingedenk der sudetendeutschen Herkunft der Vorfahren.

Daß es Einrichtungen wie das seit April arbeitende „Adalbert-Stifter-Zentrum" in Oberplan im Böhmerwald oder das einen Monat zuvor eröffnete „Sudetendeutsche Kontaktbüro" in Prag gibt, wurde zwar von tschechischen Politikern kritisiert, jedoch bleibt festzuhalten, daß hier beharrlich für eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland und den Deutschen gewirkt wird.

Schon sehr viel weiter ist man in dieser Beziehung in Estland, Kroatien, Ungarn und Rumänien, wo nach 1989 mehr oder weniger befriedigende Entschädigungs- bzw. Rückgabegesetze für enteignete Deutsche verabschiedet wurden.

Das ohnehin gute Verhältnis zu Ungarn wird vor Ort durch eine deutsche Volksgruppe gefestigt, die bei den Wahlen zu den Minderheiten-Selbstverwaltungen immer besser abschneiden konnte.

Kamen ihre Vertreter 1994 noch auf 163 Mandate und 1998 dann auf 270, so errangen sie im Herbst letzten Jahres sogar 315. Deutlich über eine Million Menschen unterstützten damals ungarndeutsche Bewerber, obwohl sich beim letzten Zensus im Februar 2001 nur 62 000 Personen zu dieser Minderheit bekannt hatten.

Im südungarischen Großnaraad wohnen inzwischen unter 880 Einwohnern vier Rentnerpaare aus Deutschland. Die Lebenshaltungskosten sind dort deutlich geringer, und zumindest je ein Partner hat ungarndeutsche Wurzeln. Außerdem besitzen 16 in der Bundesrepublik ansässige Familien Ferienhäuser in Großnaraad.

Für das nationale Bewußtsein der über 500 Ungarndeutschen vor Ort hat dies eine nicht zu unterschätzende stabilisierende Funktion und hilft bei der Verbesserung der gerade bei den Jüngeren weitgehend geschwundenen deutschen Sprachkenntnisse.

Ähnliche Beispiele ließen sich viele finden, doch nur wenige werden bekannt. Selbst bedeutsame Ereignisse auf der offiziellen Ebene finden hierzulande kaum Beachtung. Stellvertretend sei auf die Tatsache hingewiesen, daß im Herbst 2002 in Budapest mit der Andrássy-Universität seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erstmals wieder eine deutschsprachige Hochschule außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachraumes ihren Lehrbetrieb aufgenommen hat.

Als besonders guter Boden für die bundesdeutsche Exportwirtschaft gilt Rumänien. Dies nicht zuletzt deshalb, weil dort die deutsche Kultur – vermittelt über das Erbe der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben usw. – große Ausstrahlungskraft besitzt.

Die Zahl der deutschen Schulen, in denen heute vor allem rumänische Kinder eine anerkannt gute Ausbildung mit Deutsch als Unterrichtssprache erhalten, ist gegenüber der Zeit vor dem Massenexodus der Jahre 1990/91 erstaunlicherweise sogar gestiegen. Gerade viele Eltern aus der rumänischen Elite schicken ihre Sprößlinge auf diese Bildungsanstalten.

Selbst in Serbien hat ein Bewußtseinswandel eingesetzt. Das Parlament der autonomen nordserbischen Provinz Wojwodina verabschiedete im Februar eine Resolution, in der es die den Benesch-Dekreten vergleichbaren jugoslawischen AVNOJ-Beschlüsse von 1944 scharf verurteilt und dazu aufruft, deren rechtliches Fortbestehen zu beenden.

Andere europäische Mächte wie Frankreich oder Großbritannien können nur neiderfüllt auf die hervorragenden deutschen Ostkontakte blicken, die in nicht geringem Maße durch das Beziehungsgeflecht der Vertriebenen und Aussiedler begründet sind.

Gerade letztere haben der Bundesrepublik Deutschland ein reiches Fremdsprachenreservoir erschlossen: So verfügen wir über zahlreiche gute Polnisch-, Ungarisch-, Rumänisch- oder Russischsprecher, die als „Türöffner" zu den entsprechenden Kulturen und Märkten dienen können.

Darüber hinaus gibt es überall in den Heimatgebieten noch immer kleinere deutsche Minderheiten, die als Brücken zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten und Südosten fungieren.

Alle genannten Beobachtungen sind nur Ausschnitte aus einem unübersichtlichen Mosaik des Umbruchs. Sie zeigen aber sehr deutlich, daß der heutige deutsche Staat mittelfristig und besonders langfristig durchaus die Chance hat, aus einer gestärkten europäischen Mittellage heraus auch weltpolitisch Gehör zu finden. Nur braucht es dazu Geduld und einen sicheren Blick für die Prioritäten.





Symbolische Bilder: *Der deutsche Einfluß im Osten (etwa in Ödenburg in Ungarn) wird immer größer, obwohl das aufflammende Nationalgefühl der Wende von 1989/90 nur Episode blieb*

Fotos: Archiv/ Hailer-Schmidt

Blick nach Osten

Polnische Agitation

Straßburg/Warschau – Vergangene Woche wurden auf der gemeinsamen Sitzung des Europaparlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von polnischer Seite Unterschriften für ein Alternativvorhaben zum „Zentrum gegen Vertreibungen" gesammelt. Die christdemokratisch ausgerichtete Bürgerplattform hatte vorgeschlagen, ein vom Europarat finanziertes „Europäisches Zentrum des Gedenkens" in Warschau zu errichten. Dem Sejm liegt bereits ein Beschlußentwurf über ein solches Zentrum vor, dessen Konzept sehr weit gefaßt ist. Bogdan Klich, ein Abgeordneter der Bürgerplattform, formulierte dieses zuletzt folgendermaßen: „Wir möchten, daß eine solche Einrichtung auch Forschungen betreibt und erzieherisch tätig ist. Das würde nicht nur die Naziverbrechen betreffen, sondern auch die Verbrechen des sowjetischen Regimes. Das Zentrum wäre eine übernationale Institution, die auch die Geschichte von oppositionellen und Dissidentenbewegungen untersucht."

Visavertrag mit Russland

Warschau – Polen und Rußland unterzeichneten am 18. September ein Abkommen über die Einführung der Visapflicht im Personenverkehr. Der im Vorfeld des polnischen EU-Beitritts erforderlich gewordene Vertrag ist seit 1. Oktober in Kraft. Polnische Privatreisende nach Rußland müssen nun im russischen Konsulat eine gültige Einladung vorlegen, die von den Milizorganen der Russischen Föderation bestätigt worden ist. Umgekehrt genügen ein Antrag beim polnischen Konsulat sowie der Nachweis ausreichender Geldmittel für den Aufenthalt. Die Gebühren liegen jeweils bei zehn Euro für ein Einfachvisum, 16 Euro für ein Zweifachvisum und 50 Euro für ein Mehrfachvisum. Neben verschiedenen anderen Ausnahmeregelungen wurde auch eine generelle Gebührenfreiheit für den Reiseverkehr mit dem Königsberger Gebiet festgelegt.

Erinnerung an Stettin

Berlin – Die Deutsche Bahn AG hat Ende September in Berlin auf dem Gelände des alten „Stettiner Bahnhofs" den Grundstein für einen modernen Büro- und Verwaltungskomplex gelegt. Anfang 2005 sollen auf dem Areal des heutigen Nordbahnhofs rund zweieinhalbtausend Mitarbeiter der Bahn einziehen. Für das neue Gebäude ist der Name „Stettiner Karree Mitte" vorgesehen, der an die Geschichte des Ortes erinnern würde.

Umstrittene Union

Kiew – Die Ukraine will ihre Beteiligung an dem am 19. September vertraglich vereinbarten Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Rußland, Weißrußland und Kasachstan auf die Zusammenarbeit in einer Freihandelszone beschränken. Dies erklärte wenige Tage später der stellvertretende ukrainische Außenminister Mozyk. Darüber hinaus kündigte er an, daß sich die Ukraine bemühen werde, „die Normen und Standards der Europäischen Union auf die Tätigkeit des Einheitlichen Wirtschaftsraumes zu übertragen, was (...) in Zukunft die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums fördern wird". Die Ukraine hatte dem von den vier Staatspräsidenten in Jalta unterzeichneten Abkommen nur unter Vorbehalt zugestimmt. Angesichts der noch ausstehenden parlamentarischen Ratifizierung hat das oppositionelle Bündnis „Unsere Ukraine" mit der Sammlung von Unterschriften gegen einen drohenden „Souveränitätsverlust" und den „Verrat nationaler Interessen" begonnen. Außerdem will man vor dem ukrainischen Verfassungsgericht klagen.

INS EISIGE SIBIRIEN DEPORTIERT

Deutsche aus Rußland, Teil IV: Die deutschstämmigen Siedler fielen als erste den Stalinschen Säuberungen zum Opfer / Von Uwe GREVE



Massengrab aus der Stalin-Ära: *Besonders während der 30er Jahre erspähte der Staats- und Parteichef überall Feinde des Regimes. Wer nicht gleich exekutiert wurde, wurde deportiert und erlag nicht selten den Strapazen der Zwangsarbeit.* Foto: pa/akg

»Liquidierung der Kulaken«

Stalin hatte, als Ende 1927 die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft von ihm angeordnet wurde, zwei Ziele im Auge. Einmal glaubte er, mit landwirtschaftlicher Großflächenwirtschaft mehr Erträge zu erzielen, um die Überschüsse ins Ausland verkaufen zu können. Mit den so erwirtschafteten Devisen sollte die Schwerindustrie schneller aufgebaut werden. Zum anderen – und wahrscheinlich sogar vordringlicher – wollte er die Kulaken (Großbauern) beseitigen, die sich gegen viele bolschewistische Bestrebungen sperrten und nach Stalins Vorstellungen ein gefährlicher Fremdkörper im kommunistischen Staatswesen waren.

Mit Beginn der Zwangskollektivierung wurden insbesondere den Großbauern unerfüllbare Abgabeverpflichtungen auferlegt. Um zusätzliches Getreide zur Ablieferung heranzuschaffen, mußten viele von ihnen Ackergeräte und Vieh verkaufen. Wer die staatlichen Forderungen nicht erfüllen konnte, wurde deportiert. Da unter den Deutschen, besonders auch den Mennoniten, viele Großbauern waren, waren die deutschen Siedlungsgebiete besonders betroffen. Etwa 700.000 Bauern wurden von der Staatsführung in Moskau als Kulaken eingestuft. 15 Prozent von ihnen waren Deutsche, obwohl ihr gesamter Anteil an der Landbevölkerung Sowjetrußlands nur bei einem Prozent lag.

Hinzu kam, daß die Sowjetregierung sehr wohl mißtrauisch registriert hatte, daß die Deutschen besonders schwach am bolschewistischen Parteileben teilnahmen. Von allen nationalen Minderheiten im Sowjetstaat waren unter den Deutschen die geringsten Kandidaten- und Parteimitgliedszahlen registriert worden.

Am Anfang der Zwangskollektivierung reisten in kurzer Zeit etwa 14.000 deutsche „Kulaken“ nach Moskau und versuchten, über die deutsche Botschaft Auswandererpässe zu ergattern – insbesondere nach Kanada. 5.750 erlangten die begehrten Dokumente. Die Mehrheit wurde, nach Aussagen der deutschen Botschaft, „auf brutalste Weise zurücktransportiert und viele von ihnen als angebliche Anstifter der Auswandererbewegung zu jahrelangem Gefängnis verurteilt“. Die Zwangskollektivierungswelle erfaßte jedoch nicht nur die Kulaken, sondern schrittweise auch alle anderen bäuerlichen Wirtschaften. Infolge ihres hohen Wohlstandes sahen die Bolschewisten in den deutschen Siedlern – auch jenen mit kleinen Höfen – durchgehend Kulaken. Von Monat zu Monat verschärfte sich der Kollektivierungsdruck. In der Rede Stalins vom 15. Dezember tauchten zum ersten Mal die Worte von der „Liquidierung der Kulaken“ auf.

»Wer revoltiert, wird umgesiedelt«

Anfang 1931 erfolgten die ersten Massendeportationen, unter ihnen auch etwa 50.000 Deutsche. Weitere Deportationswellen folgten. Manchmal waren nur die Männer betroffen, in anderen Fällen ganze Familien. Blieb die Restfamilie am Ort, war sie vielfältigen Schikanen ausgesetzt. Am 1. Juni 1931 war die Wolgarepublik zu 95 Prozent „kollektiviert“. Verzweifelte Aufstände in Dörfern wurden mit Waffengewalt niedergemacht. Die Deportationen und Zwangsmaßnahmen verringerten den Getreideanbau, ließen die Viehbestände sinken, ebenso wie die Arbeitsmoral. Eine Hungersnot ging durch ganz Sowjetrußland, die nach der Einschätzung westlicher Historiker zwischen drei und fünf Millionen Tote verursachte. Da die sowjetische Staatsführung alles tat, um die Not zu vertuschen, kam ausländische Hilfstätigkeit – auch aus Deutschland – nur sehr begrenzt zum Zuge. Wie viele Deutsche unter den Hungertoten waren, läßt sich kaum ermitteln.

Deutsche unter Spionageverdacht

Mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus 1933 in Deutschland verschlechterte sich nicht nur das außenpolitische Verhältnis zu Sowjetrußland, sondern sie brachte die Deutschen dort unter den generellen Verdacht, mit dem Nationalsozialismus zu sympathisieren. Am 5. November 1934 erließ das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen Ukas: „Über die Bekämpfung der konterrevolutionären faschistischen Elemente in den deutschen Kolonien.“ Den zuständigen regionalen Parteigliederungen wurde zur Pflicht gemacht, „unverzüglich Repressivmaßnahmen gegen aktive Konterrevolutionäre und antisowjetisch eingestellte Elemente zu ergreifen, Verhaftungen und Ausweisungen durchzuführen und böswillige Anführer zum Tode durch Erschießen zu verurteilen“, wie eine 1995 in Rußland veröffentlichte Dokumentation belegt.

In Verdacht der Subversion gerieten jetzt selbst Deutsche, die Paketsendungen aus dem Mutterland empfingen. Viele Führungskräfte (sprich politische Funktionäre) in der deutschen Wolgarepublik wurden verhaftet und verschwanden für immer. Ins Visier der Geheimpolizei gerieten auch jene Deutschen und Österreicher, die am Ende des Ersten Weltkrieges hier geblieben und wirtschaftlich Fuß gefaßt hatten, aber den heimischen Paß noch besaßen. Etwa 55.000 Deutsche saßen vor Beginn des deutschen Rußlandfeldzuges im Sommer 1941 in Strafarbeitslagern. Viele von ihnen sind dort an Hunger und Seuchen gestorben. Welche Dimension die Verhaftungen und „Säuberungen“ haben konnten, geht nur aus Einzelberichten hervor. So wurden aus dem Dorfe Maierhof im Gebiet von Dnjepropetrowsk, bestehend aus 42 Höfen, bis 1939 alle Familien deportiert.

Deportation aufgrund gefälschter Beweise

Nach Beginn des Rußlandfeldzugs am 22. Juni 1941, so schreibt der Historiker Karl-Heinz Ruffmann in seinem Essay „Die Rußlanddeutschen, Funktion und Gewicht im Zarenreich der Sowjetunion“, *„ist bekanntlich unter der Beschuldigung versuchter Kollaboration mit Spionen und Diversanten des faschistischen Todfeindes die deutsche Bevölkerung des europäischen Teils der Sowjetunion nach Mittelasien und Sibirien, in nördliche Regionen der RSFSR sowie in Industriegebiete des Ural deportiert worden“.* Ihr folgten nach Kriegsende rund 200.000 Rußlanddeutsche, die von den deutschen Armeen überrollt worden waren, sowie weitere 70.000 bis 80.000, die mit westalliierter Hilfe aus dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches in die UdSSR „repatriiert“ wurden.

Sie alle hatten durch den Zweiten Weltkrieg (ab Sommer 1941) sämtliche Rechte einer Nation oder Volksgruppe eingebüßt: Rechtsstatus, Siedlungsgebiete, Bewegungsfreiheit, soziale Fürsorge des Staates, eigene Schulen und kulturelle Einrichtungen. Sie lebten als Verbannte in Arbeitslagern und Sondersiedlungen, mußten Schwerstarbeit in Bergwerken oder in völlig unerschlossenen Wäldern leisten.

Nur einige Details seien hier dargestellt: Im August 1941 wurde unter Führung des „Spezialkommandos für Deportation“ unter General Serow die gesamte Wolgarepublik von regulären Truppen und Einheiten des Innenministeriums besetzt. Der männliche Bevölkerungsteil zwischen 15 und 55 Jahren wurde zusammengetrieben und nicht, wie versprochen, für den Fronteinsatz vorbereitet, sondern nach Osten deportiert.

„In der zweiten Monatshälfte“, so Alfred Eisfeld in „Die Deutschen in Rußland und der Sowjetunion“, *„führten die Sicherheitsorgane mehrere Provokationen durch. Sowjetische Fallschirmspringer in deutschen Uniformen wurden in größerer Zahl über deutschen Dörfern abgesetzt und am nächsten Morgen von Suchtrupps aufgespürt. An anderer Stelle setzte man ebenfalls in deutsche Uniformen gekleidete Infanteristen in der Nähe von Saratow über die Wolga und ließ sie am Morgen des nächsten Tages von Abteilungen desselben Regiments gefangennehmen. Suchtrupps des NKWD, des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten, konnten mühelos Hakenkreuzfähnchen finden, die während der Vorbereitung des für 1940 geplanten Besuches Hitlers in der Wolgarepublik von den sowjetischen Behörden an die Bevölkerung verteilt worden waren. Diese Vorfälle dienten als Beweise für die Unterstützung von ‚Spionen und Diversanten‘ durch die deutsche Bevölkerung und führten zur sofortigen Verhaftung aller Führungskräfte der Wolgarepublik einschließlich der Regierungsmitglieder. Mehrere tausend Wolgadeutsche wurden binnen weniger Stunden erschossen.*

Am 30. August erschien im Organ des Gebietskomitees der Kommunistischen Partei und des Obersten Sowjets der Wolgarepublik ‚Nachrichten‘ der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR ‚Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen.‘ Darin hieß es: ‚Laut genauen Angaben, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Wolgarayons wohnenden deutschen Bevölkerung tausend und abertausende Diversanten und Spione, die nach den aus Deutschland gegebenen Signalen Anschläge in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons verüben sollen. Über das Vorhandensein einer solch großen Anzahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat keiner der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen, die Sowjetbehörden in Kenntnis gesetzt, folglich verheimlicht die deutsche Bevölkerung der Wolgarayons die Anwesenheit der Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetunion in ihrer Mitte. Um ein Blutvergießen im Falle von Diversionen zu vermeiden, hat das Präsidium des Obersten Sowjets es für notwendig gefunden, die gesamte deutsche in den Wolgarayons wohnende Bevölkerung in andere Rayons zu übersiedeln.‘ Diese anderen Rayons waren Nowosibirsk und Omsk, die Region Altai, Kasachstan und andere benachbarte Gebiete.“

In Viehwagons nach Sibirien

In Viehwaggons erreichten die Wolgadeutschen oft erst nach Wochen, ja nach Monaten Sibirien, Kasachstan und die anderen Verbannungsgebiete. Tausende gingen schon während der Transporte zugrunde. Nur in den Gebieten westlich des Dnjepr entgingen die Deutschen der Deportation, weil die Wehrmacht schneller war, als die Deportationen durchgeführt werden konnten.

Nach zumeist erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Sowjetrußland bekannt gewordenen Zahlen wurden im September 1941 365.000 Deutsche aus dem Gebiet der ASSRdWD nach Osten deportiert, aus dem Bereich Saratow 46.706 und aus dem Bereich Stalingrad 26.245. Die deutsche Wolgarepublik und die anderen deutschen Siedlungsgebiete zwischen Dnjepr und Ural waren ausgelöscht. Offiziell durch Gesetz wurde die Wolgarepublik jedoch erst am 25. Februar 1947 aufgehoben. Selbst Deutsche in Georgien und Aserbaidschan wurden weiter nach Osten deportiert. 1942 bis 1944 erlitten Deutsche aus und um Leningrad das gleiche Schicksal. Die, die nicht während des Transports zugrunde gingen, landeten im südlichen Kaukasus und Sibirien. Einige andere Völkerschaften in der Sowjetunion, wie die Krimtataren, Tschetschenen, Ingusen und Kalmücken mußten Ähnliches erleiden.

Der männliche Teil der Deportierten, für den Armeedienst als unzuverlässig geltend, wurde zur „Arbeitsarmee“ eingezogen. Er mußte in Bergwerken, beim Aufbau von Rüstungsbetrieben, beim Bau von Straßen, Kanälen und Bahntrassen Schwerstarbeit leisten. Im Raum Tscheljabinsk nahe Karaganda, Workuta, Swerdlowsk und vielen anderen östlichen Städten und Ortschaften vegetierten sie in Arbeitslagern. Allein in den Arbeitslagern von Tscheljabinsk, wo mehr als 100.000 Rußlanddeutsche zusammengepfercht waren, überlebten um die 30.000 nicht. Über den Massengräbern steht heute ein schlichter Gedenkstein.

Die Arbeitszeit betrug zwischen zehn und zwölf Stunden am Tag bei kärglichster Ernährung. In Dutzenden von Büchern haben Überlebende dieser Lager ihre grausamen Erlebnisse festgehalten. Den nach dem Krieg von den Alliierten zwangsrückgeführten Rußlanddeutschen war das gleiche Schicksal beschert. Wer in der deutschen Armee als Hilfswilliger tätig gewesen war, landete zwischen zehn und 25 Jahren in Arbeitslagern. Auch von den „Repatriierten“ starben Zehntausende an Hunger, Entbehrungen oder Lagerseuchen.

Die Rußlanddeutschen in der Ukraine, die zwischen 1941 und 1944 unter deutsche Herrschaft gelangt waren, erreichten keine Rückübertragung ihres Eigentums. Den deutschen Besatzungsbehörden ging es in erster Linie darum, möglichst viele landwirtschaftliche Güter hier erzeugen zu lassen, was Umstrukturierungen nur behindert hätten. Viele Rußlanddeutsche arbeiteten auch für deutsche militärische und zivile Dienststellen, andere gingen als sogenannte „Ostarbeiter“ in die deutsche Rüstungsindustrie.

Auch stellten deutsche Behörden vielen Rußlanddeutschen mit „Volkstumsausweis“ die Einbürgerung anheim, so daß sie deutsche Staatsbürger wurden. Als die Front näher rückte, begann die Flucht der Rußlanddeutschen nach Westen. Zehntausende kamen über Bulgarien und Ungarn in Trecks nach Deutschland. Von den NS-Behörden im Warthegau angesiedelte Rußlanddeutsche, solche, die im Sudetenland gelandet waren, und auch alle anderen, die im Reichsgebiet lebten, wurden – soweit sie nicht untertauchten – an die Sowjets ausgeliefert und landeten in den Zwangsarbeiterlagern. ■

ERGÖTZLICH UND LEHRREICH

oder: Wenn Lexika nicht nur informieren, sondern auch unterhalten

Verstand ist erhaben, Witz ist schön", soll Immanuel Kant einmal gesagt haben. Wie recht der große Philosoph hatte, das erkennt man, hört oder liest man die eine oder andere Anekdote aus dem Leben bedeutender und bekannter Persönlichkeiten. Kant selbst war sehr schlagfertig. So war eines Tages eine Naht seines Rockärmels aufgeplatzt, und sein Gegenüber konnte sich nicht entblöden zu bemerken: „Da schaut die Gelehrsamkeit heraus." – „Und die Dummheit hinein", entgegnete darauf der Philosoph, der ohnehin keine großen Worte liebte. So saß er in einer Gesellschaft, auf der sich jüngere Herren wichtig taten und sich ihrer Taten rühmten. Kant war schweigsamer als sonst, da fragte man ihn, warum er denn gar nichts sage: „Ach", erwiderte er, „unter so vielen selbstlauten sind stets auch einige stumme Buchstaben nötig."

Schlagfertig war auch sein Landsmann Johann Gottfried Herder. Der Philosoph und Theologe aus Mohrungen traf auf einer Gesellschaft in Weimar, wo er als Hofprediger wirkte, einen neureichen Fabrikanten. Der wollte den Theologen provozieren und verkündete: „Wenn ich einen unbegabten Sohne hätte, würde ich ihn Prediger werden lassen." Herder allerdings entgegnete lächelnd: „Da ist Ihr Herr Vater offenbar ganz anderer Ansicht gewesen." Witz bewies Herder auch, als er auf seiner Italienreise von einem Abt angegriffen wurde, der seinen evangelischen Amtsbruder vorwurfsvoll fragte, wie er seine Herde so lange allein auf der Weide lassen könne. Herder: „Bei uns in Deutschland ist längst die Stallfütterung eingeführt."

David Hilbert aus Königsberg, als Mathematiker eher der Sachlichkeit zugetan, war ebenfalls mit einem ausgesprochenen Mutterwitz ausgestattet. So soll er, um unerwünschten Besuch loszuwerden, schon nach wenigen Minuten zu seiner Frau gesagt haben: „Käthe, wir haben die Herrschaften schon lange genug gelangweilt." Darauf nahm das Ehepaar Hilbert Hut und Mantel und verließ sein eigenes Haus, als ob es selbst den Besuch gemacht hätte.

Nachzulesen sind diese – genauer gesagt 3668 – pointierten Kurzgeschichten von über 1150 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Gesellschaft im **Harenberg Anekdotenlexikon** (Aufgeschrieben von Maurus Pacher, 960 Seiten, 774 Abb., Leinen mit Schutzumschlag, Lesebändchen, 50 Euro). Neben amüsanten Anekdoten, nicht zuletzt über den großen Preußenkönig Friedrich II., finden sich, wie bei Harenberg üblich, auch biographische Daten, eine kurze Einführung in Leben und Werk, ausgewählte Zitate und ausgefallene Fotos, die allein schon Geschichten erzählen. Ein Lexikon, das ein wahres Lesevergnügen verspricht.

Lovis Corinth, Maler und Graphiker aus Tapiau, wurde einmal von einem Kunstfreund nach dem Programm seiner Kunst gefragt. „Was ich will, meinen Sie? Verkaufen, natürlich", entgegnete Corinth kurz und bündig. Und verkaufen konnte er seine Bilder, dieser bärbeißige Ostpreuße. Der Hamburger Museumsdirektor Alfred Lichtwark und auch sein Nachfolger Gustav Pauli erwarben für die Kunsthalle eine stattliche Reihe von Werken, entweder direkt beim Künstler oder aber später durch den Kunsthandel. So wurde in der Eröffnungsausstellung des Kölnischen Kunstvereins 1924, ein Jahr vor Corinths Tod, ein Gemälde aus Privatbesitz angeboten. Es war das 1911 entstandene Motiv „Am Putztisch (Morgentoilette)" und zeigte seine Frau Charlotte Berend-Corinth beim Kämmen ihrer langen Haare durch den Friseur Müthel. Corinth hatte die Szene zufällig beobachtet und war fasziniert vom Licht und Schatten, von der Stimmung im Boudoir seiner Frau. Schnell hatte er die Figur des Friseurs mit dem Pinsel auf der Leinwand festgehalten, doch fertig war das Bild noch nicht. Am Abend fragte er seine Frau: „Petermannchen, glaubst du, daß du morgen auch wieder deine Hand so halten könntest – mit der Puderquaste?" – Sie konnte ...

Entstanden war eine zunächst „banal wirkende Alltagsszene"; Corinth jedoch hatte sie „durch den Reiz des Lichts ‚geadelt', das die Figuren umhüllt und das Zimmer durchflutet". Mit diesem Bild gelangte erstmals eine selbständig entstandene, freie Komposition Corinths in die Sammlung der Hamburger Kunsthalle; „ein glänzend gemaltes Stück Leben", lobte Pauli 1924.

Corinth war nicht zuletzt bekannt für seine Walchensee-Bilder, meist Motive, die er von seinem Haus in Urfeld aus malte. Dazu gehört auch das Gemälde „Baum am Walchensee", das 1923 entstand und sich heute im Kunsthaus Zürich befindet. Auf den ersten Blick ist nichts Ungewöhnliches zu entdecken, dann jedoch erkennt man, daß der See auf der linken Bildseite urplötzlich in einen Katarakt übergeht. Auch scheint die linke Bildhälfte weniger geordnet und übersichtlich. Eine dramatische Wechselwirkung zwischen Seherfahrung und Bildwirklichkeit, das Bild als Experimentierfläche – Kunstkritiker sehen darin einen Hinweis auf die expressive Malerei der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

In einem anderen Harenberg-Lexikon, das in zweiter verbesserter Auflage vorliegt und das 525 Meisterwerke aus sieben Jahrhunderten vorstellt (Hrsg. Wieland Schmied in Zusammenarbeit mit Tilmann Buddensieg, Andreas Franzke und Walter Grasskamp, 1188 Seiten, 539 farbige Abb., Leinen mit Schutzumschlag, Lesebändchen, 50 Euro), haben auch diese beiden Werke Corinths Aufnahme gefunden. Mit dem **Museum der Malerei** ist Herausgebern und Autoren gelungen, berühmte Museen und ihre Schätze zwischen zwei Buchdeckeln zu vereinen. Dem Leser wird durch präzise Bildbeschreibungen der Dialog mit dem Kunstwerk erleichtert. Und so ist es eine wahre Augenweide, nicht nur den ganz Großen wie Rembrandt oder Vermeer, El Greco oder Tizian, Cranach oder Dürer, Friedrich, Runge oder Schinkel zu begegnen. Eduard Gaertner, Johann Erdmann Hummel sind ebenso vertreten wie die Maler der "Brücke", wie Liebermann oder Slevogt. – Ein imaginäres Museum der Malerei für den Bücherschrank, vor allem aber zum Blättern und Sehen-Lernen.

Wer bisher meinte, Lexika seien langweilig und nur zu benutzen, um schnell einmal etwas nachzuschlagen, der sieht sich bei Harenberg immer wieder angenehm enttäuscht, sind doch diese Ausgaben Lesebücher im reinsten Sinn, auch machen sie neugierig auf eine weitergehende Lektüre. **os**



Lovis Corinth: *Am Putztisch – Morgentoilette (Öl, 1911; im Besitz der Hamburger Kunsthalle)*

Foto: aus dem besprochenen Band

KOSTBARES PORZELLAN

Zu Ausstellungen in Berlin und Potsdam

Es ist immer wieder erstaunlich, daß derart zerbrechliche Kunstgegenstände wie Porzellan die Wirren der Zeit überdauern konnten. Und so sind Ausstellungen mit kostbarem Porzellan stets ein besonderer Anziehungspunkt. Noch bis zum 15. Oktober werden im Chinesischen Haus, Schloßgarten Sanssouci, 26 Teile aus einem 1762/63 entstandenen Japanischen Service der Manufaktur Meißen gezeigt. An diesem ersten Service für das Schloß Sanssouci hat auch Friedrich der Große als Gestalter mitgewirkt.

Ebenfalls der höfischen Porzellankunst ist die neu eröffnete Sammlung im Belvedere des Schlosses Charlottenburg gewidmet. Dort sind Beispiele aus den Produktionen von KPM, Wegeley und Gotzkowsky zu sehen. Noch bis zum 12. Oktober zeigt nun das Stadtmuseum Berlin im Ephraimspalais, Poststraße 16, die Sammlung Albrecht Schütze mit Berliner Porzellan für den bürgerlichen Haushalt. Zu sehen sind Beispiele aus der Produktion der KPM und späteren Staatlichen Porzellanmanufaktur, aber auch von der Konkurrenz, so daß sich ein guter Einblick in die Weiterentwicklung der Porzellangestaltung ergibt. Porzellan, das beide Anforderungen erfüllen mußte: „Zur Zierde wie zum Nutzen des Hauses", so lautet denn auch der Titel der Ausstellung im Ephraimspalais. **SiS**

MUSIKALISCHER LEITSTERN GEBLIEBEN

Neu auf CD: Mozart-Einspielungen mit Günter Wand und dem Gürzenich-Orchester

Das Äußerste, was man erreichen kann, ist, die Musik nicht zu interpretieren, sondern sie zu verstehen", hat der Dirigent Günter Wand (1912–2002) einmal gesagt. Er, der als „Treuhänder" aller großen Komponisten gilt, bemühte sich stets, „im Musizieren den Kompositionsprozeß noch einmal bis ins kleinste ‚nachzudenken'", wie er selbst bekannte.

„Gelernt" hat Wand sein Handwerk im ostpreußischen Allenstein, wo er sich vier Jahre lang als zweiter Kapellmeister am „Treudank", dem vom Staat Preußen als Dank für den Abstimmungserfolg gestifteten Theater, erste Sporen verdiente. Alle 14 Tage mußte damals ein neues Werk einstudiert werden, und das mit einem kleinen Orchester, das bei Bedarf durch Militärmusiker der örtlichen Garnison verstärkt wurde. Als Erster Kapellmeister und Musikdirektor der Kölner Gürzenich-Konzerte machte er sich schließlich ab 1938 einen Namen. In dieser Position, die Wand bis 1974 innehatte, prägte er ein Orchester, das mit seinem Dirigenten „unauslöschliche Marken in der deutschen Musikwelt" hinterließ, wie Michael McManus im Begleitheft zu der CD-Reihe „Testament" hervorhebt.

Der Club Francais du Disque hatte Wand in den 50er Jahren das Angebot gemacht, sein umfassendes Repertoire einzuspielen. Diese Produktionen werden nun wieder zugänglich gemacht. Nachdem Werke Beethovens mit Günter Wand und dem Gürzenich-Orchester veröffentlicht wurden, folgen nun Mozart-Einspielungen aus seiner frühen Kölner Zeit: **Haffner- und Posthorn-Serenade** (SBT 1302), **Eine kleine Nachtmusik, Sinfonien Nr. 33 und 34, sowie Concerto Grosso a quattro chori in D von Gottfried Heinrich Stölzel** (SBT 1303), **Sinfonien Nr. 35 Haffner, 40 und 41** (SBT 1304), **Sinfonien Nr. 36 Linz, Nr. 38 Prag und Nr. 39** (SBT 1305). Das kleine „Concerto grosso" von Stölzel, einem Zeitgenossen Bachs und Kapellmeister in Gotha, ist das einzige barocke Musikstück, das Wand je aufgenommen hat. Er spielte es auch nicht mit dem Gürzenich-Orchester, sondern mit einem eigens von der Plattenfirma zusammengestellten Ensemble, das sich ganz bescheiden „Orchester der hundert Solisten" nannte. Günter Wand aber hatte auch dieses Ensemble meisterhaft „im Griff". – Ein Katalog aller Testament-Veröffentlichungen ist übrigens kostenlos erhältlich bei: Testament, P. O. Box 361, Bromley, Kent BR2 0QQ, England oder im Internet unter www.testament.uk.com.

Wie die Beethoven-Aufnahmen zeichnen sich die Mozart-Einspielungen ebenfalls durch stilvolle Interpretationen aus. „Wands geschmeidige, lebendige Interpretationen sind von bemerkenswerter klassischer Reinheit und Energie – Welten entfernt von jenem großformatigen Mozart, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts dominierte", wie ein Kritiker betonte. So entstand eine Synthese aus Gewicht und frischer kammermusikalischer Haltung. Moderne Spieltechnik mit klassischer Authentizität zu verbinden, war immer ein Ziel des Dirigenten aus Elberfeld. Dabei lag ihm Mozart neben Beethoven und später Bruckner besonders am Herzen. In seiner Biographie „Günter Wand: So und nicht anders" (Hoffmann und Campe, 1998) erzählte er von seiner Begeisterung für Mozart und sein Werk: „Man kann von Mozart außerordentlich viel lernen, was sich nicht nur auf das Komponieren bezieht, sondern auch auf das Interpretieren. Faszinierend ist vor allem, daß die angewandten Mittel in einer Komposition immer sehr genau der Aussage entsprechen. Bei Mozart stimmen eben alle Proportionen und Parameter ..."



Günter Wand: *Schätzte Wolfgang Amadeus Mozart und seine Kompositionen besonders*

Foto: Archiv

„Was mich als jungen Mann bereits zu Mozart hingezogen hat, ist sicherlich die Zurücknahme alles Persönlichen in seiner Musik, die ja deshalb keineswegs emotionsarm ist, im Gegenteil! Und je älter ich werde, desto überwältigender empfinde ich diese Reinheit, diese absolute Natürlichkeit der Musik Mozarts, die man nicht erklären kann, die auch in ihrem Metrum biologisch ‚richtig' ist." Mozarts Musik gebe „eine unglaubliche Beseligung", so Günter Wand. „In schwierigen psychischen Situationen kann sie wie eine kostbare Medizin wirken." Und er bekannte: „In all den Jahren, in denen meine Neigung zu anderen Komponisten gewechselt haben mag, ist Mozart mein musikalischer Leitstern geblieben." **Silke Osman**

Verwandte dringend gesucht

Von Eva Pultke-Sradnick

Hanni saß zusammengeringelt in der Sofaecke und ließ laut weinend ihrem Schmerz seinen Lauf. „Ei, mein kleines Schafche, mein Schieperche, was fehlt dir denn?“ fragte die Mutter besorgt. „Bist hingefallen, tut dir was weh? Na, denn hast bestimmt Hunger, wart, ich mach dir ein Zuckerbrotche.“ Hanni gab keine Antwort, aber sie schraubte ihr Weinen noch um eine Oktave höher. „Oder haben dir die Jungens was getan, denn mußt sagen, denn kriegen sie orndlich was

Die Mutter nahm die Marjell in die Arme und puuschte sie

hinter die Ohren. Auch nicht? Na denn komm her, denn puusch ich dich ein Weilchen, und denn ist gleich besser.“ Die Mutter nahm ihre kleine Marjell in den Arm und wiegte sie leise summend hin und her.

„Ich möcht' auch Verwandte haben“, brach es endlich aus Hanni heraus. „Ich möcht' auch Tanten und Onkels, Schwestern und Cousinchen. Alle haben sie welche, bloß ich nicht. Ich hab bloß immer Omas und Opas, und zwei sind schon ganz alt. Warum hab' ich nicht wie Traute und Ulla auch Schwestern und eine Tante Liese und Tante Lene, vielleicht auch eine Tante Herrmann oder Tante Emil.“ Ja, dachte die Mutter gedankenvoll, da müßte man eher die Omas fragen. Ich hätte auch ganz gerne Geschwister gehabt. „Ach mein kleines Mädchen“, sagte sie tröstend, „alles kann man sich im Leben nicht aussuchen. Manche Menschen haben einen Haufen Kinder und andere müssen dankbar sein, wenn sie ein einziges bekommen. Du aber hast doch noch drei Brüder, du bist doch nicht allein.“

„Aber das sind doch bloß Jungens“, schniefte Hanni erbost. „Keiner will mit mir Puppenspielen und keiner will auf meinem Kochherd kochen. Sie kommen nur immer alles ausschmengern und sagen, daß ich eine kalte Mamsell bin, weil ich kein Feuer im Herd von dir krieg, wo du doch den ganzen Ofen und den Herd voll hast. Die spielen bloß immer Schlagball, Messerstechen, Klippche schlagen, gehen Stuckse fangen und sind frech.“ Es kostete die Mutter einige Mühe, alle Vorzüge, die ein kleines Mädchen hatte, aufzuzählen.

Sie mußte ihrer Tochter recht geben. Ja, es stimmte schon. Sie selbst war ein Einzelkind, und ihr Mann hatte auch nur eine Schwester, die allerdings vier Kinder hatte. Der Haken war nur, daß diese bereits um fast eine halbe Generation älter waren als Hanni. Fast jede zweite Familie im Dorf war kinderreich, und in der vorherigen Generation waren zehn bis zwölf und vierzehn Kinder gar keine Seltenheit. Und so gab es Tanten und Onkel, Großonkel, Cousinen und „kleine“ Cousinen, dies waren wiederum die Kinder der vorher genannten. Die Schwippschwager und -schwägerinnen kamen auch noch dazu. Da war es gar nicht einfach, alle auseinander zu halten.

Wie zu allen Zeiten unterlag auch die Namensgebung einer gewissen Mode. Eleonora, Gerda, Waltraut, Margarethe, Editha, Werner, Gerhard, Alfons und Lothar waren in den Zwanzigern bevorzugt. Bei den Großeltern war es natürlich nicht viel anders. Da spielten Kaiser und Könige noch eine Rolle, und so lagen die Taufnamen Wilhelm, Karl und Karoline, Heinrich, Eduard, Eberhard oder Otto, Henrietta, Georgine, Rosalie, Wilhelmine und Auguste voll im Trend. Alles klangvolle Namen. Diese gab es dann allerdings mehrfach im Dorf, aber damit hatte niemand ein Problem. Spätestens jedoch, wenn die ersten Bräute oder Freier ins Haus kamen, dann gab es ein bißchen Kuddelmuddel. Denn es konnte durchaus sein, daß es in der Familie oder weiteren Verwandtschaft bereits eine Elisabeth, Lieselotte, Rosa oder Marie gab. Das regelte sich jedoch bald von ganz alleine. Da schrumpften die Doppelnamen zu Lilo und Lottchen, oder wenn eine gerne naschte, wurde sie schnell zur Schmengerlies'chen, eine andere zur Putzmarie. Eigenheiten, Wohnort, Berufe kamen da in Frage, und wenn es gar nicht anders war, hieß sie eben Tante Herrmann oder Tante Emil, nach dem Namen ihres Mannes. Nie gab es aber einen Onkel Minna oder Onkel Berta. Das hatte etwas mit der Mannesehre zu tun. Nein, so etwas wurde erst gar nicht in Erwägung gezogen. Schließlich war er das Oberhaupt der Familie, der Verdiener und Vater der Kinderschar.

Überhaupt, die vielen gleichen Familiennamen im Dorf! Schock, Spitz, Neumann, Baumeister, David, Wittke, Schöttke, da konnte der Postbote ein Lied von singen. Zur Unterscheidung gab es da aber die Okelnamen, die vorn oder hinten angehängt wurden. Das waren edle Namen wie Graf, Prinz, Leutnant, Päpke, Kohn, Kniebchen, Zacker, Mix, Max oder Lippke. Sogar doppelt gemoppelte Vor- und Nachnamen konnte es zwischen zwei Familien geben. Aber sie behaupteten, nicht miteinander verwandt zu sein. Sicher wird es aber in grauer Vorzeit einmal ein gemeinsames Nest gegeben haben.

Wie sehr beneidete Hanni darum ihre Schulfreundinnen. Traute hatte sogar einen Fleischer in der Familie. Er wurde Blücher genannt, vielleicht weil er so bräsig und forsch aussah. Ihn gingen die beiden immer gerne besuchen, wenn Tante Trude, seine Frau, nicht im Laden war, wohl wissend, daß sie bei ihm nie ohne eine dicke Scheibe Wurst hinausgingen. Eine andere Tante lud sie immer zum Hineinkommen und Sitzen ein, was sie mit ihren barften Füßen, an denen meistens noch Seesand klebte, der auf den blank gebohnerten Fußboden runterfiel, gar nicht so gerne taten. Aber hier gab es immer was zum Schmengern. Tante Marie hatte nämlich im Schrank eine goldblaue Keksdose, und die war stets gefüllt. Sie zögerte nie lange, holte zwei bunte Lacktellerchen heraus und belegte sie mit köstlichem Gebäck. Dabei erzählte sie, wie jedes Mal, daß diese Teller von ihrem Großvater stammten, der sie von den Chinesen mitgebracht hatte. Er war, wie fast alle Fischer hier im Dorf, Seemann und auf großer Fahrt gewesen.

Bei Tante Rosa gab es meistens einen Apfel, weil die so gesund sein sollten. So machten die Kinder, wenn an einem Tag gar nichts los war, ihre Besuchstour, und Hanni beneidete ihre Freundin sehr. Ein ganz klein wenig fühlte sie sich aber doch mit allen verwandt, vor allem mit dem dicken Fleischer Blücher. Denn Hannis Tante Minna, Vaters Schwester, hatte nämlich den Onkel Gustav geheiratet, der ein Bruder von Fleischermeister Blüchers Frau war. Das wäre keineswegs verwandt, erklärten Hannis Brüder lachend, aber sie zog nur geringschätzig ihre dünnen Schultern hoch und ließ die dummen Jungens stehen, was wußten die denn schon von Püschologie? ■



Gerhard Hahn: *Oberländisches Bauernhaus in Güldenboden, Kreis Mohrungen (Öl)*

Wenn die letzte Ähre fiel ...

Von Rose Marie v. Grumbkow

Seit Generationen war es Tradition, das Erntedankfest in der Wagenremise des herrschaftlichen Kutschstalles zu feiern. Welch ein Anblick, es war fast wie ein Gebet, wenn der schwere Erntewagen mit dem goldenen Korn sich über die weite Chaussee bewegte! Hoch oben thronte der Fahrer, und es galt als eine besondere Leistung, wenn das Korn nach keiner Seite leicht abkippte. Es konnten nicht alle laden, oft machten es Mädchen, wie etwa Bertha Preuss, die mit ihren stämmigen Armen die höchsten und korrektesten Wagen packte. Ein Stamm quer über das Ganze gelegt, hinten mit einer Kette festgezurrt, trug dazu bei, die Fuhre sicher zum Hof und in die Scheune kommen zu lassen.

Man konnte es absehen, wann das letzte Fuder eingefahren sein würde. Oft grollte schon der Augustdonner im Hintergrund, würde sich das Wetter halten – auch halten für die große Feier? Opapa fuhr am letzten Tag der Ernte noch einmal aufs Feld, da standen sie schon und warteten auf das „Fräulein“, kamen mit einem Büschel Ähren am Halm und banden sie um den Arm des jungen „Fräuleins“: „Ich tu' mich überwinden, das gnädige Fräulein zu binden ...“ Ein paar Geldstücke wechselten den Besitzer, das stille Versprechen zur Erntefeier war gegeben.

Dann kam das große Ausräumen der Remise. Wohin mit den Kutschwagen, den Kaleschen, den russischen Schlitten, Klingelschlitten, dem Tafelwagen, dem Ponywagen? Aber irgendwo waren sie jedes Jahr verschwunden, buntes Papier mußte ran, Lampions, Papierblumen, Bänke an den Wänden entlang, ein großer Tisch aus zusammengesetzten Brettern in der Mitte. Ein Bock für die kommende Biertonne, Zapfhahn. Emmy backte endlose Streuselfladen, viele Frauen des Dorfes hatten sich Zutaten geholt und halfen in ihren eigenen Backöfen die Kuchenmengen zu bewältigen. Kaffee, für später Brote mit Aufschnitt, Käse. Jedes Jahr gab es für die Kinder die große Streitfrage, wie lange darf aufgeblieben werden, dürfen wir an der

Bunt flatterten die langen Bänder an der Erntekrone

Polonaise durch den Park teilnehmen, darf man die Musik und den Tanz noch sehen und hören? Ja, also, wenn der erste einen Rausch bekommt, gehen die jungen Kinder ins Bett. – Behütete Jugend, eingebettet in Liebe und Betulichkeit, Verantwortung, Schutz.

Über den Stunden vor dem Aufmarsch der Leute lag eine ungeheuere Spannung. Schon tagelang war von uns Kindern der Bau der Erntekrone in einer Scheune beobachtet worden, und jedes Jahr war man der Meinung, daß sie wesentlich schöner sei als im vergangenen Jahr. Flatternde bunte Bänder, alle Getreidesorten vereint.

Dann kamen sie, allen voran der Kämmerer, der Oberschweizer, Unterschweizer, Gespannknechte, Hofgänger, Mägde, die Frauen, Kinder. Vor der Terrasse hielt der Zug an, die Übergabe der Erntekrone an den Gutsherrn, ein langes Gedicht, von einer der Mägde aufgesagt, rotglühende Wangen, Hilfen aus der Menge, Dank der Leute an den gerechten, großzügigen, immer hilfsbereiten Herrn. Rührung unserer Familie, Hildegard wischte sich immer die Augen, dann Dank des Gutsherrn für die Arbeit, die Treue zu Familie, Gut und Haus – so, und jetzt laßt uns dankbar feiern. Ein Hoch erscholl, der Bann war gebrochen, und unter den Klängen der kleinen Kapelle, die ein Volkslied intonierte, ging es mit uns allen zum Kuchenessen. Anfänglich noch Ziererei, man war der Hausfrau nicht immer so nah, aber bald ließen die glühenden Wangen auf reichlich Kaffeegenuß schließen, die ersten Biere wurden gezapft. Die kleinen Kinder brachte man vorsorglich zurück ins Dorf, und als sich dann die Dämmerung langsam über die Felder und den Park senkte, formierte man sich zur so sehr beliebten Polonaise.

War das ein Gekicher, Lachen, Singen, Stoppen, Stolpern, Umfassen, Anfassen, Unterfassen, eine ganze große, einige Familie! Da war kein Neid, kein Minderwertigkeitsgefühl der Dorfleute, man hatte zusammen geschafft, der Sommer war gut gewesen, es würde einen guten Ertrag geben. Man wurzelte in der Erde, war eins, litt mit ihr, war glücklich mit ihr, liebte sie. Bis spät in die Nacht ging das Fest, niemand kam zu Schaden, niemand fiel aus, alle waren froh, der Herbst konnte kommen! ■

Erbarmen, ein Automobil!

Von Horst-Dieter Radke

Sie war den weiten Weg gewöhnt; acht Kilometer vom Hof in Sternsee bis zur Schule in Bischofsburg. Jeden Tag zu Fuß hin und zu Fuß zurück. Oft mit den anderen Kindern zusammen, nicht selten aber allein – besonders auf dem Rückweg. Daß es ein langer Weg war, den sie jeden Tag zu gehen hatte, hätte sie von sich aus nie gesagt; sie kannte es ja nicht anders. Aber manchmal stöhnte sie doch, wenn es ihr nicht schnell genug ging. Sie sollte ja helfen, auf dem Hof. Sie wollte ja helfen! Und dann dauerte es noch so lange nach Schulschluß, bis sie, die letzten hundert Meter gerannt, ungeachtet des schweren Schulranzens, keuchend in die Küche stürzte und ihr „Ich bin da!“ rief.

Vielleicht sah man ihr diese Ungeduld an. Vielleicht hatte heute der Lehrer besonders diese Ungeduld bemerkt. Er war der einzige aus Bredinken, der ein Automobil hatte. Um nach Bredinken zu kommen, mußte man nicht über Sternsee fahren. Aber man konnte auch einen kleinen Umweg machen, und das hatte der Lehrer an diesem Tag im Mai des Jahres 1934 wohl vor. Als er sein knatterndes Gefährt neben dem erschrockenen neunjährigen Mädchen anhielt, sich aus dem Fenster beugte, strahlte er über das ganze Gesicht, und es war ihm anzusehen, daß er einen Vorschlag in petto hatte, mit dem er seine Schülerin beeindrucken wollte.

„Na, Lisbethchen. Soll ich dich bis Sternsee mitnehmen?“ Natürlich hatte Lisbeth schon Autos gesehen. Gelegentlich in Bischofsburg, aber immer aus Distanz. Und sie hatte sie immer als etwas Außergewöhnliches, sie selbst keinesfalls Betreffendes angesehen. Der Vorschlag des Lehrers – den sie übrigens schätzte und dem sie vertraute, zu dem sie sich in jede Kutsche gesetzt hätte – schockierte sie schlimmer, als wenn er etwa gesagt hätte: Mechtest du dich nich ausziehen, Lisbethchen?

„Erbarmen! Nei!“ schrie sie und rannte davon, und der Lehrer sah ihr nach, überrascht und verwirrt, und registrierte die kleine Staubwolke, die sie an diesem heißen Tag hinter sich her zog. Er fuhr dann direkt nach Bredinken, ohne den kleinen Umweg über Sternsee. ■

Lebensodem des Daseins

Gedanken zum Erntedankfest / Von Horst Thiemann, Pfarrer i. R.

Freuet euch in dem Herrn allewege! Und abermals sage ich: Freuet euch." (Phil. 3,4.) So schreibt der Apostel Paulus in seinem Brief an die urchristliche Gemeinde in Philippi, im heutigen Griechenland gelegen, aus seiner Kerkerhaft! Grund seiner Haft war allein die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus. Diese frohe Botschaft ist absolut konkurrenzlos auf dem überfließenden Markt religiöser Möglichkeiten. Sie stellt alles andere in den Schatten. Paulus war sich seines Glaubens sicher, flüchtete sich nicht in blutleere Theorien des Zeitgeistes: „Wes des Herz voll ist, des geht der Mund über!" (Matt. 12,34.)

Freude ist der Lebensodem unseres Daseins! Ohne Licht verkümmert jede Pflanze! Ohne Freude versinken wir in Hoffnungslosigkeit. Mehr als 365mal kommt dieses kleine Wort Freude als große Aussage in dem Buch

Die Freude ist der Trumpf unserer Dankbarkeit

der Bücher (Bibel) vor. In keinem Buch der Weltliteratur spielt die Freude eine so große Rolle.

Eben darin liegt der unübertroffene Stellenwert des Erntedankfestes im Laufe des Kirchenjahres: Freude ist Trumpf unserer Dankbarkeit. Trotz aller Enttäuschungen im eigenen Leben, in Landwirtschaft und Wohlergehen unseres Landes. „Es ist noch nicht aller Tage Abend, d. h. doch letztlich: Gottes Güte und Treue waltet über uns." Das schrieb der Reformator Martin Luther 1530 in seinem Kommentar zum 117. Psalm: „Lobet den Herrn, alle Heiden, preiset ihn alle Völker! Denn seine Gnade und Wahrheit waltet über uns. Halleluja!"

Christen sind keine „trüben Tassen", denen vielleicht Friedrich Nietzsche begegnet sein könnte, wenn er im „Zarathustra" schreibt: „Erlöster müßten sie singen, wenn ich an ihren Erlöser glauben soll!" Dabei haben doch, mit Verlaub, Christen die beste Botschaft, die es gibt in allem Zerbruch dieser Welt, wissen etwas von dem Wert des Dekalogs – den zehn Geboten, Spielregeln für die ethischen Werte des menschlichen Daseins.

Ich glaube, die Verfasser unserer Grundordnung (= Verfassung) schrieben nicht ohne Sinn und Verstand den Satz hinein: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!" Der Einwand „Die Welt ist anders geworden" stimmt, aber ist sie auch besser geworden? Mit politischem Mummenschanz, Egoismen jeglicher „Spielart" wird die Menschenwürde zerstört. Erinnern wir uns, in dunkelster Zeit bekannte Martin Luther: „Mit unsrer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren, es streit' für uns der rechte Mann, den Gott hat selbst erkoren. Fragst du, wer der ist? Er heißt Jesus Christ, der Herr Zebaoth, und ist kein andrer Gott, das Feld muß er behalten." Erntedankfest – ein Denkanstoß? Ja! Verlieren wir nie das sinnvolle Bedenken unserer Möglichkeiten. „Wir haben alles im Griff!" Solcher Hochmut kann gefährlich enden. Gravierend ist die Lebensbezogenheit der Gleichnisse Jesu im Neuen Testament.

Da gab es irgendwann und -wo einen sehr, sehr fleißigen, gewissenhaften Bauern. Jahrelang bestellte er seinen Acker und lebte von seinem Ertrag. Einmal konnte er eine besonders ertragreiche Ernte einbringen. Er überschlug den Ertrag. Saat und Ernte hatten sich gelohnt! Soll und Haben stimmten wieder. Sein Arbeitserfolg machte ihn reich. Die Zeit des „Armen Schluckers" war nun vorbei. Mit unternehmerischem Mut baute er neue, größere Speicher, für ihn Statussymbol von Rang und Namen. Offensichtlich war ihm der Blick für die Realitäten des Lebens entglitten. Jedes Leben ist mehr als der Nutzen, der alltäglich daraus gezogen werden kann. Jedes Leben ist um seiner selbst da. Er glaubte, ausgesorgt zu haben. Aber der Mensch denkt, Gott lenkt. Er läßt die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Irgendwie wurde ihm, mitten in all seiner Selbstherrlichkeit, diese göttliche Botschaft zuteil: „Du Narr – und was wird sein, wenn heute deine Seele von dir gefordert wird?"

Diese mahnende Frage begleitet uns ein Leben lang. Wir sind enttäuscht, wenn unsere Hilfe ohne Dank bleibt. Darum machen wir es uns nicht zu „billig" mit dem Erntedankfest. Danken und Teilen sind die Trümpfe christlicher Ethik, die Geschichte kirchlicher Diakonie. Diese ist mit ihrer Betreuungsarbeit (Senioren-, Suchtkrankenarbeit etc.) eine Leuchtboje christlicher Nächstenliebe.

Treue, Dank beinhalten den Wert der Wahrheit und Redlichkeit! Laxe Behauptungen: die Arbeitslosen seien arbeitsscheue Leute, die Heimatvertriebenen seien selbst schuld an ihrem Schicksal, die Alten leben auf Kosten der jungen Leute, sind widerliche „Sumpfblüten" „moderner" Geschichtsverdrehungen, vergiften das Vertrauen und alle „Würde des Menschen!" Auch vielfältig wiederholte Unwahrheiten werden nicht zu Wahrheiten. Von meinen polnischen Freunden und Mitchristen lernte ich den nachdenkenswerten Satz: „Wer zu hoch springt, springt nicht lange!"

Liebe Leser und Leserinnen unserer Zeitung, im Andenken an meinen Osteroder Freund Ernst-August Marburg (†) erlauben Sie mir die Bitte, mit nachfolgenden Zeilen schließen zu dürfen:

Ach Ostpreußen,
wie bist du so schön,
mein teures Heimatland!
Ihr blauen Seen,
Ihr grünen Höh'n!
Du Wiesenplan im Sonnenlicht,
Du korngesegnet Feld!
Wie bist du doch so schön
und licht:
Du meiner Heimat Welt. ■



Ursel Dörr: *Wir haben das Korn geschnitten (Aquarell)*

»Der nächste, bitte!«

oder: Die Sache mit Hand und Fuß / Von Silke Osman

Wie die Hühner auf der Stange sitzen sie da. Kaum einer verzieht das Gesicht. Man könnte meinen, sie sind versteinert. Der eine oder andere ächzt, wechselt die Position auf dem Plastikstuhl, der auch schon einmal bessere Tage gesehen hat, wie übrigens auch die Menschen, die sich in dem kleinen Raum versammelt haben. Sie sehen sich nicht an, blicken durch das Gegenüber geradezu hindurch. Bloß einander nicht zu nahe kommen! Freiwillig sind sie alle nicht da. Schmerzen haben sie an diesen Ort getrieben. Meist plötzlich aufgetreten ist die Pein, sozusagen über Nacht. Andere wieder haben einfach zu lange gewartet. Es wird schon wieder, haben sie gedacht, und den längst fälligen Besuch beim Arzt immer wieder aufgeschoben. Es wurde nicht, im Gegenteil. Nun also haben auch sie endlich im Wartezimmer Platz genommen.

Plötzlich, ein Windzug; er bringt Unruhe in die Versammlung der Schmerzgeplagten. Stimmen sind zu hören, Türen klappen. Eine Tür öffnet sich. Nein, es ist nicht der Doktor, um den nächsten zu sich in sein Allerheiligstes zu bitten. Ein „Neuer" ist aufgetaucht. Noch einer, der die Reihe der Wartenden verlängern, der lustlos in den Illustrierten blättern wird, der gleichgültig durch die anderen Mitleidenden hindurchsehen wird. Einer, der schmerzverzerrt, die Augen gen Decke gerichtet, sehnsüchtig auf den helfenden Heiler wartet. Lange Minuten, die gefühlsmäßig zu Stunden werden im muffigen Einerlei eines Wartezimmers. Einer, der ... Doch halt! Nicht dieser! Der „Neue" sieht zwar ein wenig lädiert aus, gewiß. Er humpelt an einer Krücke herein. Ein Fuß ist in Gips. Und sein Daumen scheint auch etwas abbekommen zu haben, ihn ziert ein nicht mehr ganz blütenweißer Verband. Das Gesicht des „Neuen" jedoch ist von fröhlichen Lachfältchen durchzogen. Mit einem frischen „Guten Morgen" kommt er herein und setzt sich mit Schwung – anders geht's wohl auch gar nicht mit dem Gipsfuß – auf einen letzten freien Platz. „Da hab ich ja endlich mal Glück gehabt", sagt er und zeigt auf den Stuhl, „daß der noch frei ist. Ansonsten", und er hebt seinen Gipsfuß, klopft mit der gesunden Hand darauf, „reicht es mir. Unter dem Spruch, daß eine Sache Hand und Fuß haben muß, habe ich bisher etwas anderes verstanden." Er grinst, und die anderen Patienten lächeln ihn teilnahmsvoll an. Auf einmal ist der eigene Schmerz nicht mehr ganz so schlimm. Ganz behutsam kommt man sich näher, wechselt sogar das eine oder andre freundliche Wort miteinander. ■

Wenn ein köstlicher Duft durchs Haus zog

Vom Wunder des Brotbackens damals und heute erzählt Christel Bethke

Zu den Wundern, die einst die Kinder erlebten, gehörte das Backen der Brote. Dann holte die Mutter die Stoffbeutel aus der Kammer, in denen das Mehl aufbewahrt wurde und das gegen Körner in der Mühle eingetauscht worden war, die sie als Ähren auf den Stoppelfeldern nachgelesen hatten. Nach Augenmaß verteilte sie es in den bereitgestellten Backtrog, vermengte es mit Salz und Wasser und dem wichtigsten: dem Inhalt eines kleinen Steinkruges, der schon lange einen Sprung hatte.

Schon am Vorabend war er aus der Speisekammer geholt, die vertrockneten Krümel darin mit warmem Wasser vermischt worden, mit dem alten Holzlöffel, der gleich immer darin stecken blieb, umgerührt und ganz an den Rand der noch lauwarmen Herdplatte geschoben worden. Und welch ein Wunder: aus dem „fast Nichts" wurde nach und nach ein ganzer Topf voll. Ja, man mußte aufpassen, daß er nicht überquoll wie der Reistopf im Märchen, der dann die ganze Stadt mit Brei versorgte, weil versäumt wurde, ihm Einhalt zu gebieten. Wer von außen in die Stadt wollte, mußte sich erst mal durch den Brei essen. Deshalb mußte der Topf im Auge behalten werden und sein Inhalt öfter umgerührt und zwischendurch noch etwas warmes Wasser hinzugegossen werden. Das war überhaupt wichtig: alles mußte warm sein – das Mehl, das Wasser, die Küche, der Herd, sonst konnte es vorkommen, daß das werdende Brot zusammenfiel und klitschig wurde. Das wollte die Mutter natürlich nicht und hielt deshalb auch Fenster und Türen fest geschlossen, um keinen Zug entstehen zu lassen.

Wenn der Inhalt des nun vollen Topfes zur Mehlmischung gegossen wurde, begann die eigentliche Arbeit: das Kneten des Teiges. Um mehr Kraft einsetzen zu können, stand der Trog auf einem Bretterstuhl ohne Lehne, so konnte die Mutter von allen Seiten ran, um den Teig zu bearbeiten. Bis er die richtige Beschaffenheit hatte, fuhr sie immer wieder mit den Händen in die Mehlpungel und verstreute großzügig den Inhalt über die Masse im Trog. Wenn sie nicht mehr an Händen und Trog klebte, hob sie den Teig auf die Tischplatte und bearbeitete ihn noch mal: wieder mit den Händen in die Mehlbeutel, verstreut, geknetet, gedrückt, gerollt und wieder geknetet, bis er die gewünschte Konsistenz hatte. Bevor nun die Brote geformt wurden, teilte sie

In einem Topf wurde ein Rest für den nächsten Backtag bewahrt

erst eine Kleinigkeit davon ab und tat sie in den kleinen Topf, der erst am nächsten Backtag wieder seinen Auftritt haben würde.

Bis die geformten Brotlaibe in den gut vorgeheizten Ofen geschoben werden konnten, mußten sie erst auf einem Holzbrett ruhen und aufgehen. Nun noch mit warmem Wasser bepinseln, Mehl überstäuben und mit der Gabel einige Male einstechen. Dann ab dafür!

Um ein knuspriges Brot zu bekommen, wurde während der Backzeit öfter der Wrasenschieber in der Backofentür geöffnet, um Dampf abzulassen. Außerdem galt es, die Hitze zu halten, und deshalb mußte der Herd ständig befeuert werden. Um diese nach dem Backen noch auszunutzen, teigte die Mutter noch einen Stritzel an, bei dem sie ruhig weniger großzügig mit Mehl hätte umgehen sollen; statt dessen hätte sie mehr Zucker und Butter nehmen sollen. Das allerdings dachten die Kinder erst, als sie schon erwachsen waren.

Durch Beklopfen der Brote wurde festgestellt, ob sie gar waren. Welch eine Köstlichkeit, dieses duftende heiße, knusprige Brot! O wie gern hätten die Kinder nur einmal solch einen knusprigen Knust gehabt, denn davon waren sie nicht recht überzeugt, daß frisches Brot dem Magen nicht bekam. Im Gegenteil, die Mutter hatte nur Angst, daß gleich ein ganzes Brot verschlungen würde.

Weil es für den kleinen Hunger zwischendurch noch keine Kindermilchschnitte und Nußriegel gab, es die Kinder aber bis zur nächsten Mahlzeit nicht aushalten konnten, sagte die Mutter zu einem von ihnen: „Geh, hol das Brotche." Das hielt sie sich dann vor die Brust und schnitt für jeden eine Scheibe runter, bestrich sie mit Marmelade oder Schmalz und reichte sie den Kindern. Diese Scheibe Brot in der Hand, wie ihnen die immer geschmeckt hatte!

Daran erinnerten sich die Schwestern, als sie unlängst miteinander telefonierten. Beide sind heute alt, haben aber die Atmosphäre dieser Backtage immer noch in Erinnerung, sehen immer noch die bemehlten Hände und Unterarme der Mutter in die Mehlbeutel fahren. Lena hatte der Schwester erzählt, daß ihr Bäcker heute 27 (!) Brotsorten im Angebot habe, ihr aber keine davon so wie das Sauerteigbrot von früher schmeckte. Sie erinnerten sich auch an den Ausspruch der Mutter, das Brot zu achten, nichts davon zu vergeuden, denn es sei schwer zu verdienen. Daran hatten sie sich gehalten, immer; aber an eines hielten sie sich nicht: zogen sie selbst etwas aus dem Ofen, schnitten sie noch heiß den Kanten ab ... ■



Beeinflußte den letzten Hochmeister: *Albrecht von Brandenburg erkannte unter anderem am Wirken und auch in Gesprächen mit dem Reformator Martin Luther (r.), daß die mittelalterlichen Ideen und Herrschaftsformen von der Zeit überholt worden waren. Der letzte Hochmeister erfaßte schnell, daß nur die Umwandlung in ein weltliches Herzogtum den Untergang des Ordensstaates stoppen könne.* Foto: Archiv

»Unser Doktor hat gerade ein Sonderangebot«

Betr.: „Freibeuter gegen Freiberufler" (Folge 34)

Die neueste „Leistung" unserer Bundestagsabgeordneten ist wirklich grandios! Nun will man Freiberufler mit einbeziehen in die Gewerbesteuer! Das würde bedeuten: eine Quasi-Abschaffung des freien Berufes! Freie Berufe werden insbesondere ausgeübt von Ärzten, Rechtsanwälten und Notaren, Steuerberatern und Architekten. Sie alle unterliegen strikten Regeln ihrer Kammern und Gebührenordnungen. Werden diese nicht eingehalten, drohen Regresse. Auch Berufsverbote können bei grober Mißachtung ausgesprochen werden.

Freiberufler dürfen keine eigenen Preisgestaltungen vornehmen. Im Gegensatz dazu kann jeder Gewerbetreibende seine Preise selbst bestimmen. Dies richtet sich einmal nach den Kosten seiner Firma (das heißt, er rechnet auch seine Gewerbesteuer mit ein, die seine Kunden über den Preis mitbezahlen müssen), und zum anderen richtet alles der Markt.

Wenn nun ein Freiberufler zu einem Gewerbetreibenden umgestaltet wird, müßte man ihm auch die finanzielle Selbstgestaltung der Preise für seine sogenannte „Leistungserbringung" gestatten. Dies hätte allerdings zur Folge, daß sämtliche freiberuflichen Kammern und deren Gebührenordnungen abgeschafft werden müßten.

Auch dürfte diese Steuererweiterung rechtlich äußerst bedenklich sein. In unserer Einkommensteuererklärung gibt es seit Jahr und Tag sieben Einkunftsarten. Sie bestehen seit Einführung der Steuergesetzgebung. Bei meiner Ausbildung Ende der 50er Jahre mußte ich sie schon pauken. Wenn eine Einkunftsart nun einfach so gekappt werden soll: Greift man da nicht in das Recht des Bürgers auf eine verläßliche und berechenbare Politik ein? Das Grundgesetz müßte daraufhin überprüft werden.

Meine Gedanken gehen noch weiter: hat man es erst einmal geschafft, Freiberufler gewerbesteuerpflichtig zu machen, kommt dann der nächste Schritt? Die Umsatzsteuer? Denn bekanntermaßen wird von Gewerbetreibenden Umsatzsteuer erhoben!

Wollen wir ein „Kaufhaus Ärztebetrieb"? Und dann die Frage: „Darf es noch etwas mehr sein?" Oder: „Unser Doktor hat gerade ein paar Sonderangebote, die bietet sein Kollege nicht an." Nun: Dies ist zugegebenermaßen futuristisch gedacht. Aber auch Jules Verne war seiner Zeit weit voraus.

Doris Steenken, Hasloch/Main

Im Alleingang

Betr.: „Auch Deutschen ist Unrecht passiert" (Folge 38)

Meines Wissens hat es in der gesamten Geschichte der Menschheit, was die Anzahl der Betroffenen angeht, kein größeres Unrecht gegeben, als eben diese an Deutschen verübte Vertreibung. Wenn andere Staaten sich nicht an der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen" in Berlin beteiligen wollen, dann sollten wir – notfalls im Alleingang – trotzdem auf dessen Errichtung in Berlin bestehen, denn bezahlen müssen wir es eh.

Hildegard Lawrenz, Ottersberg

Luthers »An die Herren Deutschs Ordens«

Betr.: „Vom Ordensstaat zum Herzogtum" (Folge 36)

Herr Borchert beendete seine kenntnis- und umfangreichen Beiträge über die Hochmeister des Deutschen Ordens mit dem letzten Hochmeister Albrecht von Brandenburg. Wie geschildert, befand sich der Orden nach dem letzten fehlgeschlagenen militärischen Unternehmen in einer schweren Krise. Etwa gleichzeitig breitete sich die Reformation mit großer Geschwindigkeit aus und erfaßte auch Ostpreußen. 1523, letztmals am 29. November, führte der Hochmeister Gespräche in Wittenberg mit Martin Luther, denn die Reformation war ein sehr komplexes Thema. Vermutlich ging es bei den Gesprächen auch um die Zukunft der zu Armut und Keuschheit verpflichteten Ordensmänner, denn am 12. Dezember gleichen Jahres vollendete Luther die Schrift „An die Herren Deutschs Ordens", die, wohl bei Rhau-Grunenberg gedruckt, noch 1523 in Wittenberg erschien. In dem siebzehnseitigen Druck erläutert Luther vor allem, weshalb der Orden bedeutungslos geworden und das Keuschheitsgelübde null und nichtig sei. Die Ordensleute sollten heiraten und Familien gründen. Wie weit man dem Rat folgte, ist nicht bekannt. Immerhin steht fest, daß der Reformator die Entstehung des Herzogtums am 10. April 1525 mit befördert hat.

Hans J. Schollenberger, Lüneburg

Wehrt Euch endlich!

Betr.: „Hintze: Duckt euch!" (Folge 30)

Das ist es, was die *Preußische Allgemeine Zeitung* so lesenswert macht, daß auch immer wieder Autoren zu Wort kommen, die den Mut haben, den schmierigen Zeitgeist in die Schranken zu weisen. Hier hat Hans-J. von Leesen gezeigt, daß man Front machen muß gegen Lügen und Verleumdung, daß man den widerlichen Scheinheiligkeiten moderner Pharisäer den Spiegel vorhalten muß.

Wenn ein Pfarrer dann in christlicher Nächstenliebe an der Verfolgung seiner Glaubensbrüder noch in das Horn der Beschmutzer bläst, dann muß man den Glauben an die Vergebung der Sünden verlieren. Aber es gibt keine Kollektivschuld. (Das deutsche Volk hatte zu der damaligen Zeit etwa 90 Millionen Bürger, wenn davon zwei Millionen wirklich Schuld auf sich geladen haben, dann ist das eine schlimme Zahl.) Auch wenn gewisse Elemente sie uns aufladen wollen. Hier gilt die Losung: Wehrt Euch endlich!

Ekkehard Goewe, Bayreuth

Risikoversicherung

Betr.: „Geiselnahme in Algerien" (Folge 34)

Wenn Gutbetuchte irgendwo in der Welt Abenteuerurlaub machen wollen, sollten sie per Gesetz dazu verpflichtet werden, daß sie vor Reiseantritt eine ausreichend hohe Risikoversicherung abschließen müssen.

Es ist dem Steuerzahler nicht zuzumuten, daß er für die Kosten ersatzlos aufkommen muß. Wie muß sich ein Familienvater fühlen, der Frau und Kinder zu versorgen hat und sich unter Umständen noch nicht einmal einen einfachen Familienurlaub leisten kann, wenn er mit seinen Steuergeldern für den ungewöhnlichen Nervenkitzel derer aufkommen soll, die sich einen solchen Abenteuerurlaub leisten können?

Reisebüros, die solche Reisen anbieten, müssen dazu verpflichtet werden, daß ihre Kunden, die diese buchen, eine ausreichend hohe Risikoversicherung abschließen müssen. Das müßte ebenso selbstverständlich Pflicht sein, wie der Nachweis vorgeschriebener Impfungen für einige Reiseländer.

Ruth Bachmann, Bad Arolsen

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Regierung voller Deutschenhasser

Betr.: „Gegen das Erinnern" (Folge 36)

Unter deutschen Politikern haben wir Deutsche einen Mangel an Freunden. Besonders die Grünen und die SPD, aber auch die CDU sind nicht frei von Deutschenhassern. Sie haben den Holocaust verinnerlicht und können außer ihm nichts mehr sehen.

Daß die Geschichte Deutschlands und der Deutschen nicht nur aus den Jahren 1933 bis 1945 besteht und daß auch in diesen Jahren Millionen Deutsche ein Leben geführt haben, dessen sie sich nicht zu schämen brauchen, wird ignoriert. Und auch Millionen deutscher Soldaten haben ihre vaterländische Pflicht erfüllt und haben Ehre verdient.

Was ist von Herrn Fischer zu erwarten? Einst hat er Steine gegen unseren Staat geworfen, dann hat ihn die Zeitströmung in das Außenministerium gespült. Leider, wie ich meine, denn er ist kein deutscher Außenminister, er ist ein Fremder, der von Menschen geschätzt wird, denen das Vaterland aberzogen worden ist.

Mareike Engel, Lübeck

Ständige Verunsicherung der Rentner

Betr.: „Euthanasie ad portas?" (Folge 32)

In Deutschland ist Euthanasie aus humanitären Gründen, zum Beispiel auf Wunsch eines unerträglich Leidenden, streng verboten. Euthanasie aus Kostengründen aber ist inzwischen vorstellbar. Mit dem Vorschlag, alten Menschen adäquate medizinische Hilfe zu verweigern, sind die ersten Schritte getan und die Versuchsballons gestartet. Wenn man eine große Bevölkerungsgruppe wie die Rentner fast täglich mit neuen Parolen verunsichert, braucht man sich über Zurückhaltung beim Einkauf nicht zu wundern.

Eine kleine Bitte noch: Bei der Änderung Ihres Zeitungstitels würde ich es auch gut finden, wenn Sie auch von anderen preußischen Landen wie Westpreußen berichten würden. Danke!

Gerd Biron, Bodenwöhr



Ohne Verständnis für deutsche Opfer: *Der Außenminister Joschka Fischer hat mit der Begründung für seine ablehnende Haltung zum „Zentrum gegen Vertreibungen" in Berlin die Vertriebenen vor den Kopf gestoßen. Daß er als Vizekanzler auch die Interessen der Ostdeutschen vertreten müßte, kommt ihm gar nicht in den Sinn.* Foto: www.joschka.de

Niemand hat für sich die Unschuld gepachtet

Betr.: „Weg mit Euch!" (Folge 34)

Dem Bericht auf Seite 1 ist vorbehaltlos zuzustimmen, denn er sagt ungeschminkt die Wahrheit. Ergänzend darf auf den Beitrag des amerikanischen Völkerrechtlers de Zayas aufmerksam gemacht werden, der am 18. August in der *Welt* erschien. De Zayas vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß das „Zentrum gegen Vertreibungen" seinen Standort in Berlin haben müsse. Demgegenüber scheint die Äußerung des Außenministers Fischer: „Diese Debatte führt zu einer Konfrontation mit den Nachbarn", die in der *Wilhelmshavener Zeitung* vom 19. August 2003 zitiert wird, etwas dürftig und zeigt das Fatale der Politik, die mit einem Auge nach draußen schielt, ob unsere Nachbarn uns wohl noch wohlgesonnen seien. Das Vertreten deutscher Interessen sieht so nicht aus!

In dem Bericht der *WZ* werden weiter Äußerungen des Marek Edelman, des Führers des Warschauer Ghettoaufstandes von 1943, gebracht. Edelman wird danach zitiert: „Die Deutschen haben mit der Vertreibung für Hitler bezahlt." Er macht das, was bei uns seit Jahrzehnten als „Aufrechnung" geächtet wird! Edelman sagt weiter: „... sie verdienen keine Gnade, sie müssen immer noch büßen." Welch eine rückständige Auffassung, die so gar nicht in ein Europa der Verständigung und Menschlichkeit paßt! Jemand, der so spricht, ist noch nicht reif für die EU. Die Auffassung Edelmans ist fern jeder Menschlichkeit.

Es wäre vermessen, Tote in würdige und unwürdige Opfer einzuteilen oder uns zu verwehren, unserer Landsleute zu gedenken. Schon die Bibel sagt: „... derjenige, der ohne Fehl ist, werfe den ersten Stein."

In einer Zeit, in der die Menschen mit der Versöhnung und Annäherung schon weiter sind als die „ewigen Ideologen", die verbissen auf ihren alten Standpunkten beharren, ist es nicht verständlich, wenn immer wieder alte Gräben aufgerissen werden, anstatt sich zu einem europäischen Gedanken der Verständigung, der ohne Haß ist, zu bekennen.

De Zayas, der derzeit Gastprofessor an der Universität im kanadischen Vancouver ist, sagte, „die Menschenwürde verlangt, daß aller Opfer mit Ehrfurcht gedacht wird". Mit alten Feindbildern müsse jetzt aufgeräumt werden. Solange Vorurteile und Stereotype fortbestünden, sei eine echte Aussöhnung kaum möglich. De Zayas: „Die Deutschen haben mehr als fünf Jahrzehnte Vergangenheitsbewältigung betrieben. In Polen und Tschechien ist damit gerade erst begonnen worden." Diese Worte haben doppeltes Gewicht, da sie ein neutraler Amerikaner sagt.

Es ist höchste Zeit, daß man sachlich über die Vergangenheit spricht, denn niemand hat für sich die „Unschuld gepachtet", weder die Polen, noch die Tschechen, die ehemals Gegner des Deutschen Reiches waren, und auch nicht heutige Politiker, von denen manche eine bewegte Vergangenheit hatten.

Es wäre wohl schon etwas gewonnen, wenn unsere Politiker sich der Worte des Amerikaners de Zayas annehmen würden, vielleicht sollten sie, wie auch Edelman, einmal einige Vorlesungen de Zayas' in Sachen Menschlichkeit anhören. Wahrscheinlich aber halten sie sich selber für so einmalig, daß sie nicht einmal im Traum daran denken würden.

Kurt Schindler, Wilhelmshaven

Das Ostpreußenblatt
Preußische Allgemeine Zeitung

Auf dem Weg zur Seligsprechung

Kirchliches Verfahren für Maximilian Kaller, den letzten deutschen Bischof des Ermlands, eröffnet

Von Pater Lothar Groppe

Bei der diesjährigen Wallfahrt der Ermländer nach Werl wurde das Seligsprechungsverfahren für Bischof Maximilian Kaller, den letzten deutschen Bischof des Ermlands, eröffnet. Dies ist nicht nur für die Ermländer, sondern auch für die ganze Kirche in Deutschland Anlaß zur Freude. Der am 7. Juli 1947 Verstorbene war ein leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung in schwerer Zeit. Über seinen Tod hinaus verehren ihn zahlreiche Menschen und bewundern sein Beispiel.

Kallers Wirken fiel in eine schwere Zeit. Der am 10. Oktober 1880 im oberschlesischen Beuthen Geborene erlebte zwei Weltkriege, die NS-Diktatur und die Vertreibung. Nach seiner vorzeitigen Priesterweihe mit erst 23 Jahren wurde er zunächst Kaplan in Groß-Strehlitz. Im kalten Beichtstuhl zog er sich schweren Rheumatismus zu. Zur Erholung – wie es hieß – wurde er auf die Insel Rügen geschickt, die damals kirchlich zu Breslau gehörte. Dort gab es nur wenige Katholiken und keine katholische Kirche. Auf Rügen waren zahlreiche polnische Saisonarbeiter, die sogenannten Schnitter. Kaller hatte Polnisch gelernt, um sie seelsorglich betreuen zu können. Als er am 12. Dezember 1905 seine dortige Stelle antrat, kamen nur fünf Gläubige zum Gottesdienst. In elf Jahren härtester Pionierarbeit auf Rügen schuf Kaller eine lebendige Diasporagemeinde mit drei Kirchen in Bergen, Garz und Sellin. Hinzu kamen noch acht Seelsorgestationen. Auf Rügen erlebte er das soziale und moralische Elend der polnischen Saisonarbeiter und wurde ihr treuer Anwalt und Helfer. Er warf den Männern die Schnapsflaschen vor die Füße, traute sie aber auch ohne Papiere, die sie nicht beibringen konnten.

> Für die grosse soziale, moralische und religiöse Not hatte er einen wachen Blick

Hierbei riskierte er die Strafe für den Verstoß gegen die preußischen Gesetze. Für seine Schutzbefohlenen hetzte er seinen wilden Wallach zu Tode, wenn er einen von ihnen am anderen Ende der Insel in Lebensgefahr wußte. Im Winter schleppte er stundenlang sein Fahrrad durch die schneeverwehten Wege, für sie verirrte er sich bei nächtlichen Versehgängen in Wald und Schlamm. Die Schnitter erwiderten seine Treue. Sie brachten ihm ihr sauer verdientes Geld für den Bau der Kapellen, kamen zu ihm zur Beichte, auch wenn sie wegen des Andrangs oft stundenlang warten mußten.

Mitten im Krieg, 1917, wurde Kaller an die größte und schwierigste Gemeinde Berlins, St. Michael, versetzt. In Berlin begegnete Kaller der Diaspora mit ihrer ganzen Gefährdung, aber auch ihren zahlreichen Möglichkeiten. Für die große soziale, moralische und religiöse Not hatte er einen wachen Blick. Die trostlose Bilanz seiner Pfarrkartei vermochte ihn nicht zu lähmen, sondern spornte ihn zu unermüdlicher Arbeit an. Er schuf eine vorzügliche Pfarrorganisation und begründete sein berühmt gewordenes Laienapostolat. Unermüdlich war er in seinen verschiedenen Vereinen ebenso tätig wie auf der Kanzel und im Beichtstuhl. Angesichts der großen Not nach dem Ersten Weltkrieg baute er ein umfassendes Sozialwerk für Arbeits- und Obdachlose auf. Als er Hunderte von Armen nach dem Krieg mit Hilfe seiner Gemeinde zu speisen begann, schüttelten selbst Wohlmeinende bedenklich den Kopf. Aber jegliche Kritik verstummte, als nach Beendigung der Armenspeisung der Kassenüberschuß 500 Goldmark aufwies.

Das erneuerte Pfarrleben strahlte besonders nach Veröffentlichung seines Buches „Unser Laienapostolat in St. Michael“ über die Grenzen der Pfarrei aus. In ihm erörtere Kaller die Übertragung von pastoralen Aufgaben in einer von Arbeitslosigkeit und Inflation geschüttelten Diasporagemeinde. Es ging um ganz praktische Dinge. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung nach einer Begräbniskasse für Mittellose. Das gesamte tägliche Leben einer Pfarrei: Von der Taufkatechese bis zur Bekehrung von Nichtchristen wurde in ihm behandelt. Kaller schöpfte seine Ideen aus seiner Pfarrkartei und beschritt ganz eigene Wege. Er wollte die Laien für jede mögliche Pfarrfunktion interessieren und heranbilden – ein damals unerhörter Gedanke, der sich erst so recht nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil durchsetzte. Die Pfarrei wurde zum Brennpunkt des christlichen Lebens in ihrer Geschlossenheit und Uniformität. Kaller vertrat die Ansicht, ein Apostel müsse kein Priester sein. Der Herr sagte ja in der Bergpredigt: „So soll euer Licht vor den Menschen leuchten, damit sie Eure guten Werke sehen und Euren Vater im Himmel preisen.“ (Matthäus 5, 16.)

1926 wurde Kaller zum Apostolischen Administrator von Tütz ernannt. In den vier Jahren seiner dortigen Tätigkeit schuf er aus diesem kirchlichen Verwaltungsgebilde, das die bei Deutschland verbliebenen Restgebiete der Provinz Posen und Westpreußen zur Grenzmark vereinte, das lebenskräftige Quasi-Bistum der Freien Prälatur Schneidemühl.

Da er sich in seinen bisherigen Aufgaben so herausragend bewährt hatte, ernannte ihn Papst Pius XI. zum Bischof von Ermland. Da Kaller wußte, daß die Ermländer für ihren verstorbenen Bischof Bludau einen aus ihren Reihen als Nachfolger ersehnt hatten, ließ er sich in Schneidemühl vom Apostolischen Nuntius zum Bischof weihen. Am 18. November 1930, einem naßkalten Tag, holten ihn die ermländischen Kutschen und Reiter feierlich nach Frauenburg ein. Zwar ließ man es ihn nicht spüren, aber Kaller wußte doch, daß er als Fremder in dieses Bistum kam. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit warb er intensiv um Vertrauen. In knapp zwei Jahren hatte er alle Gemeinden besucht. Er legte großen Wert darauf, auch ohne besondere Anlässe wie Firmung oder Kirchweihe nur als Seelsorger in die Pfarrei zu kommen. Die Leute gewöhnten sich rasch an den Bischof im Beichtstuhl. Wie in seinen bisherigen Gemeinden wollte er „alles in Christus erneuern“. Wenngleich er anfangs allzu stürmisch die Erfahrungen der Großstadt auf die ganz anderen Verhältnisse des bäuerlichen Ermlands anzuwenden suchte, gewann er doch durch seine lautere Art die Herzen des einfachen Volkes im Sturm. Allmählich eroberte er auch die Zuneigung des zunächst zögerlichen Klerus. Bei ihm grassierte das Wort: Vobis Max, nobis Pax: Für Euch Bischof Max, für uns Frieden (Geruhsamkeit). Kaller brachte neuen Schwung in die Diözese, die behaglich einer geruhsamen, wenn auch gediegenen Frömmigkeit huldigte. Allmählich wurde allen klar, daß Kallers einziges Motiv war, die Menschen für Christus zu gewinnen und sie zu glaubensstarken und bekenntnisfrohen Katholiken zu machen. In vierteljährlichen Konferenzen versammelte er alle Priester um sich und hatte sie sehr bald auch persönlich kennengelernt. Gern anerkannte Kaller Leistung und guten Willen seiner Priester und beschämte sie immer wieder durch seine Güte und Demut. Wenn einer von ihnen irgend etwas in Frauenburg zu tun hatte, war er selbstverständlich Gast des Bischofs. Besonders zum jungen Klerus fand Kaller bald ein väterliches und ganz persönliches Verhältnis. Im Krieg führte er eine eigene Korrespondenzmappe mit seinen im Feld stehenden Priestern und Theologen, an die er keinen Sekretär heranließ. Für die Geburts- und Namenstage seiner Priester legte er sich ein eigenes Merkbuch zu. Vielen, besonders älteren Mitbürgern, schickte er handgeschriebene Grüße. Mit den Priesterjubilaren wurde er allerdings vorsichtiger, als der Senior des Klerus, vor lauter Freude über den Bischofsbesuch, am Tag nach seinem 90. Geburtstag starb. Als ihn ein Priester in einer Unterredung fragte, ob er ihn ein persönliches Anliegen vortragen dürfe, sagte Kaller: „Aber mein Lieber, wir sind doch Freunde!“



Bischof Maximilian Kaller: *Ein leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung in schwerer Zeit* Foto: Visitator Ermland

Die Kenntnis der für den ermländischen Bischof so bezeichnenden Charakterzüge verdanken wir vor allem Professor Gerhard Fittkau, der mit seinem Buch „Mein 33. Jahr“ weltberühmt wurde. Vor dem Krieg war er viele Jahre bischöflicher Sekretär und daher sein ständiger Begleiter. Nach Krieg und russischer Gefangenschaft war er bis zu dessen Tod sein Persönlicher Referent.

Bereits vor der „Machtergreifung“ Hitlers nahm Kaller zur Ideologie der Nationalsozialisten Stellung. So schrieb er in der *Danziger Landes-Zeitung* vom 8. April 1931:

... Der Nationalsozialismus enthält in seinem kulturpolitischen Programm Irrlehren, weil er darin wesentliche Lehrpunkte des katholischen Glaubens ablehnt oder falsch auffaßt und weil er nach der Erklärung seiner Führer eine neue Weltanschauung an die Stelle des christlichen Glaubens setzen will.

Führende Vertreter des Nationalsozialismus ... lehnen die Offenbarungen des Alten Testaments und sogar die Zehn Gebote ab ... In § 24 des (Partei-)Programms soll das ewig gültige christliche Sittengesetz am Moralgefühl der germanischen Rasse nachgeprüft werden ... Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr das Christentum Christi.

> Bereits vor der »Machtergreifung« der NSDAP nahm er kritisch Stellung zum Nationalsozialismus

Deshalb warne ich hiermit nachdrücklich alle Gläubigen vor den Irrlehren des Nationalsozialismus.“

In einem Artikel der *Kölnischen Volkszeitung* vom 27. April 1933 forderte Kaller, sich mit den Grundsätzen der Staatslehre Leos XIII., der Wirtschaftslehre von „Quadragesimo anno“ und der päpstlichen Erziehungslehre vertraut zu machen und ihr Gedankengut in die Öffentlichkeit einzubringen.

1933 hatte Kaller eine Wahlempfehlung für das Zentrum gegeben, das heißt gegen die NSDAP. Die nach Abschluß des Reichskonkordats zeitweilige Änderung dieser klaren Abgrenzung geht auf eine Bitte von Nuntius Orsenigo zurück. Kaller fühlte sich später von ihm in die Irre geführt. Obwohl er noch in seinem Erlaß vom 31. März 1933

Fortsetzung auf Seite 14

Wer ist ein Seliger?

... und was unterscheidet ihn vom Heiligen?

Als einen Seligen bezeichnet die katholische Kirche jemanden, der beispielhaft christlich gelebt hat und anderen Christen als Vorbild vor Augen gestellt werden kann. Selige beziehungsweise Heilige werden nicht etwa angebetet, sondern als Beispiele hervorragender Frömmigkeit und Nächstenliebe verehrt. Denken wir etwa an Mutter Teresa von Kalkutta, die auch von Nichtchristen bewundert wird. Selige respektive Heilige sind Menschen, die mit der Forderung Christi ernst gemacht haben: „So leuchte Euer Licht vor den Menschen, damit sie eure guten Werke sehen und den Vater im Himmel preisen.“ (Matthäus 5, 16.)

In den Evangelischen Bekenntnisschriften heißt es: „Vom Heiligendienst wird von den Unseren also gelehret, daß man der Heiligen gedenken soll, auf daß wir unseren Glauben stärken, so wir sehen, wie ihnen Gnad widerfahren, auch wie ihnen durch Glauben geholfen ist; dazu, daß man Exempel nehme von ihren guten Werken, ein jeder nach seinem Beruf.“ (Confessio Augustana, XXI.) Im Glaubensbekenntnis, das allen Christen gemeinsam ist, bekennen wir uns zur „Gemeinschaft der Heiligen“. Die Begriffe Selige und Heilige werden bisweilen in der Liturgie synonym verwendet. Aber im amtlichen Sprachgebrauch besteht folgender Unterschied: Genehmigt der Papst die öffentliche Verehrung nur für einen bestimmten Ort oder ein bestimmtes Land, ging eine Seligsprechung voraus. Wird jedoch die Verehrung weltweit gestattet, handelt es sich um eine Heiligsprechung.

Voraussetzung einer Seligsprechung ist die Anerkennung außergewöhnlicher Tugenden eines Kandidaten. Auch der durch Wunder belegte Ruf der Heiligkeit ist erforderlich. Als Wunder wird grundsätzlich nur die Heilung von einer organischen Krankheit nach Anrufung eines im Ruf der Heiligkeit Verstorbenen anerkannt, die nach Beurteilung einer Ärztekommission medizinisch nicht erklärbar ist. Zur Begutachtung werden von den Ärztekammern als qualifizierte Fachleute ausgewiesene Ärzte, unbeschadet ihrer Konfession, herangezogen. Selbst Atheisten sind als Gutachter möglich.

Ein Seligsprechungsverfahren beginnt auf der Diözesanebene (Landeskirche). Zunächst wird festgestellt, ob der Kandidat, der wenigstens fünf Jahre tot sein muß, im Ruf der Heiligkeit gestorben ist. Sodann wird geprüft, ob auf die Fürsprache des Kandidaten ungewöhnliche Gebetserhörungen bezeugt sind und ob ihm bisher keine öffentliche Verehrung zuteil wurde. Falls dies der Fall sein sollte, würde das Verfahren sofort beendet. Ein vom Bischof Beauftragter muß das Leben des Kandidaten sorgfältig prüfen. Auch muß er nachforschen, ob es im Leben des Verstorbenen etwas gibt, das der Seligsprechung entgegensteht. Sämtliche Veröffentlichungen und Schriften des Kandidaten werden geprüft, ob in ihnen etwas enthalten ist, was gegen Glauben und Sitte (Moral) verstößt. Sodann müssen alle Personen, die den Kandidaten kannten, unter Eid aussagen, was zugunsten oder auch ungunsten des Kandidaten spricht. Der zuständige Bischof muß begründen, was für eine Seligsprechung spricht, besonders hinsichtlich der Aktualität und Bedeutung für die Kirche.

In Rom wird noch einmal alles durch eine Kardinalkommission überprüft. Kommen ihre Vertreter zu einem positiven Urteil, stellen sie einen Antrag beim Papst, der letztlich über die Seligsprechung entscheidet. **P. L. G.**

Auf dem Weg zur Seligsprechung

Fortsetzung von Seite 13

eindringlich vor den Irrlehren des Nationalsozialismus gewarnt hatte, zeigte sich in den ersten Monaten nach der Machtergreifung eine wachsende Bereitschaft zur Mitarbeit am neuen Staat. Am 30. April 1933 besuchte er eine Studentenversammlung in Königsberg. Dort ließ er durch den Studentenpfarrer den angeblichen Wunsch des Vatikans mitteilen, mit dem Nationalsozialismus Frieden zu schließen. Die seit April zunehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den NS-Behörden erreichte im Juli ihren Höhepunkt. Gegen den Rat seines Generalvikars Marquardt sandte er anläßlich des Konkordatabschlusses ein begeistertes Telegramm an Gauleiter Koch. Dieser veröffentlichte es unverzüglich. Die Bevölkerung empfand das Telegramm als Huldigung an das Dritte Reich. Generalvikar Marquardt erklärte gegenüber der Zentrumszeitung, das Telegram des Bischofs sei gegen seinen Rat und gegen seinen Willen abgeschickt worden. In der Folgezeit häuften sich derartige Differenzen zwischen Bischof und Generalvikar hinsichtlich der Beurteilung des Nationalsozialismus. So kam es, daß im Reich zwischen 1933 und 1935 die Ansicht verbreitet wurde, Kaller arbeite in Ostpreußen stärker mit den Nationalsozialisten zusammen als andere deutsche Bischöfe. Als ermländische Akademiker Kaller fragten, wie sie sich politisch verhalten sollten, empfahl er ihnen den Eintritt in die Partei, obwohl der Generalvikar zur Zurückhaltung mahnte. Ebenfalls gegen den Rat Marquardts begab sich der Bischof beim Besuch des Gauleiters in Frauenburg mit ihm auf den Marktplatz. Dort erklärte der neben ihm stehende Gauleiter Koch: „Der Bischof denkt im Grunde so wie ich!“ Die Zuhörer sahen darin eine Empfehlung des Nationalsozialismus. Generalvikar Marquardt erhob schwere Vorwürfe gegen den Bischof und legte sein Amt nieder. Erst eindringliche Bitten Kallers konnten ihn dazu bewegen, seine Demission zurückzunehmen. Die in der Folge wachsenden kirchenpolitischen Spannungen führten förderhin zu meist übereinstimmenden Beurteilungen bei neueintretenden Auseinandersetzungen.

Anfang 1940 interpretierte Kaller die erste Enzyklika Pius' XII. auf den Priesterkonferenzen. Das von ihm geäußerte Mitgefühl mit den Polen erregte das äußerste Mißfallen der Gestapo. Wenngleich sich Bischof Kaller zu Beginn der NS-Herrschaft mehrmals mißverständlich geäußert hatte, kehrte er doch recht bald zu seinen vor der Machtergreifung geäußerten Warnungen zurück. In den Glaubenskundgebungen von 1934 und in seinen amtlichen Stellungnahmen war er so eindeutig, daß er in den Berichten des Gauleiters als „Staatsfeind“ bezeichnet wurde.

Bereits 1940 erkannte Kaller die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Seelsorge. Ihm wurden Gefahr wie auch Chance bei der Umschichtung der mitteleuropäischen Völker bewußt. Angesichts mancherorts spürbarer Zaghaftigkeit und Mutlosigkeit vor einer drohenden seelsorgerlichen Katastrophe erklärte er: „Entscheidend ist allein der Auftrag, die Sendung Gottes; alles andere ist Gnade, wenn wir unsere Pflicht tun ... Es geht nicht um Gewinne und Machtpositionen. Wir dienen allein Dem, der kommt, um Seine Kirche aus der Zerstreuung zu sammeln.“ Immer wider schärfte er seinen Diözesanen ein: „Ihr müßt diasporafähig werden, reif für die Bewährung Eures Glaubens ohne den Halt der Heimat und ihre Überlieferungen. Jeder Katholik in der Diaspora hat eine apostolische Aufgabe.“ Für Bischof Kaller war es ein großer Trost, als ihm kurz vor seinem Tod zwei westdeutsche Bischöfe sagten: „Die Ermländer fallen überall auf durch die Opfer, die sie für ihren Glauben bringen, noch mehr aber durch ihre apostolische Gesinnung.“

Für Maximilian Kaller war es ein großer Schmerz, als etliche seiner Priester ins Gefängnis oder Konzentrationslager wanderten, wieder andere aus Ostpreußen verbannt wurden. Zu ihnen war sein Verhältnis besonders eng. Er war der erste, der an die Gefängnistüren klopfte. Als die Heilsberger Priester vor ein Sondergericht kamen, unterbrach er eine Firmungsreise, war zwei Nächte auf der Bahn, um einen Tag lang in den Vorzimmern der Ministerien vergeblich auf die Möglichkeit zu warten, den Verhafteten irgendwie helfen zu können.

Ähnlich eng war des Bischofs Verhältnis zu den Priestern in der ostpreußischen Diaspora. Seine reiche seelsorgerliche Erfahrung ließ ihn die Problematik ihrer besonderen Situation erkennen. Als erster erkannte er die Not der „Wandernden Kirche“. Er hatte diesen Begriff geprägt und baute einen entsprechenden Seelsorgedienst auf. Zu seiner Unterstützung erbat er von den westdeutschen Bischöfen Priester für den Osten.

Das Problem der Wandernden Kirche bestand darin, daß außerhalb des Ermlands die Katholiken in absoluter Minderheit waren, aber seelsorgerlicher Betreuung bedurften. Es kam dem Bischof darauf an, „aus Objekten bewahrender Hirtensorge Menschen zu erziehen, die auf Gottes und der Kirche Anruf selbst zu entscheiden fähig sind, Menschen der Entscheidung und der Entschiedenheit.“

85 Prozent Ostpreußens mit 78 Städten, 4.665 Landgemeinden und 74 Gutsbezirken waren protestantisch. Vier Kreise hatten keinen einzigen katholischen Geistlichen, die Bevölkerung von zwei Kreisen hatte weniger als ein Prozent Katholiken.

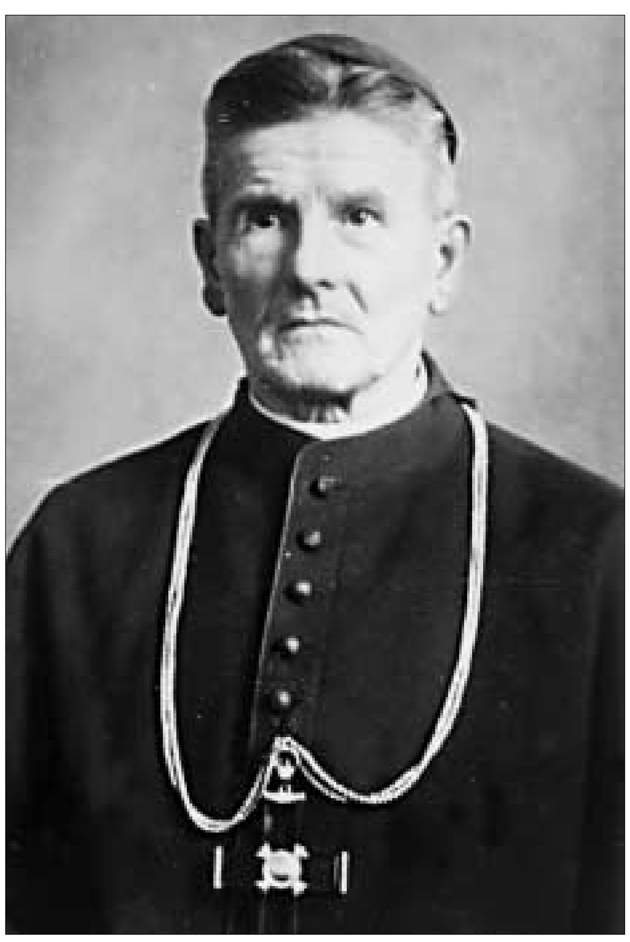
Die Seelsorge der Wandernden Kirche lief den Zielen der NSDAP zuwider. Daher suchte sie diese zu unterbinden. So erließ sie das Verbot, in amtliche Unterlagen auf Melde- und Arbeitsämtern, in Lager- und Heimverwaltungen Einblick zu nehmen. Zunächst wurde die Verteilung religiösen Schrifttums behindert, später verboten. Statt dessen intensivierte sie die intensive Propaganda mit deutschgläubigem und NS-Weltanschauungsschrifttum. An Sonntagen wurden während der Gottesdienstzeiten Übungen und Dienst angesetzt. Lager- und Heimräume durften nicht für Gottesdienste zur Verfügung gestellt werden. Schließlich wurde das Verbot erlassen, in Uniform an Gottesdiensten teilzunehmen.

Da der Bischof die Jugend zur Christustreue mahnte, weil die Angriffe gegen die katholische Jugend zunahmen, wurden katholische Gruppen in Reden und Zeitungen mit schärfsten Vorwürfen wie „Lumpen“, „Otterngezücht“, „Trommler der Zwietracht“, „Aasgeier deutscher Not“ und so weiter bedacht. In Königsberg und Heilsberg proklamierte Obergebietsführer Ammerlahn in öffentlichen Kundgebungen sein Ziel, die katholische Jugend mit brutalem Vernichtungswillen zu zerschlagen.

Nach Flucht und Vertreibung ernannte ihn Pius XII. zum »Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen«

Im Fastenhirtenbrief von 1937 ging Kaller auf die „haßerfüllte Gegnerschaft“ ein, die den Untergang des Christentums verkündete. Im Geisteskampf fände die Kirche trotz Konkordats, trotz Hitlers Garantieerklärung von 1933 keinen Schutz. In den Jugendlagern fordere man eine romfreie Kirche. Hirtenbriefe der Bischöfe dürften nicht in kirchlichen Amtsblättern erscheinen. Die vom Konkordat garantierte Konfessionsschule würge man mit Druckmitteln ab. Da der bisherige Eingabenweg erfolglos wäre, bliebe nunmehr nur noch der Appell an die Öffentlichkeit:

„Die Tatsachen sind zu zahlreich und offenkundig, daß wir nach all den vergeblichen Versuchen, durch Eingaben an die Behörden der Gewissensnot der Gläubigen zu helfen, an die Öffentlichkeit appellieren müssen.“ Dieses Hirtenwort durfte nicht verlesen werden, obwohl nur eine einzige Stelle spezielle Vorkommnisse in Ostpreußen vage andeutete. Die Nazis bezeichneten den ganzen Hirtenbrief als „Auflehnung gegen den Staat.“ Kaller hatte 20.000 Exemplare dieses Hirtenbriefs drucken lassen. Die Landräte mußten die Beschlagnahme durch Polizei und Gendarmerie durchführen. Kaller beschwerte sich ohne Erfolg beim Reichskirchenminister. Die Beschlagnahme des kirchlichen Amtsblattes durch die Polizei und das Verbot, den Hirtenbrief verlesen zu lassen, sei ein klarer Verstoß gegen Artikel 4, Absatz 2 des Reichskonkordats, das freie Veröffentlichungen kirchlicher Amtsstellen garantiere. Die Gläubigen fragten sich, warum die Kirche zu den Angriffen schweige: „Wenn aber ein Bischof die Angriffe auf das Christentum und Kirche abwehrt und die Gläubigen zur Treue mahnt, dann wird die Polizei aufgeboten, ein kirchliches Amtsblatt beschlagnahmt und dem Bischof das Wort verboten.“ Auf dem Hintergrund dieser Vorgänge stellt sich die Frage, was kirchliche Proteste gegen die Judenverfolgung bewirkt hätten, wenn schon die völkerrechtlich garantierten Bestimmungen des Konkordats mit Füßen getreten wurden. Daß die katholische Kirche den verfolgten Juden insgeheim geholfen hat und viele vor der Ermordung bewahren konnte, steht auf einem anderen Blatt und ist hier nicht zu erörtern.



Bischof Kaller in seiner Frankfurter Notwohnung: *Nach seinem Verzicht auf sein Bistum als Päpstlicher Sonderbeauftragter für die heimatvertriebenen Deutschen*

Foto: Visitator Ermland

1942 ordnete Kaller Fürbitten in Kriegszeit nach der heiligen Messe an: „Allmächtiger Gott, wir bitten Dich, nimm unser Vaterland in Deinen besonderen Schutz. Erleuchte seine Lenker mit dem Licht Deiner Weisheit, damit sie einsehen, was zur wahren Wohlfahrt des Volkes dient, und das, was recht ist, in Deiner Kraft vollbringen. Schütze alle Angehörigen unserer Wehrmacht und erhalte sie in Deiner Gnade. Laß ihre Waffen siegreich sein im Kampf gegen den gottlosen Bolschewismus und bewahre unser Vaterland vor dem Unglauben und seinen verderblichen Anfällen, vor Hunger und Not und schenke uns bald die Sicherheit des Friedens in Gerechtigkeit und Freiheit durch Christus unseren Herrn.“

Laut dem gegenwärtigen Nuntius Lajolo war Kaller 1938 »nach Clemens von Galen der meistgehasste katholische Kirchenführer«

Am 7. Februar 1945 wurde Bischof Kaller von der Gestapo aus dem Keller seines Hauses, das bereits unter russischem Beschuß lag, verhaftet, nach Danzig gebracht und von dort des Landes verwiesen. Die Beamten, die ihn „retten“ wollten, vermochte er nicht zu überzeugen, daß sie ihm kein größeres Unrecht antun könnten, als ihn von seinem Bistum, seinen Priestern und Gläubigen zu trennen, denen er gerade in der größten Not zu unverbrüchlicher Treue verpflichtet sei. Von Danzig begab sich Kaller nach Halle, wo er das Ende des Krieges abwartete. Kaum waren die Kampfhandlungen beendet, machte er sich mit zwei Koffern auf einem Handwägelchen, einem Brotbeutel und einem Rucksack auf und kehrte in dreiwöchiger, unsäglich harter und gefährlicher Reise ins Ermland zurück. Dort wurde er durch den polnischen Primas Hlond, der 1939 aus Polen geflüchtet war, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gezwungen, auf sein Bistum zu verzichten, und erneut in die Verbannung getrieben. Müde und krank kehrte er nach Halle zurück. Mit bescheidenen Mitteln bemühte er sich um seine ermländischen Priester und teilte mit ihnen die Spenden, die er erhielt. Er legte eine Suchkartei seiner vertriebenen Diözesanen an, die bald erheblich anwuchs. Wenngleich er emsig tätig war, sehnte er sich doch nach einem amtlichen Auftrag. Da dies in Deutschland nicht möglich war, bat er den Papst, ihn als einfachen Lagerpfarrer zu den deutschen Kriegsgefangenen nach Frankreich zu schicken. Jedoch der Papst lehnte dieses Angebot ab. Statt dessen ernannte er ihn mit Schreiben vom 24. Juni 1946 zum „Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen“: „Sie kennen Klerus und Gläubige des katholischen Ostens von ihrer schlesischen Heimat her wie aus ihrer jahrzehntelangen Wirksamkeit in Berlin, in der Prälatur Schneidemühl und in der Diözese Ermland. Dies und Ihr erprobter Seeleneifer in Seelsorgefragen, Ihre guten Beziehungen zu den anderen deutschen Oberhirten und Ihre Erfahrungen in den Arbeiten der Fuldaer Bischofskonferenz lassen Sie dafür besonders geeignet erscheinen ...“

Als erster deutscher Bischof besuchte Kaller das Priesterseminar hinter Stacheldraht des Abbé Stock in Chartres. Im November 46 berichtete er Pius XII., der ihn aus seiner Berliner Zeit schätzte, vom Leid der Heimatvertriebenen. 1947 predigte er im Sommer auf zentralen Wallfahrtsgottesdiensten in Werl und Vierzehnheiligen. Obwohl ihm in Frankfurt eine Villa als Wohn- und Amtssitz angeboten wurde, blieb er in einer armseligen Mietwohnung.

Am 10. Juli 1947 starb er plötzlich an Herzversagen in Frankfurt unmittelbar vor dem beabsichtigten Gottesdienst für die Vertriebenen. Er fand seine letzte Ruhestätte in Königstein/Taunus. Der Päpstliche Delegat Erzbischof Muench geleitete ihn zu Grabe, gemeinsam mit den deutschen Metropoliten, an ihrer Spitze Kardinal Frings. Daß der Wunsch nach Seligsprechung von deutscher und polnischer Seite ausging, dürfte ein Beitrag zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen sein. Bei einem Gedenkgottesdienst zu Ehren des Verstorbenen 1997 bezeichnete ihn der gegenwärtige Nuntius, Erzbischof Lajolo, als einen „großen Bischof von unbändiger Aktivität“.

Nach ihm war Kaller 1938 „nach Clemens von Galen der meistgehaßte katholische Kirchenführer“. Die Heimatvertriebenen bewahren ihm ein ehrendes Andenken und betrachten ihn zu Recht als leuchtendes Vorbild der treuen Pflichterfüllung in schwerer Zeit. ■

Ergänzung

»Nicht alles nach Plan«

Dem in der letzten Ausgabe erschienenen Beitrag „Nicht alles nach Plan“ über die Einweihung des Soldatenfriedhofes in Königsberg ist hinzuzufügen, daß die Landsmannschaft Ostpreußen beziehungsweise deren Bundesvorstand durch den Stadtvertreter von Tilsit, Horst Mertineit, im Auftrage des Sprechers, Wilhelm v. Gottberg, vertreten wurde. Er legte auch nach protokollarischem Aufruf (nicht nach der Rednerliste) den Kranz der Landsmannschaft mit weißschwarzer Schleife nieder, gefolgt von der Stadtgemeinschaft Königsberg mit deren Kranz.

Wir gratulieren...

zum 97. Geburtstag

v. Bassewitz, Ruth, geb. Krawulsky, aus Nemmersdorf, Kreis Gumbinnen, jetzt Mozartstraße 34 (bei Bayer), 93128 Regenstauf, am 5. Oktober

Kalinkat, Marta, geb. Hopp, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Erbhaistraße 2 a, 37441 Bad Sachsa, am 10. Oktober

zum 96. Geburtstag

Boritzki, Gertrude, geb. Steffen, aus Buchenwalde, Kreis Osterode, jetzt Bürgermeister-Jahn-Straße 9, 19322 Wittenberge, am 12. Oktober

Kolwa, Elisabeth, geb. Well, aus Masuren, Kreis Treuburg, jetzt Leuschnerstraße 93 c, 21031 Hamburg, am 6. Oktober

Lack, Otto, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlendamm 92, 22087 Hamburg, am 9. Oktober

Nowatzki, Alfred, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt 7 Sunny Lea Cres., Guelph, Ont. N1E 1W3, am 5. Oktober

zum 95. Geburtstag

Gaebel, Hildegard, geb. Giesa, aus Kuglacken und Alt Ilischken, Kreis Wehlau, jetzt Weinauer Straße 29, 76593 Gernsbach, am 6. Oktober

Mann, Anna, geb. Wilkat, aus Eichenfeld, Kreis Gumbinnen, jetzt Am Damm 16, 18190 Gubkow, am 7. Oktober

zum 94. Geburtstag

Dannapfel, Fritz, aus Heybutten, Kreis Lötzen, jetzt Fliederstraße 4, 32257 Bünde-Ennigloh, am 7. Oktober

Schmidtke, Kurt, aus Königsberg, jetzt Waldstraße 6, 23701 Eutin, am 6. Oktober

zum 93. Geburtstag

Büttner, Emil, aus Patersort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Brandtstraße 9, 53842 Troisdorf, am 1. Oktober

Falkowski, Charlotte, geb. Warda, aus Prostken, Hindenburgstraße 39, Kreis Lyck, jetzt Nelkenweg 23, 22941 Bargteheide, am 10. Oktober

Pentzek, Erika, aus Lyck, jetzt Hauptstraße 40, 27412 Wilstedt, am 7. Oktober

Samuel, Johann, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, jetzt Alzeyer Straße 13, 80993 München, am 6. Oktober

Sinnhöfer, Meta, geb. Balzer, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Ziolkowskiring 7, 19089 Demen, am 10. Oktober

zum 92. Geburtstag

Bodsch, Elfriede, geb. Kiehl, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Lindenplan 33, 39120 Magdeburg, am 6. Oktober

Mrosowski, Anni, geb. Böhnke, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Hillscherstraße 43, 13158 Berlin, am 8. Oktober

Poloschek, Friederike, geb. Jaschinski, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Hufelandstraße 18, 49811 Lingen/Ems, am 6. Oktober

zum 91. Geburtstag

Kroeck, Jakob, aus Piaten und Königsberg, Wallenrodtstraße 19, jetzt Rabenstrath 2, 27798 Heide, am 26. September

Niewierra, Gustav, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Staufenstraße 2, 73240 Wendlingen, am 9. Oktober

Richert, Gertrud, geb. Radau, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Burkhardtsdorfer Straße 18, 09221 Adorf/Erzgebirge, am 11. Oktober

Vogel, Liesbeth, geb. Kraaß, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Storm-Straße 4, 23769 Burg, am 8. Oktober

Weigand, Emma, geb. Gurgsdies, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, jetzt Zeystraße 15, 55120 Mainz, am 11. Oktober

Widder, Erna, geb. Thomer, aus Braunsberg, jetzt Paderborner Straße 58, 28277 Bremen, am 6. Oktober

Wiesinger, Ida, geb. Donder, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Zum Roten Kreuz 30, 42107 Wuppertal, am 8. Oktober

Wrobel, Frieda, geb. Paleit, aus Blumenfeld, Kreis Schloßberg, und Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Hohe Straße 14, 39365 Eilsleben, am 29. September

zum 90. Geburtstag

Brockmann, Helene, geb. Bartschat, aus Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Tullastraße 23, 77652 Offenburg, am 9. Oktober

Friederici, Lotte, geb. Kopanna, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Lüneburger Weg 6, 30900 Wedemark, am 9. Oktober

Hömke, Erna, geb. Bökens, Ankrehnen, Kreis Samland, jetzt Schwackhauser Heerstraße 264, 28757 Bremen, am 6. Oktober

Kulschewski, Erich, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Ochsenweg 26, 24848 Kropp, am 12. Oktober

Naujok, Fritz, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, jetzt Alsterdorfer Straße 373 b, 22297 Hamburg, am 7. Oktober

zum 85. Geburtstag

Bork, Irmgard, geb. Karp, verw. Jobst, aus Treuburg, Markt 20, jetzt Clara-Zetkin-Straße 14, 04610 Meuselwitz, am 11. Oktober

Bernotat, Dr. Hans Joachim, Ltd. Medizinalrat i. R., aus Tilsit, jetzt Ernst-Barlach-Straße 83, 24768 Rendsburg, am 2. Oktober

Brauns, Marta, geb. Gortat, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ob.-Haldenweg 35, 87439 Kempten, am 10. Oktober

Drescher, Erna, geb. Tausch, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Fontane-Straße 6, 15848 Kossenblatt, am 11. Oktober

Jahn, Alexander, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Im Brühl 5, 79295 Sulzburg, am 12. Oktober

Zawiasinski, Ilse, geb. Jeschke, aus Neidenburg, Töpferberg 1, Kreis Neidenburg, jetzt Lerchenstraße 5, 52134 Herzogenrath, am 11. Oktober

zum 80. Geburtstag

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Eschenweg 28, 28816 Stuhr, am 8. Oktober

Dannhauser, Helga, geb. Damerau, aus Tapiau, Großhöfer Weg, Kreis Wehlau, jetzt Am Radkeller 7, 89518 Heidenheim, am 9. Oktober

Dudda, Walter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Kurfürstenstraße 19, 53639 Königswinter, am 12. Oktober

Fischer, Paul, aus Selbongen, Kreis Sensburg, jetzt Richard-Wagner-Straße 5, 68649 Groß-Rohrheim, am 12. Oktober

Fleißner, Elisabeth, geb. Moczarski, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Jahnstraße 7, 95643 Tirschenreuth, am 10. Oktober

Gehrt, Frieda, geb. Sommerfeld, aus Steinbrück, Kreis Goldap, jetzt Wulfsteert 61, 24340 Eckernförde, am 6. Oktober

Görke, Dietrich, aus Memel, jetzt Gärdesstraße 58, 28755 Bremen, am 12. Oktober

Grigull, Alfred, aus Blumenfelde, früher Flurlauken, Kreis Labiau, jetzt Pfahlweg 62, 25436 Tornesch, am 8. Oktober

Grösch, Margarethe, geb. Erzberger, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Südring 24, 63477 Maintal, am 9. Oktober

Hörfunk und Fernsehen

Sonnabend, 4. Oktober, 19.05 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat – Das Bäderdreieck in Tschechien. Von Christoph Scheffer.

Montag, 6. Oktober, 15.45 Uhr, 3 Sat: Die Stauferzeit (1100–1200). Dokumentation aus der ARD-Reihe „Wir Deutschen“.

Montag, 6. Oktober, 21.45 Uhr, ARD: Legenden – Max Schmeling.

Mittwoch, 8. Oktober, 20.45 Uhr, Arte: Geschichte der CIA (Teil 1).

Mittwoch, 8. Oktober, 21.15 Uhr, 3 Sat: Der Tag, an dem die Bücher brannten.

Sonnabend, 11. Oktober, 19.05 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat – Die Wiedergeburt des Handwerks in Rußland. Von Andrea Rehmsmeier.

Haug, Meta, geb. Welk, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, jetzt Untere Talstraße 26, 71263 Weil der Stadt, am 6. Oktober

Hipler, Elfriede, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, und Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Parkstraße 2, 61197 Florstadt, am 11. Oktober

Janik, Liesbeth, aus Malga, Kreis Neidenburg, jetzt Coldenstraße 33, 18146 Rostock, am 9. Oktober

Jelonnek, Margarete, geb. Kutzinski, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Charlottenburger Straße 19, 37085 Göttingen, am 7. Oktober

Kamphenkel, Luise, geb. Janz, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, jetzt Danziger Straße 16, 33818 Leopoldshöhe, am 11. Oktober

Knoop, Gisela, geb. Sattler, aus Ludwigsort, jetzt Bismarckstraße 20, 23714 Malente, am 7. Oktober

Kögler, Helene, geb. Rekittke aus Terpen, Kreis Mohrungen, jetzt Lindenstraße 6, 19069 Barner-Stück, am 7. Oktober

Kraschewski, Hildegard, geb. Lobitz, aus Gr. Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Schützenstraße 32, 45699 Herten, am 3. Oktober

Krause, Christel, geb. Potschen, jetzt Ostwall 251, 47798 Krefeld, am 7. Oktober

Kriese, Margarete, geb. Lööper, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Thomas-Mann-Straße 28, 22880 Wedel, am 6. Oktober

Kuhnke, Irmgard, geb. Siebert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Orenburger Straße 53, 18507 Grimmen, am 7. Oktober

Labendsch, Heinz, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Egerstraße 17, 36041 Fulda-Maberzell, am 25. September

Liebelt, Alfred, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Nordrather Straße 33, 42553 Velbert, am 12. Oktober

Missun, Charlotte, geb. Trucks, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Bolzhurststraße 42, 77731 Willstätt, am 8. Oktober

Mitzkat, Kurt, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Nibelungenplatz 11, 76185 Karlsruhe, am 10. Oktober

Müsebeck, Liesbeth, geb. Hirsching, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Friedländer Straße 14, 17033 Neubrandenburg, am 9. Oktober

Nötzel, Waltraut, geb. Kraschinski, aus Lyck, Lycker Garten, jetzt Petersilienweg 17, 24145 Kiel, am 12. Oktober

Ollesch, Hildegard, geb. Lehmann, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 6, 34281 Gudensberg, am 3. Oktober

Pfeiffer, Hans, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Oberröblinger Straße 11, 06526 Sangerhausen, am 10. Oktober

Saunus, Siegfried, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Annastraße 9, 42653 Solingen, am 10. Oktober

Sczepan, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Neidenburger Straße 5, 44807 Bochum, am 8. Oktober

Schillgalies, Alfred, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Nietecke 159, 99947 Kirchheilingen, am 8. Oktober

Schulze, Margarete, geb. Doerck, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Walpurgisstraße 4 a, 38350 Helmstedt, am 12. Oktober

Schwarz, Ida, geb. Deutschendorf, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, jetzt Hinteres Ostertal 13, 38226 Salzgitter-Lebenstedt, am 8. Oktober

Tauchnitz, Erna, geb. Wildt, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Ketteler Straße 9, 63303 Dreieich, am 9. Oktober

Teuber, Frieda, geb. Bittrich, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Alte Bahnhofstraße 12, 31311 Uetze-Hänigsen, am 7. Oktober

Tullney, Alfred, aus Birkenwalde, Kreis Königsberg-Land, jetzt Reiherstieg 4, 21435 Stelle, am 1. Oktober

Zimmek, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Flachsstraße 1 a, 45896 Gelsenkirchen, am 12. Oktober

zur Goldenen Hochzeit

Janzen, Gerhard, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrungen, und Frau Erika, geb. Bruchhaus, jetzt Heroldstraße 6, 46119 Oberhausen, am 10. Oktober

Müller, Theodor, und Frau Anneliese, geb. Gregel, aus Scharfs, Kreis Rastenburg, jetzt Holtener Straße 315, 47167 Duisburg, am 6. Oktober ■

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT

LANDESGRUPPE BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

So., 12. Oktober, **Rastenburg**, 15 Uhr, Haus des Sports, Arcostraße 11–19, 10587 Berlin, Erntedankfest. Anfragen an Herbert Brosch, Telefon 8 01 44 18.

So., 12. Oktober, **Sensburg**, 15 Uhr, Haus des Sports, Arcostraße 11–19, 10587 Berlin, Erntedankfest. Anfragen an Andreas Maziul, Telefon 5 42 99 17.

Do., 16. Oktober, **Gumbinnen**, 15 Uhr, Rathaus Charlottenburg, Ratsklause, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin, Erntedankfest. Anfragen an Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56.

Sbd., 18. Oktober, **Mohrungen**, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuzbacher Straße 29, 14197 Berlin, Erntedankfest. Anfragen an Ursula Dronsek, Telefon 2 16 43 38.

Sbd., 18. Oktober, **Johannisburg**, 14.30 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, Berlin-Schöneberg. Anfragen an Christel Koslowski, Telefon 8 61 38 87.

LANDESGRUPPE HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15

LANDESGRUPPE

Freitag, 24. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppenleiter im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2.

BEZIRKSGRUPPE

Farmsen/Walddörfer – Dienstag, 14. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Condor, Berner Heerweg 188, 22159 Hamburg. Es kommt Fr. Bergner.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Freitag, 3. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest im Seniorentreff Gojenboom, gleich neben dem U-Bahnparkplatz Horner Rennbahn. Kostenbeitrag 3 Euro. Bei Kaffee, Kuchen und Plachandern sollen ein paar frohe und gesellige Stunden miteinander verbracht werden. Gäste sind willkommen.

Sensburg – Sonnabend, 4. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 11. Oktober, 13 Uhr, Treffen im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, zwischen Hauptbahnhof und Berliner Tor. Es wird ein Video über die Gedenktafel HH-Harburg und den Besuch der Niederlande durch Mitglieder gezeigt.

LANDESGRUPPE BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Günter Zdunnek, Postfach 12 58, 71667 Marbach. Geschäftsstelle: Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart

Buchen – Mittwoch, 8. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Reiter-Casino", Hühnerberg Frauentreff. Fahrgemeinschaft: 13.45 Uhr, Musterplatz. – Sonntag, 19. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest im Wimpinasaal mit Pfarrer i. R. Wolfgang Gottstein. Es gibt Vorführungen, Musik und eine Tombola. Bitte an Kuchenspenden denken. Näheres unter Telefon (0 62 81) 81 37.

Esslingen – Sonntag, 19. Oktober, 14 Uhr, „Großes Heimatfest" im Saal der Gaststätte Waldheim. Thema: „Reiseland Masuren".

Heidelberg – Sonntag, 19. Oktober, erstes Treffen nach der Sommerpause.

Pforzheim – Sonnabend, 11. Oktober, 17 Uhr, Ausstellungseröffnung im „Haus der Landsmannschaften", Kirchstraße 9. Die Ausstellung wurde zum „50jährigen Bestehen der Kreisgruppe Pforzheim-Enzkreis der Landsmannschaft Ost/Westpreußen" erarbeitet. Sie zeigt Landschaftsbilder der Heimat, die Zerstörung Königsbergs, die Flucht in den Westen Deutschlands, die Unterbringung der Flüchtlinge in den Notlagern, die Ankunft der Heimatvertriebenen in Pforzheim, den gemeinsamen Aufbau und die vielen Aktivitäten der Gruppe zur Pflege und Bewahrung der Heimatkultur.

Reutlingen – Sonnabend, 11. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner Stiftung, Gustav-Werner-Straße 6a. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Schwenningen – Sonntag, 19. Oktober, Landesdelegierten- und Kulturtagung der Landesgruppe im Haus der Heimat, Stuttgart.

Stuttgart – Sonnabend, 18. Oktober, 15 Uhr, Herbstfest in der Gaststätte Plenum, Konrad-Adenauer-Straße 3. Es erwartet Sie ein unterhaltsames heimatliches Programm mit Volkstänzen der Egerländer Gruppe unter Herrn Sturm, Wort- und Gesangsbeiträge von Mitgliedern der Gruppe mit Verstärkung vom Chor. Akkordeon: Ingeborg Müller. Gestaltung und Leitung hat Margarethe Sorg.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 19. Oktober, 14.30 Uhr, Erntefest in den „Ulmer Stuben". Pfarrer i. R. Herr Gehlke spricht Worte zum Erntedank.

LANDESGRUPPE BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

Ansbach – Sonntag, 12. Oktober, 13 Uhr, Abfahrt Schloßplatz nach Feuchtwangen. Die Gruppe nimmt dort am „Tag der Heimat" teil. Die Ansprache hält Herr Knauer, Vorsitzender der BdV-Landesgruppe Bayern. Die Busfahrt ist kostenlos.

Augsburg – Mittwoch, 8. Oktober, 15 Uhr, Frauennachmittag mit Erntedank in der Bahnhofsgaststätte, Nebenzimmer.

Bad Reichenhall – Mittwoch, 8. Oktober, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Hotel Bayerischer Hof, Jägerstüberl. Es steht der Erntedank und eine Nachlese zum „Tag der Heimat" auf dem Programm.

Bamberg – Mittwoch, 15. Oktober, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade 11.

Bayreuth – Freitag, 17. Oktober, 16.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Brauereischänke am Markt, Maximilianstraße 56.

Hof – Nach der langen Sommerpause konnte der 1. Vorsitzende, Christian Joachim, eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen an den herbstlichen Tischen begrüßen. Er erinnerte noch mal an den harmonischen Ausflug in das Bauernhofmuseum Kleinlosnitz. Seine Gratulation galt mit den besten Wünschen den gewesenen Geburtstagskindern, insbesondere den treuen Mitgliedern Hedwig Fischer (85. Geburtstag) und Annemarie Blümel (75. Geburtstag). Nach den gesungenen Liedern, gewünscht von den Geburtstagskindern, folgte ein Sommergedicht, vorgetragen von Gerda Künzel. Mit einer Lesung gedachte Hildegard Drogomir des großen ostpreußischen Dramatikers und Erzählers Hermann Sudermann (1857–1928). Er wurde am 30. September 1857 in Matzicken bei Heydekrug als Sohn einer mennonitischen Familie geboren. Heute befindet sich in seinem Geburtshaus in der Heimat ein „Sudermann-Museum". Seine bekannten Werke, wie die „Reise nach Tilsit", „Frau Sorge" und vieles andere mehr, wurden teilweise verfilmt. Die deutsche Schule in Memel trägt seinen Namen. Nach einem Herbstlied erinnerte Christian Joachim an den Sommer in Ostpreußen. Dabei verlas er Auszüge aus dem Roman „Wälder und Menschen" des Dichters Ernst Wiechert. Eindrucksvoll wird hier die Kindheit des Dichters im einsamen Forsthaus, inmitten der tiefen Wälder mit ihren Seen und Mooren, über denen der Fischadler stolz seine Kreise zog, geschildert. Nachdenkliche Erinnerungen an ein bescheidenes Leben auf dem Lande. Mit Liedern, Kurzgeschichten und gemütlichem Plaudern klang dieser Nachmittag angenehm aus.

Ingolstadt – Sonntag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8.

Memmingen – Mittwoch, 15. Oktober, 15 Uhr, Monatsversammlung im Hotel zum „Weißen Roß".

Nürnberg – Freitag, 10. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest mit dem Singkreis und der Frauengruppe im Stadtparkrestaurant.

Rosenheim – Sonntag, 12. Oktober, 14 Uhr, „Tag der Heimat" im Kurhaus Bad Aibling. – Mittwoch, 22. Oktober, Treffen der Gruppe im Gasthof Höhensteiger, Westerndorf St. Peter. – Nach der Sommerpause traf sich die Gruppe zu einem gemütlichen Ferienrückblick. Marianne Lexuth, 2. Vorsitzende, verlas die Geburtstage der letzten Monate und beglückwünschte alle Jubilare. Danach informierte Willi Gennis, 1. Vorsitzender, über das Neuste aus der Heimat. In einer Gedenkminute gedachte man des alten treuen Mitglieds Kurt Laurien. Er starb am 27. Juli im Alter von 91 Jahren fern seiner geliebten Heimat Königsberg. In Rauschen wurde ein Gedenkstein für den bekannten Nobelpreisträger Thomas Mann enthüllt. Er verbrachte viele Sommer auf der Kurischen Nehrung und in Rauschen. Als Ehrengast trat der letzte deutsche Literaturnobelpreisträger Günter Grass auf. Ein weiteres Thema war die Wasserknappheit in Königsberg, und die Eröffnung der Jagdsaison. Der Tierbestand sei außergewöhnlich gut. Hella Schmolin erzählte ausführlich von ihrer Reise nach Helsinki, wo ihr Sohn die deutsche Botschaft vertritt. Sie war begeistert von der wasserreichen Stadt, von deren Sauberkeit und Gepflegtheit. Erwin Sassnink war acht Wochen in Rauschen und berichtete anschaulich über das Leben dort. Am meisten hat ihn die abenteuerliche Bahnfahrt von Berlin nach Königsberg mit deren Schwierigkeiten beeindruckt. Die Leute leben dort ganz gut, denn fast jeder hat mehrere Beschäftigungen, da der Verdienst sehr gering ist. Ein Euro entspricht 38 Rubeln.

Keine Berichte zum Tag der Heimat

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.

LANDESGRUPPE HESSEN

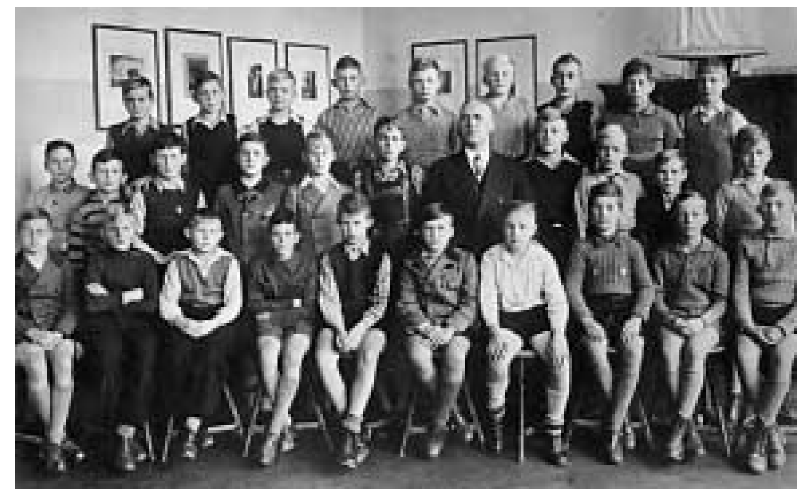
Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Landesgruppe – Landeskulturtagung vom 10. bis 12. Oktober, Anny-Lang-Haus, Unter den Eichen 1. Programm: Freitag, 10. Oktober, bis 17.30 Uhr, Anreise, 18 Uhr, Abendbrot. 18 bis 20 Uhr, „Wer kennt Königsberg?" von Dietmar Strauß. Sonnabend, 11. Oktober, 8 Uhr, Frühstück. 9 Uhr, „Der Rechtsstatus des Königsberger Gebietes im heutigen Rußland" von Oxane Vitiskaja. 10.30 Uhr, „Glaubensflüchtlinge in Preußen – die Hugenotten" von Dr. Hans-Werner Rautenberg. 12.15 Uhr, Mittagsessen. 14.30 Uhr, „Preußen – Deutsche und Polen?" von Dr. Andreas Kossert. 16.15 Uhr, „Es leuchten 1.000 Seen in meinem Heimatland", Diavortrag von Hans-Jürgen Preuß. 18 Uhr, Abendbrot. 19 Uhr, „Das Land an der Weichsel" von Martin Holland. Sonntag, 12. Oktober, 8 Uhr, Frühstück. 9 Uhr, „Die Vergangenheit läßt uns nicht los! Zwangsarbeit in der UdSSR nach Kriegsende 1945" von Charlotte Kaufmann. 10.30 Uhr, „100 Jahre Ostseebad Zoppot" von Manfrid Baaske. 11.40 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung" von Anneliese Franz. 12.15 Uhr, Mittagessen, anschließend Abreise.

Bergstraße – Montag, 13. Oktober, Eröffnung einer Ausstellung mit Bildern aus Westpreußen in Heppenheim. – Dienstag, 14. Oktober, 19.30 Uhr, Ulla Lachauer liest aus ihrem Buch „Ritas Leute" in der Christuskirche Heppenheim, Theodor-Storm-Straße. – Freitag, 17. Oktober, 19 Uhr, 33. Preußische Tafelrunde im Hotel „Am Bruchsee, Heppenheim. Thema: „Vom Hütejungen zum China-Missionar – die Jugendzeit meines Großvaters in Ostpreußen", Referent ist Forstdirektor i. R. Hans-Dieter Liederwald.

Wiesbaden – Dienstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35.

Erinnerungsfoto 1326



Quinta der Wilhelm-Oberschule/Königsberg 1938 – *Unser Leser Dietrich K. Pohlmann schickte uns dieses Foto. Es zeigt die einzige Jahrgangsklasse und ihren Klassenleiter, Studienrat Heinrich, der unter den Schülern „Jupp" genannt wurde. Wer erkennt sich wieder oder kann Auskunft geben? Zuschriften unter dem Kennwort „Erinnerungsfoto 1326" an die Redaktion* Preußische Allgemeine Zeitung, *Parkallee 84/86, 20144 Hamburg.*

LANDESGRUPPE NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20

Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Kreuzgarten 4, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon 0 51 36/43 84.

Aurich – Der Vorsitzende Paul Gehrmann hatte zu einem heimatlichen Grillabend eingeladen. Nach kurzer Begrüßung sollte der Abend der Sangeskunst gehören. Geprägt vom Liedgut Ostpreußens bis nach Ostfriesland. Dazu musikalisch begleitet vom „ostfriesischen Heimatfreund". Kleine Geschichten und Poeme, gelesen und erzählt von der Leiterin der Frauengruppe, folgten. Auch kam das leibliche Wohl nicht zu kurz, dazu erfreute noch ein Gläschen ostpreußischer „Medizin" sehr. Dieser Abend fand zum zweiten Mal auf dem Hof „Moorblick der Familie Albers" statt. Durch den herzlichen Empfang der Wirtsleute und des schönen Umfeldes ward sofort eine heimische Atmosphäre hergestellt. Zwischen einigen Mitgliedern fand ein reger Austausch über eine Reise in die Heimat statt. Diese Fahrt hatte besondere Schwerpunkte auf Pommern und Westpreußen gesetzt. Besondere Aufmerksamkeit gilt einer weiteren Reise der jüngeren 3. Generation, die mit Fahrrädern die Weiten Masurens durchforschte, Spuren ihrer Eltern, Großeltern und Vorfahren zu ergründen und näher zu kommen. Als Lm. Gehrmann sein Schlußwort sprechen wollte, wurde er aufgefordert, das Lied: „Der Fischer vom Haff" zu singen, was dann auch geschah. Es war ein gelungener Abend, der Heimatabend ist vorhanden, und er lebt noch.

Osnabrück – Dienstag, 14. Oktober, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Vom 15. bis 16. November fährt die Gruppe zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Zur Aufführung gelangt die Kriminalkomödie „Der Fluch des Bernsteinzimmers". Anmeldungen, bis spätestens 15. Oktober, und nähere Informationen bei Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51, oder Gertrud Franke, Telefon 6 74 79.

LANDESGRUPPE NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bad Godesberg – Sonntag, 5. Oktober, 16 Uhr, „Herbstzauber" im Parksaal der Stadthalle Bad Godesberg. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken beginnt das festliche Programm. Natürlich sind Gäste stets herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Düren – Freitag, 17. Oktober, 18 Uhr, Erntedankfest im Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße. Gäste sind willkommen.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Oktober, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. – Sonnabend, 18. Oktober, 17 Uhr, Erntedankfest in der „Rosine".

Essen – Freitag, 17. Oktober, 15 Uhr, Treffen in der „Sternquelle", Schäferstraße 17. Neben Gedanken zum Erntedankfest referiert Heinz Schön zu dem Thema „Der Untergang Ostpreußens".

Köln – Dienstag, 7. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest im großen Saal des Kolpinghauses, St.-Apern-Straße. Der Rastenburger Dichter Hermann Wischnat liest aus seinen Büchern, die er auch signiert. Nähere Informationen unter Telefon (02 21) 79 16 16.

Schwelm – Sonnabend, 18. Oktober, 15.30 Uhr, Erntedankfest mit Tombola im Haus der Johannes-Gemeinde, Kaiserstraße 71.

Wesel – Sonnabend, 11. Oktober, 17 Uhr, Erntedankfest in der Heimatstube, Kaiserring 4. Alle Landesleute und Heimatfreunde mit ihren Angehörigen sind hierzu recht herzlich eingeladen. Verschiedene Darbietungen und die beliebte Tombola stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl ist ebenfalls gesorgt. Anmeldungen bei Kurt Koslowski, Telefon (02 81) 6 42 27.

LANDESGRUPPE RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Neustadt a. d. W. – Sonnabend, 4. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Heimatstube", Fröbelstraße 26. Es wird der Videofilm „Ostpreußen, neue Heimat der Rußlanddeutschen" gezeigt. Über 700 Jahre deutsche Vergangenheit und ein halbes Jahrhundert russische Gegenwart haben das nördliche Ostpreußen geprägt.

LANDESGRUPPE SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr.

Landesgruppe – Zu einer erweiterten Vorstandssitzung wurden alle Kreisgruppenvorsitzenden und der Landesvorstand eingeladen. Der Landesvorsitzende dankte den Anwesenden für die bisherige gute gemeinsame Arbeit. Aktuell politisch wurde die Festveranstaltung in Berlin, die Problematik sowie die zentralen Diskussionen um das Zentrum gegen Vertreibung ausgewertet und beraten. Die Anwesenden brachten einstimmig zum Ausdruck, daß sie hoffen, daß das Schicksal der heimatvertriebenen Deutschen im Zentrum nicht zu kurz kommt oder vergessen wird. Die nächste kulturelle Veranstaltung der Landesgruppe findet am Sonnabend, 11. Oktober, 10 Uhr, in der Gaststätte Platner Hof statt. Alle Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen. Zu dieser Veranstaltung wird als Höhepunkt um 13 Uhr der „Kammerchor Kant" aus Gumbinnen erwartet und mit seinem Programm die Herzen der Teilnehmer erreichen. Diese Veranstaltung ist für Öffentlichkeit zugänglich.

Fortsetzung auf Seite 18

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Telefon (0 22 25) 70 04 18, Fax (0 22 25) 94 61 58, Danziger Straße 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Telefon und Fax (02 09) 2 91 31, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen

Zum ersten Mal kamen die 25 neu gewählten Stadtvertreter zusammen – Wie schon seit vielen Jahren tagte die Stadtversammlung im Hotel Ibis Gelsenkirchen. Sechs neue Stadtvertreter, darunter zwei wesentlich jüngere, konnten in diesem Jahr zur Mitarbeit gewonnen werden. Sie wurden herzlich begrüßt und stellten sich anschließend der Stadtversammlung vor. Auch eine Vertreterin der deutschen Minderheit in Allenstein gehört nun der Stadtversammlung an. Eine umfangreiche Tagesordnung war von den Stadtvertretern zu bewältigen: Entgegennahme der Tätigkeitsberichte und des Finanzberichts, Bericht der Kassenprüfer und letztendlich die Entlastung des bisherigen Vorstands. Anschließend war der neue Vorstand zu wählen, der nach der neuen Satzung aus fünf Mitgliedern besteht. Der alte Vorsitzende Gottfried Hufenbach wurde zum neuen Vorsitzenden, Hanna Bleck zur stellvertretenden Vorsitzenden und Karl-Peter Menges zum Schatzmeister gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder wurden Kurt Dzikus (Heimatbrief) und Sigard Müller (Bruderhilfe). Zu Kassenprüfern wurden Werner Holtschneider, Reinhold Krause sowie Joachim Hufenbach ernannt. Die weiteren Tagesordnungspunkte wurden zügig abgehandelt. Der neue Finanzplan wurde verabschiedet, und es wurde beschlossen, die AGDM bei der Suche nach Geldgebern für den Bau eines Kindergartens im Hof des Hauses Kopernikus durch eine Finanzierungszusage zu unterstützen. Ebenfalls wurde der Beschluß gefaßt, sich am „Zentrum gegen Vertreibungen" mit dem Kauf einer Heimattafel zu beteiligen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß dieses Zentrum in Berlin eingerichtet wird. Das Jahrestreffen 2004, an dem der 50. Jahrestag der Patenschaft Gelsenkirchen–Allenstein gefeiert werden soll, wird vom 17. bis 19. September wieder in Schloß Horst stattfinden. In lockerer und freundlicher Atmosphäre ging die Stadtversammlung zu Ende und klang mit einem fröhlichen Zusammensein im Kolpinghaus aus.

Angerburg

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Gerberstraße 12, 27356 Rotenburg (Wümme)

Susanne Hagen neu im Vorstand – Guter Besuch, schönes Wetter und die Chorgemeinschaft Borgfel aus Bremen mit 42 Sängerinnen und Sängern sorgten bei den 49. Angerburger Tagen für gute Stimmung. Hinzu kam, daß der Gastredner Reinhard Grindel MdB (CDU) in seiner Festansprache die richtigen Worte fand. So traten die aus nah und fern angereisten Angerburger am Sonntag nachmittag zufrieden den Heimweg an. Wie immer tagte am Tag vor den Angerburger Tagen der Vorstand der Kreisgemeinschaft. Kurt-Werner Sadowski konnte dazu auch einige Gäste begrüßen. Über den Besuch des Ehrenlandrats Wilhelm Brunkhorst, des stellvertretenden Landrats Reinhard Brünjes und von Sarina Tappe vom Heimatbund freute sch der Vorstand besonders. Von der Kreisverwaltung war Jochen Twiefel gekommen, der den Angerburgern sehr verbunden ist. Der Kreisvertreter dankte den Gästen für die Grußworte und Informationen. Die Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter berichteten aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen. Lm. Sadowski dankte allen Vorstandsmitgliedern für die im Interesse der Kreisgemeinschaft geleistete Arbeit und allen Spendern für die finanzielle Unterstützung. Der Kreisvertreter wies darauf hin, daß die Zukunft der Kreisgemeinschaft nur durch ehrenamtliche Arbeit, Besuch der Kreistreffen und Spenden gesichert werden kann. Mit einer öffentlichen Sitzung im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Rotenburg (Wümme) wurden die 49. Angerburger Tage eingeleitet. Erster Kreisrat Hermann Luttmann überbrachte die Grüße des Landkreises Rotenburg (Wümme). Weiter konnte der Kreisvertreter den stellvertretenden Landrat Reinhard Brünjes und von der Verwaltung Jochen Twiefel begrüßen. Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Ehrung von Horst Labusch, dem Schriftleiter des Angerburger Heimatbriefes. Im Auftrage des Sprechers der LO, Wilhelm v. Gottberg, überreichte Kurt-Werner Sadowski Horst Labusch das „Goldene Ehrenzeichen". Damit wurde seine jahrzehntelange Arbeit für Angerburg und Ostpreußen angemessen gewürdigt. Der Kreisvertreter sprach Lm. Labusch die Glückwünsche der Kreisgemeinschaft aus und überreichte ihm ein Buchgeschenk.

In seinem Rückblick berichtete der Kreisvertreter ausführlich über die im Berichtszeitraum durchgeführten Aktivitäten. Besonders erwähnte er die 48. Angerburger Tag, die 45. Heimatpolitische Arbeitstagung, beide in Rotenburg (Wümme), und das 7. Angerburger Heimattreffen in Güstrow. Am Ende seines Berichtes gab er folgende Termine bekannt: 28./29. Februar 2004, 46. Heimatpolitische Arbeitstagung in Rotenburg (Wümme), Bürgersaal; 11./12. September 2004, 50. Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme); das 8. Heimattreffen in Güstrow wird wahrscheinlich am 19./20. Juni 2004 oder am 3./4. Juli 2004 stattfinden. Am Ende seines Berichtes dankte Kurt-Werner Sadowski dem Patenschaftsträger für die gewährte materielle und ideelle Unterstützung. Weiter bedankte es sich bei Oberstudiendirektor Dr. Walter Jarecki und Sarina Tappe für die gewährte Gastfreundschaft. Ebenso dankte er allen, die, an welcher Stelle auch immer, Zeit, Mühe und Geld für unsere Heimat aufgewendet haben.

Unter der Wahlleitung von Werner Drost wurde die Wahl des Kreisvertreters und seiner beiden Stellvertreter vorgenommen. In geheimer Wahl wurde Kurt-Werner Sadowski einstimmig in seinem Amt als Kreisvertreter bestätigt. Ebenso seine beiden Stellvertreter Dietrich Wawzyn und Alfred Nehrenheim. Brigitte Junker als Schatzmeisterin, Horst Labusch als Schriftleiter und Horst Bieber als Schriftführer wurden ebenfalls einstimmig gewählt. Somit ist der Vorstand wieder vollzählig. Der Sonntag begann mit einem Festgottesdienst mit einer Feier der Diamantenen Konfirmation und einer Abendmahlfeier in der Michaeliskirche in Rotenburg (Wümme). Den hohen Stellenwert der Patenschaft für die Rotenburger bewies die große Zahl der Ehrengäste bei der Feierstunde. Landrat Dr. Hans-Harald Fitschen begrüßte die Angerburger, und Bürgermeister Detlef Eichinger von der Stadt Rotenburg sprach ein Grußwort. Außerdem nahmen an der Feierstunde unter anderem teil: Ehrenlandrat Wilhelm Brunkhorst, stellvertretender Landrat Heinz-Günter Bargfrede, Oberstudiendirektor a. D. Dr. Nicolai und Carl Kraut. Der Gastredner, Reinhard Grindel MdB (CDU), fand verständnisvolle Worte für die Angerburger. Er würdigte die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, in der feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und ein Bekenntnis zur Schaffung eines geeinten Europas abgelegt wurde. Deshalb hat die CDU mit ihrer Mehrheit im Bundesrat einen Antrag beschlossen, den 5. August zum nationalen Gedenktag zu erheben. Auch die „Benesch-Dekrete" wurden von Reinhard Grindel nicht ausgeklammert; er begrüßte die Pflege ostpreußischer Tradition und Kultur durch die Kreisgemeinschaft. Der Redner kritisierte ausdrücklich, daß seit 1998 die Mittel im Bundeshaushalt für die Pflege des Kultur- und Geschichtserbes der deutschen Heimatvertriebenen erheblich gekürzt wurden. In dem „Zentrum gegen Vertreibung" in Berlin soll das Schicksal der deutschen Vertriebenen erfahrbar werden. Er äußerte Unverständnis für das Verhalten des Bundeskanzlers und des Außenministers in dieser so wichtigen Frage. Kurt-Werner Sadowski dankte dem Festredner für sein eindeutiges Bekenntnis zum Schicksal der deutschen Vertriebenen. Mit der Nationalhymne ging die Feierstunde zu Ende.

Fischhausen

Kreisvertreter: Louis-Ferdinand Schwarz. Geschäftsstelle: Telefon (0 41 01) 2 20 37 (Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 9–12 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg

Seestadt Pillau / Diamantene Konfirmation – Vor 60 Jahren, also 1944, wurde in der Festungskirche der Ev.-luth. Kirchengemeinde Pillau I das letzte Mal das Fest der Konfirmation gefeiert. Auf dem Heimattreffen im August 2003 in Eckernförde wurde daher beschlossen, im Gottesdienst beim 50. Heimattreffen 2004 in der Kirche zu Borby das Fest der Diamantenen Konfirmation (beziehungsweise Konfirmationsgedenken) zu feiern. Herr Pastor i. R. Ernst Petscheleit wird diesen Gottesdienst halten. Er wird sich bemühen, die in einer Kirchengemeinde bei Bremen in Gebrauch befindlichen Abendmahlsgeräte der Pillauer Festungskirchengemeinde für diesen Gottesdienst auszuleihen. Eingeladen sind alle Pillauer, die 1944 oder früher in Pillau konfirmiert wurden. Sie werden gebeten sich bei Pastor Petscheleit anzumelden. (Ernst Petscheleit, Magdeburger Straße 2, 29451 Dannenberg, Telefon 0 58 61/98 60 09, Fax: 0 58 61/80 65 72, E-Mail: epetscheleit@t-online.de) Bitte geben sie dann folgende Daten an: Vorname, Familienname (heute), Familienname (bei der Konfirmation), Konfirmationsjahr, heutige Anschrift. Natürlich gilt das auch für alle, die in Pillau II konfirmiert wurden. Auch ehemalige Konfirmanden der Jahre 1944 oder davor der reformierten Gemeinde Pillau sind, wenn sie wollen, zu dieser Feier sehr willkommen.

Gerdauen

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Tel. (0171) 5 27 27 14. Geschäftsstelle: Karin Leon, Am Stadtgraben 33, 31515 Wunstorf, Telefon und Fax (0 50 31) 25 89

Nachruf auf Ernst Zimmer – Am 2. September 2003, wenige Wochen nach seinem 81. Geburtstag, verstarb nach kurzem Klinikaufenthalt unser Landsmann Dipl.-Ing. Ernst Zimmer. Geboren wurde er am 6. August 1922 in Klein Sobrost im Kreis Gerdauen. Nach seiner Ausbildung als technischer Zeichner beim Kreiskulturbauamt in Gerdauen erwarb er in Königsberg/Pr. den Titel eines Dipl.-Ing. für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik. Nach Reichsarbeitsdienst, Kriegseinsatz, Verwundung und Gefangenschaft begann Ernst Zimmer im Jahre 1946 in Westerburg im Westerwald seine Tätigkeit als selbstständiger Ingenieur und Sachverständiger. Hier gelangen ihm sogar einige Erfindungen, für die er deutsche und internationale Patente besitzt. Sein besonderes Interesse galt der Philatelie, wo er als Landesverbandsvorsitzender und auch als Schriftleiter verschiedener Fachblätter tätig war. Er gab unter anderem weit über 600 kleine Einzelwerke zur Philatelie heraus. Ein philatelistisches Ostpreußenarchiv, das er aufgebaut hat, ist insbesondere bekannt durch die Serie „Post in ...", die bisher etwa 200 Hefte umfaßt, davon etwa 20 über den Kreis Gerdauen. In Zimmers Atelier entstanden über 3.000 Feder- und Tuschpinselzeichnungen mit ostpreußischen Motiven. 22 Jahre saß er im Stadtrat zu Westerburg und war Mitglied in einigen Ausschüssen, wofür er den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz erhielt. Den Landsleuten des Heimatkreises Gerdauen wurde er bekannt durch die Fülle seiner prächtigen Darstellungen in unserem Heimatbrief und durch die ersten Ausgaben über sein Kirchspiel mit dem Titel „Assaunen-Bote". Für all diese Aktivitäten wurde er als der „Ostpreußische Dorfchronist" bezeichnet. Auch wurde er in Anbetracht seiner großen Verdienste für seine ostpreußische Heimat für die Auszeichnung mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen vorgeschlagen. Die Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen verliert mit Ernst Zimmer einen großen Idealisten. Er hat sich um seine geliebte ostpreußische Heimat verdient gemacht. Ernst Zimmer wird uns stets in ehrenvoller Erinnerung bleiben.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73.

Bundestreffen der Gumninner und Salzburger in der Patenstadt Bielefeld – Zum 50. Mal kamen Gumbinner Landsleute von nah und fern in die Patenstadt Bielefeld zu ihrem diesjährigen Bundestreffen, um Bekannte zu treffen, aber auch zur Erledigung der vorgeschriebenen Regularien. Die Patenstadt Bielefeld hatte dafür die Räumlichkeiten in der Gesamtschule Stieghorst zur Verfügung gestellt. Die Kreisgemeinschaft konnte eine ganze Reihe von Ehrengästen, darunter auch den Hausherrn, Oberbürgermeister Eberhard David, begrüßen. Auch aus der Heimaststadt Gumbinnen, dem heutigen Gusew, war eine große Delegation unter Leitung des dortigen Bürgermeisters Anatolij Trifonow angereist, um an dem Treffen der Gumbinner teilzunehmen und auch die Grüße der heute in unserer Heimat lebenden Menschen zu überbringen. Zu der Delegation gehörte auch der Vizegouverneur für das Gebiet Königsberg (Kaliningrad). Als Gäste aus Gumbinnen konnten auch 15 Mitglieder des dortigen Tanzkreises „Platika" begrüßt werden. Sie gaben mit künstlerischen Tanzauftritten in ihren farbenprächtigen Kostümen an beiden Tagen des Treffens der Veranstaltung einen ganz besonderen Rahmen. Der Einladung zu der obligatorischen Kreisversammlung waren am Sonnabend 76 Mitglieder der Kreisgemeinschaft gefolgt. Sie nahmen dort die Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder über ihre Tätigkeiten im Jahre 2002 sowie die Kassenberichte zur Kenntnis. Ihre Arbeit wurde mit der Entlastung durch die überwiegende Mehrheit der Versammlung gewürdigt. Auf Anregung aus den Reihen der Versammlungsmitglieder wurde folgende Resolution mit überwiegender Mehrzahl beschlossen: „Die Diskussion über die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Vertriebenen hat die Kreisversammlung Gumbinnen bewogen, mit allem Nachdruck die Einrichtung einer solchen Gedenkstätte in Berlin zu fordern, ohne dabei die europäische Dimension des Themas zu vernachlässigen oder die deutsche Verstrickung außer acht zu lassen. Wir fordern den Bund der Vertriebenen auf, sich mit allem Nachdruck für die Verwirklichung einzusetzen." Höhepunkt des zweiten Tages des Heimattreffens in Bielefeld war eine Feierstunde, die mit einer kurzen Andacht begann. Nach dem Totengedenken und den Grußworten der Ehrengäste berichtete der Vorsitzende Eckard Steiner über die Tätigkeiten der Kreisgemeinschaft im abgelaufenen Jahr. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde. Die nächsten Stunden standen dann ganz für Gespräche unter den Anwesenden zur Verfügung. Gegen 16 Uhr endete das Treffen. Das nächste Bundestreffen der Gumbinner wird voraussichtlich am 11. und 12. September 2004 in Bielefeld stattfinden.

Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holst., Telefon (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, Telefon (04 81) 6 24 85, Lessingstraße 51, 25746 Heide

Kreistreffen-Nachlese – Das diesjährige Kreistreffen, das erstmalig in der Wandelhalle im Staatsbad Bad Nenndorf stattfand, hatte wieder großen Zuspruch. Rund 600 Labiauer aus Stadt und Kreis hatten sich nach Bad Nenndorf auf den Weg gemacht. Schon vor 9 Uhr fanden sich die ersten Labiauer ein, um an ihre Kirchspieltische zu eilen. Schon bald hörte man eifriges Plachandern. Am Sonnabend fand eine kleine Gedenkfeier am Grabe Agnes Miegels statt, auch war Gelegenheit gegeben, das Agnes-Miegel-Haus zu besichtigen. Mit Sicherheit wurden auch viele Fotos an ihrer Bronzeplastik im Kurpark gemacht. Der Abend klang gegen 23 Uhr bei Musik und Tanz aus. Am Sonntag fand die Feierstunde statt. Das diesjährige Motto „So schön ist Ostpreußen" hätte ein tagefüllendes Programm sein können. Die Kreisvertreterin Brigitte Stramm begrüßte alle Teilnehmer. Vom Staatsbad war ein Vertreter gekommen, der Festredner, Friedel Pörtner, Mitglied des niedersächsischen Landtags, und seine Frau Brigitte und eine Dame von der Presse konnten begrüßt werden. Die Ausführungen zu der landschaftlichen Schönheit unseres Heimatkreises ließen viele Erinnerungen aufblühen. Natürlich mußte dabei auch genannt werden, daß heutzutage nicht sehr sorgfältig mit den Ressourcen des Landes umgegangen wird. Unser Kreisvertreterin führte aus, daß sie bei Veranstaltungen im jetzigen Labiau (Polessk) keine Gelegenheit ausläßt, die Jugend zu ermahnen, sorgfältig mit dem Erbe umzugehen, denn ohne Historie fehlt den Menschen die Identität. Horst Potz nahm die Totenehrung vor, wir gedachten der Landsleute, die nun nicht mehr unter uns weilen. Zwischen den Programmteilen wurde gemeinsam gesungen und Anneliese Todt rezitierte aus Werken von Kudnik und Scheffler. Vom Oberkreisdirektor unseres Patenkreises, Landkreis Cuxhaven, Dr. Johannes Höppner, wurde ein Grußwort verlesen, auch er mahnte: Ohne Vergangenheit gibt es keine Zukunft. Der Vertreter aus Bad Nenndorf richtete Grußworte an uns. Anschließend wurden zwei Landsleute geehrt: Lieselotte Beyer aus Kleinwienen, Kirchspiel Popelken, für ihre jahrelangen Verdienste um unsere Kreisgemeinschaft und Manfred Zink für seine Verdienste um die Labiau-Forschung. Beide erhielten die Ehrennadel mit dem Wappen unserer Kreisstadt Labiau in Gold. Beide Ausgezeichneten bedankten sich, und Lm. Zink bat weiterhin um Hilfe und Unterstützung für seine Forschungsarbeit.

Unser diesjähriger Festredner, Friedel Pörtner, hat sich sehr intensiv mit den Vertreibungs- und Flüchtlingsfragen beschäftigt und hielt eine sehr beachtenswerte Rede. Auch er erinnerte an die Charta der Heimatvertriebenen, an das an Historie reiche Land, an die jetzigen Zustände dort, an die Zukunft. Er schloß mit den Worten: In diesem Sinne rufe ich Ihnen zu: Niedersachsen – Heimat im Osten – Heimatkreis Labiau – Vaterland Deutschland – Zukunft Europa, Glück auf! Der stellver-

Heimattreffen 2003

3. /4. Oktober, **Elchniederung**, Kirchspieltreffen Herdenau, Inse, Karkeln, Kuckerneese, Schakendorf und Skören, Parkhotel Deutsches Haus, 31542 Bad Nenndorf.
4. Oktober, **Ebenrode (Stallupönen)**, Kirchspieltreffen Schloßbach, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Düsseldorf.
4. Oktober, **Johannisburg**, Ortstreffen Kurwien, Kreuzofen, Erdmannen, Heidig, Zentralhallen Hamm.
11. Oktober, **Treuburg**, Regionaltreffen im Jahn-Sport- Forum, 17033 Neubrandenburg.
10. /11. Oktober, **Elchniederung**, Kirchspieltreffen Reuterskirch und Seckenburg, Parkhotel Deutsches Haus, 31542 Bad Nenndorf.
11. Oktober, 16.30 Uhr, Treffen der ehemaligen Schüler der Schulen **Grünheide und Hirschwalde** im Blockhaus im Wildpark Lüneburger Heide, Nindorf-Hanstedt.
10. – 12. Oktober, **Lyck,** Ortstreffen Gollen in Sieder.
17. –19. Oktober, **Goldap**, Dorftreffen Hallenfelde (Szielasen), Steinbrück (Babken) im Ostheim in Bad Pyrmont.
17. –19. Oktober, **Heiligenbeil**, Kirchspieltreffen Brandenburg in Rotenburg/Wümme.
18. /19. Oktober, **Angerapp (Darkehmen)**, Jahreshaupttreffen in 22926 Ahrensburg.
18. –25. Oktober, **Johannisburg**, Ortstreffen Dingelsdorf in Holzhausen.
18. –25. Oktober, **Johannisburg**, Ortstreffen Drigelsdorf im Haus Annelie, Holzhausen Pr. Oldendorf.
25. Oktober, **Gumbinnen**, Regionaltreffen für den Raum Mainz im Ingelheimer Winzerkeller, Binger Straße 16, 55218 Ingelheim.

tretende Vorsitzende Horst Potz hielt die Schlußansprache, wies auf die Querelen um das Zentrum gegen Vertreibung, welches in Berlin errichtet werden soll, hin. Ein Streit, der für die Heimatvertriebenen nicht nachvollziehbar ist. unterschiedliches Leid gibt es nicht. Unseren Landsleuten ist ein großes Unrecht geschehen, da darf keinesfalls abgeschwächt oder unter den Tisch gekehrt werden.

Lm. Zink zeigte am Sonntag seine neusten Ausarbeitungen der Labiau-Forschung. Die Kreisvertreterin bedankte sich bei allen, die dem diesjährigen Treffen zum Erfolg verhalfen, das sind Hildegard Knutti, Liselotte Beyer und Dorothea Kurzmann, die den Informationsstand betreuten, Ilse Hunger an der Kasse, Horst Potz für die Mithilfe bei der Vorbereitung, Anneliese Todt für Gesang und Rezitation, Lm. Zink für die Labiau-Dokumentation. Frau Schwarz und Tochter sorgten dafür, daß heimatliche Erzeugnisse erworben werden konnten, auch das gehört zu jedem Kreistreffen dazu. Dank auch an die Besucher, denn nur durch die rege Teilnahme unserer Landsleute kann ein Treffen zum Erfolg werden. Dann hieß es auf Wiedersehen bis zum nächsten Jahr in Otterndorf am 11. und 12. September 2004.

Lyck

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter: Reinhard Bethke, Westfalenstraße 41, 58135 Hagen, Telefon (0 23 31) 4 46 41. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinikkendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Paul Schick verstorben – Am 15. September 2003 verstarb in Lübeck Lm. Paul Schick. Geboren wurde er am 7. März 1912 in Lyck. Nach dem Abitur an der Lycker Ernst-Moritz-Arndt-Schule wurde Paul Schick bei der Kreis- und Stadtsparkasse in Lyck ausgebildet. Nach der Vertreibung war er bei der Stadtsparkasse in Leverkusen im Rheinland tätig. Paul Schick war bis zu seinem Tode Ortsvertreter seines Heimatdorfes Borken. Aktiv war er auch im „Sängerkränzchen der Lycker Prima“. Unsere Lycker Landsleute haben ihn jahrelang als ausgezeichneten Organisator des alljährlichen Lübekker Regionaltreffens kennengelernt. Für seine Verdienste erhielt er bereits am 9. April 1995 das Silberne Ehrenzeichen der LO. Die Kreisgemeinschaft Lyck wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Neidenburg

Kreisvertreterin: Marion Haedge, Dorfstraße 45, 29331 Lachendorf, Telefon (0 51 45) 7 77

50 Jahre Patenschaft zwischen der Stadt Bochum und dem Kreis Neidenburg – Das diesjährige Heimattreffen fand im neu erbauten RuhrCongreß statt und stand ganz im Zeichen des 50jährigen Patenschaftsjubiläums. Beeindruckend ist, daß 58 Jahre nach der Vertreibung immer noch über 1.000 Landsleute unser Heimattreffen in Bochum besuchen, ihre Erinnerungen und Erfahrungen austauschen und der Heimat gedenken. Am Sonnabend vormittag fand im Bildungs- und Verwaltungszentrum der Stadt Bochum die Sitzung des Kreistages statt. Dem Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin folgten die Berichte des Schatzmeisters und der Kassenprüfer. Allen Mitgliedern des Vorstandes und des Kreisausschusses wurde einstimmig Entlastung erteilt. Anschließend erfolgte der Bericht der deutschen Minderheit durch Albert Wylengowski. In der anschließenden Diskussion ging es insbesondere um den erweiterten Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung für die Mitgliederdatenverwaltung und die Erstellung des Heimatbriefes. Für die Verwendung der Mitgliederdaten wurde ein Programm erstellt, welches auch erlaubt, Daten nach bestimmten Kriterien (z. B. für statistische Zwecke) aus dem Datensatz zu verarbeiten und auszudrucken. Der Heimatbrief wird jetzt von dem amtierenden Schriftleiter innerhalb der Kreisgemeinschaft auf dem PC zusammengestellt und dann als kompletter, gespeicherter Datensatz an die ausführende Druckerei weiter gegeben. Lm. Kayss schlug ferner vor, die sogenannten Seelenlisten, die seinerzeit von den Vertrauensleuten der Gemeinden erstellt worden sind, elektronisch zu erfassen und damit die Auswertung zu vereinfachen. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Am Sonnabend war der große Saal im RuhrCongreß gut gefüllt. Nach der Begrüßung durch die Kreisvertreterin und Oberbürgermeister Stüber erfolgte der musikalische Reigen mit dem Andza-Chor, dem Blaswerk der Musikschule Bochum und der Tanzformation GTS Schwarz-Gold. Die Moderation hatte der Ostpreuße Herbert Tennigkeit, der auch Gedichte in ostpreußischer Mundart vortrug. Die Darbietungen fanden unter den Landsleuten und den Gästen großen Beifall. Es war ein gelungener Abend, der unvergessen bleiben wird. Zum Abschluß gab es noch eine Tombola, deren Erlös je zur Hälfte an eine karitative Einrichtung der Stadt Bochum und den Notfallfonds der Neidenburger Gesellschaft Deutscher Minderheit weitergeleitet wurde. Die Kreisvertreterin stellte in den Mittelpunkt ihrer Begrüßungsrede mehrere besonders erinnerungswürdige Eckpunkte des Patenschaftsverhältnisses. Zunächst dessen Begründung im Jahre 1953 durch den Oberbürgermeister der Stadt Bochum, Fritz Heinemann, und den letzten amtierenden Bürgermeister von Neidenburg, Paul Wagner. Des weiteren erinnerte sie an die im Jahre 1961 von der Stadt Bochum errichtete „Neidenburger Siedlung“, die seinerzeit in der Bundesrepublik einmalig war und die für mehrere leidgeprüfte Familien aus dem Kreis zu einem neuen Zuhause wurde. Dankbar erinnerte Frau Haedge an die Einrichtung der „Neidenburger Heimatstube“, für die uns seitens unserer Patenstadt in all den Jahren die erforderlichen Räumlichkeiten für heimatkundliche Gegenstände und Exponate zur Verfügung gestellt werden. Nicht zuletzt wies sie auch auf die verschiedenen Reisen, gemeinsam mit offiziellen Vertretern des Rates und der Verwaltung der Stadt Bochum sowie Bochumer Bürgern, hin, durch die im Zuge der Annäherung mehr Normalität im Sinne der Charta der Vertriebenen von 1950 geschaffen werden sollte. Zum Schluß sprach Frau Haedge im Namen der Kreisgemeinschaft Neidenburg der Patenstadt Bochum den Dank für die 50jährige fürsorgliche Begleitung unserer Schicksalsgemeinschaft aus und überreichte Oberbürgermeister Stüber als Erinnerung an dieses denkwürdige Datum und als Ausdruck unserer Dankbarkeit ein Stück „Gold der Ostsee“, einen auf einer Wurzel drapierten Naturbernstein.

Der Sonntag begann mit der Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Paulskirche in Bochum. Zu Beginn der Feierstunde konnte der zweite stellvertretende Kreisvertreter, Dr. Uwe Laurien, neben Vertretern der Patenstadt auch zahlreiche Ehrengäste und die Presse begrüßen. Anschließend verlas er ein Grußwort des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und Vorsitzenden der CDU im Ruhrgebiet, Dr. Norbert Lammert, der wegen auswärtiger Verpflichtungen nicht an den Feierlichkeiten teilnehmen konnte. Ein weiteres Grußwort kam von dem evangelischen Pfarrer aus Neidenburg. Danach sprach Alfred Powierski das geistliche Wort mit anschließender Totenehrung. Er stellte seine Kurzandacht unter das Leitwort des 23. Psalms: „Der Herr ist mein Hirte ...“ Dabei verglich er das gute Patenschaftsverhältnis zwischen Bochum und Neidenburg mit dem Bild eines Hirten bzw. eines Paten, der verantwortungsvoll über lange Zeit fürsorglich seinen Pflichten nachkommt. Pfarrer Powierski hatte den Weg zu den Herzen der Teilnehmer gefunden, die mit sichtbarer Anteilnahme seinen Worten folgten. Im Anschluß daran ging Oberbürgermeister Stüber auf die geschichtliche Entwicklung des Patenschaftsverhältnisses näher ein und leuchtete in diesem Zusammenhang den damaligen weltpolitischen Hintergrund im einzelnen aus. Hatten die Begründer seinerzeit der vorrangigen Wunsch, daß aus dieser Patenschaft nützliche Verbindung zwischen Ost und West erwachsen mögen, so wurde jede Annäherung durch kalten Krieg von vornherein unmöglich gemacht. Erst Glasnost und Perestroika brachten dann Jahre später den Durchbruch. Hierzu führte er unter anderem aus: „Später bewegte sich manches in Richtung Osten. Friedliche Koexistenz und Wandel durch Annäherung – diese Begriffe stehen für eine Politik, die bislang starre Verhältnisse aufzulockern suchten. Die Spaltung für die Menschen hüben und drüben erträglicher zu machen war das erklärte Ziel.“ „Und schließlich gab es in der Folge von Glasnost und Perestroika unter Gorbatschow den entscheidenden Durchbruch bis hin zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf dem Wege zu einem vereinten Europa.“ „Davon hat auch die Kreisgemeinschaft Neidenburg profitiert. Was über Jahrzehnte nicht für denkbar gehalten war, ist Realität geworden. Zwei historische Besuche markierten den Prozeß der Veränderung: Juni 1991: Bürgermeister Rolf Schieck wird gemeinsam mit einer Delegation des Bochumer Rates und Vertretern der Kreisgemeinschaft offiziell im Neidenburger Rathaus empfangen; Mai 1993: Jozef Magol, Bürgermeister der Stadt Neidenburg, kommt zu den Feierlichkeiten anläßlich des 40jährigen Bestehens der Patenschaft nach Bochum und trägt sich in das goldene Buch unserer Stadt ein.“ Neben offiziellen Besuchen hüben und drüben wird auf europäischer Ebene der Beitritt Polens zur EU der vorläufige Abschluß eines wechselvollen Prozesses sein.

Oberbürgermeister Stüber erinnerte in dankbarer Anerkennung an den früh verstorbenen Kreisvertreter W.-J. Becker, der in schwieriger Zeit das Amt innehatte, und an K. Zehe, der beherzt auf die polnische Seite zuging und sie damit ins europäische Boot nahm. Ihm und auch der amtierenden Kreisvertreterin M. Haedge dankte er für ihrer beider engagiertes Eintreten zum Wohle der Menschen hier und dort. Traditionen bewahren, auch den Menschen wie Dr. Ferdinand Gregorovius und Walter Kollo und denen, die in positiver Weise den europäischen Einigungsprozeß begleiten, fühlt sich die Stadt Bochum verpflichtet. Der Festredner dieser Jubiläumsveranstaltung, der stellvertretende Sprecher der LO, Bernd Hinz, ging neben den bereits erwähnten Geschichtspunkten vor allen Dingen darauf ein, daß den Vertriebenen eine neue Heimstatt in schicksalhafter Verbundenheit in Bochum zuteil wurde. Ein Kristallisationspunkt für ihre Zusammenschlüsse (Heimattreffen), das langfristige Sichern ihres geretteten Erbes (Heimatstube), das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat (auch durch offizielle Besuche) wurden durch Bernd Hinz hervorgehoben. Berechenbar und verläßlich, trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen, kennzeichnet bis heute diese Verbindung. Dankbar wurde von Lm. Hinz auch das Engagement der Kreisgemeinschaft in der Heimat erwähnt. Dies kommt durch den Respekt und die Anerkennung, die der deutschen Minderheit in Neidenburg entgegengebracht wird, deutlich zum Ausdruck. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Erinnerung an den Kreis Neidenburg auch in Zukunft mit der Unterstützung der Patenstadt Bochum wachgehalten wird und die humanitär-sozialen Aufgaben gelöst werden. ■

Landsmannschaftliche Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Der Vorstand der Landesgruppe hat sich mit der Problematik „750 Jahre Königsberg“ befaßt. Es soll im Mai 2005 eine sachsenweite Festveranstaltung zum Jubiläum stattfinden. Nach eingehender Beratung wurde als Veranstaltungsort Leipzig festgelegt. Beide Städte haben Gemeinsamkeiten. So sind beide Städte Messestädte und hatten einen gemeinsamen Bürgermeister (Herr Goerdeler), der jetzige Bürgermeister, Herr Tiefensee, hat durch seinen Vater Wurzeln in Königsberg. Es wurde beraten, ihm die Schirmherrschaft anzutragen. Es wird ein Vorbereitungskomitee gegründet, und die Mitglieder des Komitees werden vom Landesvorstand berufen. Dazu erteilten alle ihre Zustimmung. Danach wertete Frau Kedzierski ein Seminar zum Thema „Flucht und Vertreibung“ in Bad Pyrmont aus. Sie beabsichtigt bei einem „Treff Heimatstube“ eine Buchlesung zu halten. Die Landesfrauenbeauftragte nannte als Termin den 8. Mai 2004 und das Thema für die 3. Landesfrauenkonferenz, „Westpreußen und die Königsberger Bombennächte“. Referentin wird die Bundesfrauenbeauftragte für Frauen beim BdV, Sibylle Dreher, sein. Dieses Veranstaltung findet in Leipzig statt. Am Dienstag, 18. November, findet die Jahresabschlußberatung mit den Kreisgruppenvorsitzenden statt.

Dresden – Dienstag, 7. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3. – Sonntag, 19. Oktober, 16 Uhr, Auftritt des Kant-Kammerchors aus Gumbinnen im Gemeindesaal der Christuskirche, Elsa-Brändström-Straße 1, Dresden-Strehlen.

Landesgruppe Sachsen-Anhalt

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Donnerstag, 9. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im „Bestehornhaus“. – Mittwoch, 15. Oktober, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Zimmer 6.

Halle – Sonnabend, 11. Oktober, 14 Uhr, Erntedankfest in der Gaststätte Volkssolidarität, Reilstraße 54. Kleine Mengen Feldfrüchte zur Ausschmükkung des Erntedanktisches sind erwünscht. Nach Beendigung des geselligen Nachmittags werden die mitgebrachten Naturalien verkauft, und der Erlös wird einem guten Zweck zugeführt. Auch Gäste sind herzlich willkommen.

Magdeburg – Sonntag, 12. Oktober, 14 Uhr, Mitgliederversammlung in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße.

Landesgruppe Schleswig-Holstein

Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Ein Nachmittag der leisen Töne wurde das Treffen der Gruppe. Christel Poepke, eine erstklassige Lyrikerin mit vielen Würdigungen und Auszeichnungen, und auch bekannt durch Veröffentlichungen in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, las vor 60 Gästen aus ihren Werken. Gedichte und über ihr Königsberg, über den letzten Augusttag im Kriegsjahr 1944, der ein schlimmes Ende nehmen sollte. „Leise Töne“ im wahrsten Sinne des Wortes. Poepkes leise Stimme kam trotz Mikrofon leider nicht bei allen Zuhörern an, so daß nicht alle in den Genuß dieser Lesung kamen. Ein kleinerer Zuhörerkreis wäre hier sicher günstiger gewesen.

Burg/Fehmarn – Dienstag, 14. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Erntedankfest im „Haus im Stadtpark“, das in diesem Jahr von Pastor Dr. Jaeger gestaltet wird.

Kiel – Nach langer Sommerpause kam die Frauengruppe Elmschenhagen zu einem gemütlichen Beisammensein zusammen. Thema war „Der Herbst und der Apfel“. Die Tische waren liebevoll mit Blumen und Äpfeln geschmückt, selbst die Servietten waren passend. Große Mengen an Kuchen, von den Geburtstagskindern gespendet, luden zum Kaffeetrinken ein. Es wurden Gedichte von Agnes Miegel und Theodor Fontane vorgetragen, auch die Schmunzelecke kam nicht zu kurz, denn Frau Klarhöfer und Frau Droese trugen Späßchen vor. Ganz unerwartet besuchte der Vorsitzende der Landesgruppe, Günter Petersdorf, mit seiner Geschäftsführerin, Frau Beyer, die Veranstaltung. Er war überrascht und erfreut über die große Teilnehmerschar und dankte der Leiterin, Frau Otto, dafür, daß sie trotz gesundheitlicher Einschränkungen weiterhin der Frauengruppe Elmschenhagen vorstehen will. Frau Beyer überreichte einen großen Sonnenblumen-Strauß. Acht Geburtstagskinder wurden einzeln geehrt und beschenkt, darunter auch E. Libuda, der als 2. Vorsitzender, mit seiner Frau, steter Gast der Gruppe ist. Rudolf Jeguschke wurde zum 80. Geburtstag besonders geehrt, weil er seit Jahrzehnten Heimatarbeit geleistet und viele Ehrenämter wahrgenommen hat. Lm. Kulschewski konnte nach langer, schwerer Krankheit endlich wieder bei der Gruppe sein. Er war über seine Genesung sehr glücklich und wurde auch besonders von Frau Otto geehrt, und alle freuten sich mit ihm. Etwas Aufregung entstand, als ein treues Mitglied einen Schwächenanfall erlitt, aber glücklicherweise konnte der herbeigerufene Arzt helfen, und alle waren erleichtert. Der Nachmittag endete zu aller Zufriedenheit.

Itzehoe – Dienstag, 14. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Schwarz. Oberstudiendirektor i. R. Erdt hält einen Vortrag über die Geschichte Masurens. Gäste sind herzlich willkommen.

Ratzeburg – Die Gruppe unternahm einen Ausflug nach Lüneburg, Bad Bevensen und Altenmedingen. In Lüneburg wurde das Ostpreußische Landesmuseum besucht, wo immer wieder neue Erinnerungsschätze zu besichtigen sind. Dann ging es weiter nach Altenmedingen, wo Cornelia Krause im Hotel Fehlhaber die Gruppe mit einem reichhaltigen Mittagsbüfett erwartete. Nach einer Ruhepause ging es weiter nach Bad Bevensen. C. Krause führte durch den Kurpark und die Stadt Bad Bevensen. Bevor man nach Hause fuhr, gab es im Hotel eine schön gedeckte Kaffeetafel, anschließend wurde noch der Klosterpark besichtigt. Am frühen Abend traf man wieder in Ratzeburg ein. ■

Geschäftsanzeigen

Bekanntschaften

Suchanzeigen

Verschiedenes

Familienanzeigen

Ihren 65. Hochzeitstag

feiern am 8. Oktober 2003

Alfred und Frieda Krause
geb. Rehfeld

früher Sanditten/Frischenau, Kreis Wehlau

heute Hoppenbichelstraße 8, 84489 Burghausen

Es gratulieren herzlich
die Kinder, Enkel und Urenkel

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche stehen und lauschen in die Ewigkeit.

Fern der Heimat verstarb unsere liebe Schwester und Tante in Südafrika

Margarete Traon

geb. Wenck

* 8. 11. 1923 Gerkiehnen — † 4. 9. 2003 Johannesburg

In stiller Trauer
Alfred Wenck mit Familie
Elfriede Böhnke, geb. Wenck, **mit Familie**

In der Ecke 18, 34593 Knüllwald
Lohbergenweg 40, 21244 Buchholz

Ostpreußen

Fern der Heimat,
die ich so sehr geliebt,
ging ich heim in ewigen Frieden,
wo der Herr mir Ruhe gibt.

Gott der Herr nahm heute nach kurzer, schwerer Krankheit meinen lieben Mann, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager zu sich in die Ewigkeit.

Kurt Helbing

* 17. Juni 1929 in Gottswalde/Ostpreußen — † 3. September 2003 in Witten

In Liebe, Dankbarkeit und stiller Trauer nehmen wir Abschied.

Maria Helbing, geb. Koll
Kinder und alle Anverwandten

Hartleifstraße 6, 58455 Witten

Die Trauerfeier fand am Montag, dem 8. September 2003, in der Trauerhalle des ev. Friedhofes an der Pferdebachstraße statt. Die Beisetzung erfolgte anschließend auf dem Friedhof Ledderken.

Nach ewigen, ehrnen,
großen Gesetzen
müssen wir alle
unseres Daseins
Kreise vollenden.
Goethe

In Liebe und Dankbarkeit nehme ich Abschied von meiner Mutter

Edith Hoffmann

geb. Koepke

* 31. 7. 1912 in Allenstein — † 10. 9. 2003 in Grabau

Edith Wernicke, geb. Hoffmann

23845 Grabau

Statt Karten

Wir wollen nicht traurig sein, daß wir ihn verloren haben,
wir wollen dankbar sein, daß wir ihn gehabt haben.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater und Cousin

Richard Bläsner

geb. 20. 1. 1919 Argelothen, Kreis Tilsit-Ragnit — gest. 1. 9. 2003

In stiller Trauer
Gisela Bläsner
und Kinder, Enkel, Urenkel
und Anverwandte

An der Wasserburg 4, 44379 Dortmund

Nach langer schwerer Krankheit ist mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa, Schwager und Onkel

Fritz Wottrich

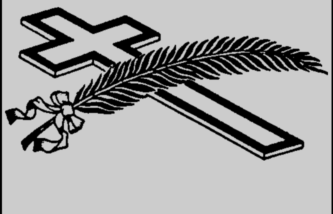
geb. 23. 1. 1933 in Redden, Kreis Wehlau
zuletzt wohnhaft in 23879 Mölln, Schmilauer Straße 36

am 21. September 2003 eingeschlafen.

Wir werden Dich nie vergessen.

Karla Wottrich, geb. Martens
Kinder
Enkelkinder
Urenkel
sowie alle Angehörigen

O welch eine Tiefe
des Reichtums,
beides, der
Weisheit und der
Erkenntnis Gottes!
Wie unbegreiflich
sind seine Gerichte
und unerforschlich
seine Wege!
Römer 11,33



Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
ist nicht tot, er ist nur fern!
Tot ist nur, wer vergessen wird.

Jürgen Kletke

* 25. 9. 1927 in Jorksdorf/Ostpreußen
† 22. 9. 2003 in Braunlage

Voller Trauer und großer Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem großartigen Menschen, meinem geliebten Mann, unserem liebevollen und großzügigen Vater, Opa und Schwiegervater, verständnisvollen Bruder, Schwager und Onkel. Sein Leben war Arbeit, Pflichterfüllung und stete Fürsorge für seine Lieben.
Wer ihn gekannt hat, weiß, was wir verloren haben.

Ilse Kletke, geb. Herdam
Petra Kletke mit Hendrik und Friederike
Georg und Claudia Grundei, geb. Kletke, **mit Julia und Christopher**
Fritz und Annemarie Kummetz, geb. Kletke
Karl-Heinz und Elke Kletke, geb. Langwadt
Hans Metje
und alle Angehörigen

Oberförster-Ulrichs-Straße 2, 38700 Braunlage

Die Beisetzung fand am Freitag, dem 26. September 2003, von der Friedhofskapelle Braunlage aus statt.

Das Ostpreußenblatt
Preußische Allgemeine Zeitung

ARBEITSTAGUNG

Bad Pyrmont – Wie in den vergangenen Jahren wird auch 2003 wieder, vom 17. bis 19. November, der Arbeitsring der Schulgemeinschaften Ostpreußens zu seiner alljährlichen Arbeitstagung in Bad Pyrmont zusammenkommen. Thema der Tagung: „Geschichts- und Kulturlandschaft Ostpreußen“. Neben dem Themenangebot wird auch von der Geschichts- und Kulturarbeit der Schulgemeinschaften berichtet, sowie von geplanten Arbeiten. Neben persönlichen Gesprächen der Tagungsteilnehmer wird auch das politische Tagesgeschehen seinen Platz finden. Nähere Informationen und Anmeldung bei Dr. Husen, Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen, Telefon (0 40) 4 14 00 80.

HINWEIS

Hamburg – Hinweis für vertriebene Grundeigentümer aus dem Memelland: Nach dem geltenden Völkerrecht ist der Anspruch auf das Grundeigentum ein unverjährbares Recht. Trotzdem raten Völkerrechtler, den Anspruch auf das Eigentum zu erneuern. Der „Grundeigentümerverband der Vertriebenen e. V.“ (GVdV), Am Sumpfgraben 11, 22547 Hamburg verfügt jetzt über Vordrucke in litauischer Sprache, die Sie ausfüllen und an den Ministerpräsidenten in Wilna (Vilnius) senden. Unter Beifügung eines Freiumschlages sind die Vordrucke beim GVdV zu beziehen.

JUBILÄUM

Düsseldorf – Zur Feierstunde anläßlich ihres Jubiläums „50 Jahre Landsmannschaft Westpreußen in Nordrhein-Westfalen“ lädt die Landesgruppe am Sonnabend, 18. Oktober, 14.30 Uhr, in das Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Düsseldorf ein.

MIT SPANNUNG ERWARTET

Der jährliche Trakehner-Hengstmarkt in Neumünster wirft seinen Schatten voraus

Nach zehntägiger Reise über fast 5.000 Kilometer durch die gesamte Bundesrepublik resümiert Zuchtleiter Lars Gehrmann den Eindruck der Auswahl für den Trakehner Hengstmarkt 2003: „Der Körjahrgang 2003 verspricht eine größere Spitzengruppe als im Vorjahr. Die Vorzeichen für mehrere zukünftige Spitzenhengste sind klar erkennbar.“

Der Katalog umfaßt 53 Hengste, die unter den fast 200 vorgestellten Junghengsten für Neumünster vorgeschlagen wurden. Von den 28 Hengstvätern haben nicht weniger als 17 selbst im Turniersport Erfolge bis einschließlich Klasse S auf ihrem Konto. Mit sechs Söhnen ist der ehemalige Bundeschampionats-Finalist Buddenbrock am stärksten vertreten, gefolgt von dem Siegerhengst Freudenfest mit fünf Söhnen, sowie von den Beschälern Hohenstein und Latimer mit jeweils vier Köraspiranten. Drei Nachkommen hat Kasparow vorzuweisen, der genau wie Freudenfest seinen ersten Körjahrgang stellt. Andere prominente Väter sind zum Beispiel Solero, Hockey, Friedensfürst, Charly Chaplin, Michelangelo oder auch die drei erfolgreichen ehemaligen Siegerhengste Gribaldi, Münchhausen und Monteverdi.

Eine erstklassige Reitpferdekollektion suchte der Hamburger Dressurreiter und Ausbilder Jürgen Böckmann aus. Sie besteht aus 25 Pferden im Alter von drei bis sieben Jahren. Von diesen Pferden haben nicht weniger als 15 bereits Siege und Plazierungen in Turnierprüfungen aufzuweisen. Dazu gehören nicht nur Reitpferdeprüfungen, sondern auch Eignungsprüfungen, Dressurpferdeprüfungen der Klassen A und L und M-Dressuren. Diese erstklassige Quote wird ergänzt durch drei Siegerinnen in Stutenleistungsprüfungen, so daß die Faktoren Rittigkeit, Bewegungsqualität und Temperamentssicherheit ganz im Vordergrund der Auswahlkriterien standen. Ausprobiermöglichkeiten für die Reitpferde sind in Tasdorf (bei Neumünster) ab dem 29. September gegeben. Mit dem Trainingsleiter Jürgen Böckmann, Mobiltelefon (01 77) 8 39 10 20, können Sie jederzeit telefonisch einen Termin vereinbaren. Die ebenfalls streng ausgesuchte Gruppe der Zuchtstuten umfaßt in diesem Jahr vier zweijährige Stuten und zwölf dreijährige und ältere Stuten. Von den dreijährigen und älteren Stuten sind alle Stuten leistungsgeprüft. Von den älteren Stuten sind sieben Auktionskandidatinnen gedeckt und tragend von so bekannten Hengsten wie zum Beispiel Schwadroneur, K2 oder Hohenstein. Drei Stuten kommen bereits mit Siegertiteln nach Neumünster: Herzlicht (v. Münchhausen), die beste Dreijährige im Zuchtbezirk Rheinland 2003, Phaedra (v. Peron jr.), Eintragungssiegerin im Zuchtbezirk Rheinland-Pfalz/Saar und die dänische Trakehner Siegerstute Princess (v. Gribaldi), die die starke Kollektion ebenso bereichert, wie die dänische Reservesiegerin Kaprice (v. Schwadroneur). Alle nicht tragenden Stuten sind in diesem Jahr erstmals röntgenologisch untersucht.

Auch die Auswahl zur Fohlenauktion 2003 kann sich sehen lassen. Neun Hengstfohlen und sieben Stutfohlen aus besten Blutlinien bilden diese ausgewogene Kollektion. Der Siegerhengst K 2 ist mit vier Fohlen aus dem ersten Jahrgang der am häufigsten vertretene Fohlenvater. Aber auch Axis, Insterburg und Cadeau debütieren mit ihren ersten Kindern in Neumünster. Hinzu kommen begehrte Fohlenväter wie Biotop, Münchhausen, Sixtus oder Key West. **L. G.**

VERANSTALTUNGSVERLAUF

Donnerstag, 23. Oktober:
13 Uhr: Messen und Musterung der Hengste auf hartem Boden, 17 Uhr Präsentation der Reitpferde, anschließend zwangloser Treffpunkt Holstenhallenrestaurant.

Freitag, 24. Oktober:
8.30 Uhr, Freispringen der Hengste; 11 Uhr, Präsentation der Reitpferde in Halle 5; 13 Uhr, Mittagspause; 14.30 Uhr, Musterung der Hengste auf dem Dreieck; 20 Uhr, Züchter- und Reiterball mit Abendessen (Tanz ab 22 Uhr).

Sonnabend, 25. Oktober:
8.30 Uhr, Freilaufen der Hengste (Teil I); 10 Uhr, Auswahl der Jahressiegerstute; 11 Uhr, Freilaufen der Hengste (Teil II); 12.30 Uhr, Mittagspause, 14 Uhr, Präsentation der Auktionsfohlen und -stuten und der Reitpferdekollektion; 16.30 Uhr, Körung und Ermittlung der Prämienhengste sowie des Siegers und Reservesiegers; 20 Uhr, Große Trakehner Galaschau; anschließend Gala mit Tanz.

Sonntag, 26. Oktober:
9.30–11.30 Uhr, letzte Präsentation der Reitpferde, Stuten und Fohlen im bunten Wechsel in Halle 5; 12 Uhr, Beginn der Auktion.

Kartenbestellung:
Hallenbetriebe der Stadt Neumünster, Justus-von-Liebig-Straße 2–4, 24537 Neumünster, Telefon (0 43 21) 91 00, Fax (0 43 21) 91 01 14, E-Mail: patricia.doose@holstenhallen.com. Infos und Katalogbestellung (18 Euro vorab inklusive Porto): Trakehner GmbH, Postfach 2729, 24517 Neumünster, Telefon (0 43 21) 9 02 70, Fax (0 43 21) 90 27 29, Internet: www.trakehner-verband.de und E-Mail: info@trakehner-verband.de



„Grimma: Flutbilder – Bilderflut“ – Das Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus war Gastgeber einer Ausstellung der Stadt Grimma und des dortigen Kreismuseums. In Zusammenarbeit mit dem Heimatverein Düsseldorfer Jonges e.V. präsentierte die Stiftung die beeindruckende Foto-Dokumentation „Grimma: Flutbilder – Bilderflut. Ein Jahr nach der Flut“. Die Präsentation enthielt vor allem Aufnahmen aus der Zeit des „Jahrtausendhochwassers“, aber auch Motive, die den Wiederaufbau zeigten. Die von der Flut betroffenen Bürger der sächsischen Kreisstadt erfreuten sich reger Unterstützung und Hilfsaktionen, unter anderem auch von seiten des Düsseldorfer Heimatvereins. **Dieter Göllner**

EUROPA VOLLENDEN

BdV gedenkt aller Opfer von Flucht und Vertreibung

Europa endet nicht an Oder und Neiße oder am Bayerischen Wald. Wir wissen das aus eigener Erfahrung“, betonte Erika Steinbach MdB, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, anläßlich der Kundgebung zum diesjährigen Tag der Heimat in Düsseldorf.

Seit 1950 widmet der Bund der Vertriebenen jährlich den Tag der Heimat dem Gedenken all jener, die gewaltsam aus ihrer Umgebung herausgerissen, vertrieben und getötet wurden. Ende September hatte im Düsseldorfer Renaissance-Hotel die nunmehr 54. Gedenkveranstaltung stattgefunden. Zur Kundgebung waren zahlreiche Gäste gekommen, darunter hochrangige Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und sozialen Lebens sowie Vertreter verschiedener nordrhein-westfälischer Kulturinstitutionen und nicht zuletzt vieler Landsmannschaften. Der traditionelle Fahneneinmarsch, vorgestellt durch Hartmut Stelzer, stellvertretender Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien und die Totenehrung von Edith Koitka, stellvertretende Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes Düsseldorf, leiteten die Kundgebung ein. Von seiten der Veranstalter wandten sich Christoph Wylezol, Vorsitzender des BdV, Kreisverband Düsseldorf, und Heinz Butzbach, stellvertretender Vorsitzender, sowie der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Joachim Erwin, an das Publikum. Das musikalische Begleitprogramm enthielt Darbietungen der Bundesschützenkapelle und der „Düsseldorfer Chorgemeinschaft“ unter Leitung von Karin Kämpf sowie Interpretationen der schlesischen Mädchengruppe „Silesia/ Rübezahl“ und beeindruckende Rezitationen von Gisela Limmer-von Massow.

Mit Spannung wurde der Höhepunkt der Kundgebung, die Festrede von Erika Steinbach MdB, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, erwartet. Die engagierte Politikerin erläuterte in ihrer Festrede unter anderem die Bedeutung des diesjährigen Mottos des Heimattages „Mit Menschenrechten Europa vollenden“, das vor dem Hintergrund der europäischen Osterweiterung auserkoren wurde. Einen bedeutenden Stellenwert hatten auch die gegenwärtigen Diskussionen um das „Zentrum gegen Vertreibungen“. Erika Steinbach schloß ihre bewegende Rede mit den Worten: „Wir gedenken der Toten und mahnen die Völker der Welt, Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit als Mittel von Politik zu ächten.“ **M. D.**



Kämpft für die Rechte der Vertriebenen: *Erika Steinbach.* Foto: BILDSCHÖN

DIAVORTRÄGE

Hamburg – Seine aktuelle Diaschau „Das neue Bernsteinzimmer – Petersburg und das achte Weltwunder“ zeigt Helmut Peitsch an folgenden Tagen: Donnerstag, 23. Oktober, 15.30 Uhr, in der Stadthalle Osnabrück (Osnabrücker Land 1 und 2). Der Eintritt für Mitglieder beträgt 2 Euro, Nichtmitglieder zahlen 5 Euro. – Freitag, 31. Oktober, 19.30 Uhr, Grundschule Altkloster, Buxtehude, Eintritt 5 Euro. – Donnerstag, 6. November, 19.30 Uhr, Augustinum, Am Hohen Tore 4A, Braunschweig. Eintritt 2,50 Euro. – Sonntag, 9. November, 11 Uhr, Universitätshauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee 1, Hörsaal A, Hamburg. Eintritt 7 Euro.

JAHRESTAGUNG

Remagen/Rhein – Zu seiner Jahrestagung lädt das Preußeninstitut/Zollernkreis vom 17. bis 19. Oktober in die Regimentshalle der Bonner Königshusaren, Am Sportplatz 1, Remagen ein. Anmeldungen bitte umgehend an die Geschäftsstelle des Preußeninstituts, Postfach 120244, 42823 Remscheid, Telefon (0 21 91) 97 27 21 oder Fax (0 21 91) 97 27 23. Dort erhält man auch nähere Informationen. Der Tagungsbeitrag beträgt 45 Euro, inklusive Buffet am festlichen Abend und Busfahrt nach Koblenz.

LANDESTREFFEN

Neubrandenburg – Ihr 8. Landestreffen veranstaltet die Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern am 11. Oktober, 10 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Schwedenstraße / Kulturpark, Neubrandenburg. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise, Angehörige und Interessenten sind herzlich eingeladen. Die Gäste erwartet ein reiches Informations- und Kulturprogramm. Die Festansprache hält Dr. Jürgen Danowski vom Bundesvorstand der LO. Weitere Informationen gegen Rückporto bei Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 4 56 88.

PRUSSIA

Duisburg – Ihre Vortragsreihe setzt die Prussia am Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, im Museum „Stadt Königsberg“, Karmelplatz 5, fort. In Weiterführung dieser Reihe befaßt man sich mit „Preußen und Deutschland aus der Sicht seiner Nachbarn“. Das Programm des Tages: 11 Uhr, Prof. Dr. Georges-Henri Soutou (Paris), Vortrag „Preußen und Deutschland aus französischer Sicht seit dem 19. Jahrhundert: eine Frage im Kern des französischen Kulturlebens und der französischen Außenpolitik“. Nach der Mittagspause, gegen 14 Uhr, spricht Dr. Robertas Kupstas (Wilna) über „Litauen und Preußen, Konsequenzen der langjährigen Nachbarschaft“. Zum Abschluß referiert Pfarrer i. R. Lorenz Grimoni zum Thema „Bericht über den Verbleib Königsberger Kulturgüter in Bibliotheken und Museen von Polen“. Gäste sind herzlich willkommen.

VERBANDSTREFFEN

Bad Lauterberg – Ihr Verbandstreffen mit Jahreshauptversammlung veranstaltet von Freitag, 17., bis Sonntag, 19. Oktober, der Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen im Großen Saal des Kurhauses von Bad Lauterberg. Nähere Auskünfte bei H. Mietz, Telefon und Fax (0 49 21) 5 63 29, E-Mail: info@traditionsverband.de, Internet: www.traditionsverband.de

Der Befehl des Gewissens

Preußen zog in der Stunde der Not als Hoffnungsträger der Nation die Besten des Landes an / Von Rüdiger Ruhnau

Am Anfang der preußischen Reformbewegung standen die militärische Niederlage und der sie besiegelnde, demütigende Tilsiter Friede. In den Tagen der Schmach fand der König die mannhaften Worte: „Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat.“ Wohl erkannten auch die Österreicher, daß eine Wiederaufnahme des Kampfes gegen Napoleon nicht auf der Basis der alten Heeresstruktur erfolgen könne; das Volk als Ganzes müßte zu den Waffen greifen. Aber in Wien überwog dann doch die Furcht, die bewaffneten Massen könnten sich möglicherweise gegen die Monarchie selbst richten. Anders in Preußen, dem einzigen Land, das seine reformerischen Ideen den deutschen nationalen Belangen unterordnete. Der Friede zu Tilsit hatte im Königreich Preußen Energien freigesetzt, die, in praktische Politik umgesetzt, das napoleonische Imperium am Ende hinwegfegten.



Karl Freiherr vom und zum Stein: *Der 1757 geborene Staatsreformer kam aus Nassau.*

Für jene Männer, die sich nach Tilsit um Friedrich Wilhelm III. scharten, bedeutete Preußen nicht nur Selbstzweck. Der Reichsgedanke beseelte sie. Mit ihren geplanten Reformen hofften sie, das Land zu einem Kristallisationspunkt für die übrigen deutschen Stämme zu machen und damit zur Einheit des Reiches beizutragen. Diese Männer, die dem Befehl des Gewissens folgten, die den Postulaten der Kantischen Philosophie gehorchten und das friderizianische Erbe weiterzugeben gedachten, waren beileibe nicht alle Preußen. Scharnhorst und Hardenberg waren Hannoveraner, auch die Geburtsorte von Gneisenau, Fichte, Steffens, Niebuhr und Arndt lagen nicht in Preußen. Sie wurden Preußen aus Überzeugung.

Nach dem Tilsiter Frieden verweilte die Königsfamilie noch fast zwei Jahre in Ostpreußen, dort brachte die von allen verehrte Königin Luise ihr achtes und neuntes Kind zur Welt. Im Winter wohnte die Familie im Königsberger Schloß, denn in Berlin standen immer noch französische Truppen. Die ostpreußische Metropole war nun die Hauptstadt Preußens, wobei die unmittelbare Verbindung zum Königshaus das Nationalbewußtsein in der östlichen Provinz ungemein stärkte. Max v. Schenkendorf, Karl v. Clausewitz, Theodor v. Schön, Leopold v. Schrötter, Wilhelm v. Humboldt und Hermann v. Boyen, sie alle geborene Preußen, hatten hervorragenden Anteil an der Neubegründung des preußischen Staates. Daß sich der neue Geist nach wenigen Jahren zur machtvollen Erhebung aufschwingen konnte, war vor allem das Verdienst von Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum Stein. Der Reichsfreiherr, auf dem Schloß seiner Vorfahren in Nassau an der Lahn geboren, trat nach juristischem Studium an der Göttinger Universität in den Dienst des preußischen Staates. Als Grund für diesen Entschluß nannte er später die Verehrung für Friedrich den Großen. 1796 wurde Karl Freiherr vom und zum Stein zum Oberpräsidenten und Leiter der Verwaltung in den preußischen Gebieten Westfalens ernannt, wo er im Sinne des aufgeklärten Absolutismus an der Wohlstandshebung der Bevölkerung arbeitete. Die Lehren der Französischen Revolution, die zur blutigen Schreckensherrschaft und zur Militärdiktatur Napoleons führten, kritisierte er scharf. Die Verwirklichung echter Freiheit konnte er sich nur in der Weiterentwicklung alter deutscher Einrichtungen vorstellen.

Als die Franzosen den Rhein überschritten, wurde der Reichsfreiherr die Seele des diplomatischen und militärischen Widerstandes gegen Napoleon. Im Jahre 1804 als Minister in das Generaldirektorium nach Berlin berufen, stellte er in einer Denkschrift die Notwendigkeit einer Staatsreform heraus: „Der preußische Staat hat keine Staatsverfassung, die oberste Gewalt ist nicht zwischen Oberhaupt und den Stellvertretern der Nation geteilt.“ Das Generaldirektorium wollte er nach modernen Gesichtspunkten reformieren. Der König jedoch nannte Stein, der die Staatskasse von Berlin nach Königsberg gerettet hatte, einen „widerspenstigen, trotzigen, ungehorsamen Staatsdiener“, am 4. Januar 1807 erfolgte seine „Entlassung in höchsten Ungnaden“.

Napoleon selbst war es, der im Frieden zu Tilsit die Entfernung des ihm verhaßten preußischen leitenden Ministers, Karl August Fürst von Hardenberg, befahl und Stein zum Nachfolger vorschlug. Nachdem Friedrich Wilhelm III. seinen Groll über den respektlosen Reichsfreiherrn bezwungen und ihn in das Ministeramt zurückgerufen hatte, konnte vom Stein seine Pläne für die Selbstverwaltung weiter Bevölkerungsschichten verwirklichen. Innerhalb Jahresfrist, in der äußersten Not des Staates, hob er mit dem Edikt vom 9. Oktober 1807 zur Bauernbefreiung die bäuerliche Erbuntertänigkeit in ganz Preußen auf und beseitigte fast alle ständischen Beschränkungen.

Ihre sinngemäße Ergänzung fand die neue Befreiung des Landvolkes in der Einbeziehung des städtischen Bürgertums. Bisher war die städtische Bevölkerung von jeder Beteiligung am politischen Leben ausgeschaltet. Steins Ziel galt aber der Umbildung des folgsamen Untertanen zum verantwortungsbewußten Staatsbürger. Mit der unter Mitwirkung des Königsberger Polizeidirektors Frey entstandenen Städteordnung vom 19. November 1808 gewährte Minister vom Stein, „im Namen seiner Majestät, dem Bürgertum die kommunale Selbstverwaltung“. Künftig wählten die Städte ihre Magistrate selbst. Zwar existierte eine staatliche Oberaufsicht, aber die Gesamtheit der Stadtverordneten kontrollierte sämtliche Zweige ihres Gemeinwesens. Alle männlichen Bürger, die Grundeigentum oder ein Einkommen über 150 Taler jährlich besaßen, hatten das Stimmrecht zur Wahl der Stadtverordneten. Den Rechten und Pflichten des neuen Staatsbürgers mußte die Verpflichtung aller zur Verteidigung des Vaterlandes entsprechen. Mit größter Anteilnahme begleitete daher Reichsfreiherr vom Stein das Werk der Heeresreform.

Es ist schon erstaunlich, daß gerade in einer Zeit äußerster Demütigung, zeitweilig stand sogar der Fortbestand des Staates auf dem Spiele, solche vorbildlichen Fortschritte erzielt werden konnten. Der König hatte nach dem Desaster von Jena und Auerstedt eine Militär-Reorganisationskommission eingesetzt, an deren Spitze der General Gerhard Johann David v. Scharnhorst und der Oberstleutnant August Neidhardt v. Gneisenau standen. Beide sollten die Ursachen der Niederlage untersuchen, die Unfähigen aus der Armee entfernen, schließlich die notwendigen Reformen durchführen. Scharnhorsts Kommission räumte so gründlich im Offizierskorps auf, daß von den Generalen bis zum Befreiungskrieg nur noch zwei übrigblieben, nämlich Blücher und Tauentzien.

Gerhard v. Scharnhorst (1755–1813), Sohn eines Wachtmeisters, stand viele Jahre als Artillerieoffizier in hannoverschen Diensten, bevor er in die preußische Armee eintrat. Seit 1806 Direktor des Kriegsdepartments, bahnte er in zähen Verhandlungen den Weg für die allgemeine Wehrpflicht. Die militärische Disziplin sollte sich mehr auf das Ehrgefühl als auf den Strafkodex gründen, körperliche Strafen schaffte man ab. Der Dienst im Heere wurde zu einer Ehrenpflicht, die jeder waffenfähige Mann erfüllen sollte. Scharnhorst wollte die Armee zur Schule der Nation machen. Einer seiner Schüler, der junge Karl von Clausewitz, Direktor der späteren Kriegsakademie, ergänzte die Ideen des Reformers. Clausewitz trat für neue taktische Formen der Kriegsführung ein, bei gleichzeitiger Modernisierung von Waffen und Ausrüstung. Scharnhorst wußte nur zu genau, daß die Kampfkraft einer Armee von der Qualität ihrer Offiziere abhängt. Er räumte daher der Auswahl des Offizierskorps oberste Priorität ein. Bisher waren die Offiziersränge ausschließlich dem Adel vorbehalten gewesen, unabhängig davon, wieviel kriegerischer Geist ihm innewohnte. In einer Denkschrift des Militärreformers heißt es: „Sollen bloß adlige Kinder das Vorrecht haben, als Offiziere in zarter Kindheit eingestellt zu werden, während Männer mit Mut und Kenntnis ihnen untergeordnet sind, ohne jemals Aussicht auf Beförderung zu haben?“ Das Ziel Scharnhorsts, der selbst dem Bürgertum entstammte, bestand darin, den Bürger von höherer Bildung offiziersfähig zu machen. „Bildung“ war damit naturgemäß die zweite Prämisse, die er seiner Heeresreform voranstellte: „Soll die Bildung der Nation gedeihen, so muß das ganze Schulwesen auf den ursprünglichen Boden der Nationalität gegründet sein. Jede Nation ist ein in sich geschlossenes Ganzes, und das ganze Bildungsgeschäft hat auf dieses Ziel hinzuarbeiten.“ Gerhard v. Scharnhorst erlebte den Sieg über Napoleon nicht mehr, der Generalstabschef Blüchers starb 1813 an einer im Gefecht von Großgörschen erlittenen Verwundung.



Wilhelm Freiherr von Humboldt: *Der 1767 geborene Bildungsreformer war gebürtiger Preuße.*



Gerhard v. Scharnhorst: *Der 1755 geborene Heeresreformer stammte aus Bordenau.*

Was Scharnhorst und Gneisenau für die militärischen Reformen bedeuteten, vollzog auf dem Gebiete der Erziehung Wilhelm von Humboldt. Von Stein dem König persönlich vorgeschlagen, übernahm Humboldt die Leitung des preußischen Unterrichtswesens. Der 1767 in Potsdam geborene Freiherr Wilhelm v. Humboldt, vom Geist des Humanismus durchdrungen, befreundet mit Schiller und Goethe, diente zuvor als preußischer Gesandter beim Vatikan in Rom. In nur knapp zwei Jahren gelang Humboldt eine beeindruckende Leistung. Er mobilisierte die Kräfte des deutschen Bildungsstandes in einer Weise, wie es vorher nie der Fall war. Sein aus Volksschulen, höheren Schulen und Universitäten bestehendes dreistufiges Erziehungssystem schuf das humanistische Gymnasium, das mit dem Abitur abgeschlossen wurde.

Humboldt gründete 1810 die Berliner Universität. Seit ihrer Gründung zählte die heutige „Humboldt-Universität“ die hervorragendsten Gelehrten zu ihrem Professorenkollegium. Humboldts Forderung, daß der Staat zwar die finanziellen Mittel bereitstellen müsse, aber Eingriffe in die Lehre oder Forschung an den Universitäten nicht geduldet werden könnten, setzte sich durch. Erster Rektor der Berliner Universität wurde Johann Gottlieb Fichte. Der Philosoph Fichte, der schon vorher mit seinen berühmten „Reden an die deutsche Nation“ für die Erhebung gegen Napoleon gewirkt hatte, mußte seine Aussagen bewußt doppeldeutig halten, war er doch im französisch besetzten Berlin ständig von Spitzeln umgeben. Fichtes Hauptargument lautete: „Durch die Selbstsucht seiner Söhne wird das deutsche Vaterland ruiniert.“

Humboldts Plan einer nationalen Erziehung, darin war er sich mit Fichte völlig einig, sollte als scharfe Waffe gegen den Eindringling Anwendung finden. Noch kein halbes Jahrhundert war die kulturelle Emanzipation von Frankreich alt, das sollte nicht noch einmal vorkommen. Beide betonten die Einmaligkeit der deutschen Sprache, weil „durch sie das Volk existiere“; und weiter: Erziehung müsse die Liebe zum „Wahren, Schönen, Guten“ wecken. Die Begeisterung für den preußischen Freiheitsdrang war so groß, daß die Professoren Savigny und Niebuhr freiwillig Exerzierdienste leisteten und Fichte sich zum Landsturm meldete. Humboldts hohe ethische Auffassung von der Bildung als einer universalen Idee, die den ganzen Menschen erfassen müsse, blieb wirksam, so lange er die preußische Kulturpolitik leitete. Vermutlich aus persönlichen Gründen kam es zum Zerwürfnis mit dem leitenden Minister Fürst Hardenberg. Wilhelm v. Humboldt legte sein Amt nieder und ging als preußischer Gesandter an den Wiener Hof.

Karl August von Hardenberg, Sproß eines vornehmen hannoverschen Adelsgeschlechts, besaß das Ohr des Königs, der ihn in den Fürstenstand erhoben hatte. Er galt als geschmeidiger, zielbewußter Diplomat, im Umgang mit dem Monarchen viel gefälliger als der herrische Freiherr vom Stein. Stein mußte Ende 1808 zum zweiten Mal aus dem Amt scheiden, weil er in einem Brief, den die Franzosen abfingen, zum Volksaufstand gegen Napoleon aufgerufen hatte. Seit 1810, nun mit dem Titel eines Staatskanzlers, leitete Fürst v. Hardenberg die gesamte Politik. Er führte die Reformen Steins weiter, von deren Notwendigkeit beide Männer überzeugt waren. Im übrigen aber lagen ihre Ziele weit auseinander. Wenn Stein für Preußen wirkte, dann hatte er immer das ganze Deutschland im Auge, man könnte ihn als „Großdeutschen“ bezeichnen. Hardenberg ist im Gegensatz zu Stein nie ein deutscher Patriot gewesen, dieser „Aristokrat vom Scheitel bis zur Sohle“ war ein ausgesprochener Opportunist. Hardenberg vertrat den Grundgedanken, daß sich Preußen dem Zeitgeist angleichen müsse, er akzeptierte manche Lehren der Französischen Revolution und galt vielen als „liberaler Bürokrat“.

Ab 1810 war Berlin wieder Residenz des Königspaares. Der Übergang zu neuen Reformen konnte ohne große Erschütterungen vollzogen werden. Wenn auch nicht alle weitgesteckten Ziele erreicht wurden, so schuf doch die preußische Reformbewegung die Basis, auf der die preußische Erhebung und später die Regeneration Deutschlands stattfinden konnten.

INS LAND DER HOFFNUNG

Verschiedene Auswandererschicksale fesselnd verknüpft



Amerika! Noch heute träumen genügend Menschen davon, in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten auszuwandern. Zwar hat sich inzwischen gezeigt, daß auch in den USA und Kanada nicht jeder Tellerwäscher zum Millionär wird, trotzdem ist der Zauber noch nicht erloschen. Vor etwas mehr als einem Jahrhundert zog es allerdings mehr als 30 Millionen Menschen von Europa in die Neue Welt. Sie suchten dort ihr Glück und hofften der Not in ihrer Heimat zu entkommen.

Für viele Auswanderer war die Stadt Hamburg Zwischenstation auf dem Weg in ein neues, besseres Leben. Von hier aus fuhren die Auswandererschiffe der Hapag massenweise arme, gescheiterte Kreaturen, aber auch so manchen Abenteurer zu neuen Ufern.

Der Journalist und Schriftsteller Gerd Fuchs hatte sich schon vor einigen Jahren im Rahmen einer Ausstellung in Hamburg des Themas Auswanderer angenommen und daraus letztendlich einen Roman gestaltet.

In Ich-Form berichtet der verwegene Hapag-Werber Tatlin von seinem Beruf als Traumverkäufer, denn nichts anderes tut er, wenn er durch die armen Dörfer im Osten zieht und den Menschen von den Wundern der Neuen Welt erzählt. Er spielt mit ihren Hoffnungen und veranlaßt sie, das letzte Hab und Gut ihres traurigen Daseins gegen ein Ticket auf einem schwimmenden Koloß ins Ungewisse zu verpfänden. Aber nicht nur um das draufgängerische, sondern auch als haltlos empfundene Leben des Hapag-Werbers geht es im Buch „Die Auswanderer". Immer wieder schaltet der Autor das Schicksal einiger seiner Ticketkäufer zwischen. So das des mit Frau und Kind nach einem Pogrom fliehenden Rußland-Juden Simon Kantor, der Ordensschwester Alma, des Hamburger Hafenarbeiters Klaus Groth, der mit einem jüngeren Mann durchgebrannten vermögenden Kaufmannsgattin Karoline Ebel sowie des jungen, an der in Hamburg wütenden Cholera-Epidemie verzweifelten Arztes Albert Werth; sie alle wachsen dem Leser mit ihren Ängsten und Nöten schnell ans Herz.

Die Auswanderer treffen sich alle in Hamburg im Auffanglager der Hapag in der Speicherstadt. Gemeinsam reisen sie mit der Saxonia in teilweise menschenunwürdigen Unterkünften nach New York. Auf beengtem Raum lernen sich die verschiedenen Menschen kennen und helfen sich auch in ihrer beängstigenden Situation.

Zeitweise gelingt es dem Autor mit seinem Erzählstil zu fesseln und seine Figuren so lebensecht zu gestalten, daß der Leser mit ihnen mitfiebert und das Gefühl hat, sich in der Gruppe der Auswanderer zu befinden. Manchmal streift Gerd Fuchs wichtige Szenen bedauerlicherweise aber auch nur lieblos. Im Stakkato springt er von Szene zu Szene, von Schicksal zu Schicksal und verliert so inhaltlich wie sprachlich die Tiefe. Zudem erschwert er dem Leser so das Verständnis.

Wenn die Erwartungen des Lesers an manchen Stellen des Buches nicht befriedigt werden, liegt das daran, daß die Personen einem zeitweise wie gute Freunde nahe sind; eine Freundschaft, die der Autor leider nicht dauerhaft pflegt. Trotzdem bieten „Die Auswanderer" nicht nur packende Unterhaltung, sondern zeigen auf, was Menschen dazu bewegt, ihrer Heimat freiwillig den Rücken zu kehren. Empfehlenswert! **R. Bellano**

***Gerd Fuchs: „Die Auswanderer"**, Edition Nautilus, Hamburg 2003, geb., 254 Seiten, 19,90 Euro*

MAGISCHER MANTEL

Spannende Machtkämpfe vor historischer Kulisse

Es ist die Zeit des Minnesangs, in der der berühmte Walther von der Vogelweide seine Verse über die Heldentaten von Königen und Rittern verfaßt, als im mittelalterlichen Köln der Staufer Philipp und der Welfe Otto um den Thron ringen.



Im Vordergrund dieser historischen Kulisse hoffen zwei Frauen auf die Erfüllung ihrer Liebe. Die erste ist die Kaufmannstochter Mechthild, deren Mann gezwungen wird, sich in die gefährlichen Ränkespiele der zwei Thronanwärter einzumischen. Bei der zweiten handelt es sich um die Hofdame Johanna, die den Kreuzritter Konrad schon tot geglaubt hatte. Eines Tages taucht dieser mit einem geheimnisvollen Mantel aus dem Orient bei Hofe wieder auf. „Von einem würdigen Herrscher getragen, soll der Sternenmantel Macht und Ansehen verleihen." Besessen von der Frage nach dem richtigen Herrscher, hat Konrad jedoch kaum Augen für die ihn liebende Johanna.

Als der Mantel jedoch durch ein Unglück unwiderruflich zerstört wird, bekennt Konrad sich zu seiner Liebe zu Johanna und gesteht, den Mantel gestohlen zu haben. Er reist mit ihr zurück nach Damaskus, um Absolution vom ehemaligen Besitzer des Sternenmantels zu erhalten.

Ob ihm diese zuteil wird und wie letztendlich der Welfe Otto seinen Anspruch auf den Thron geltend macht, ist eine interessante Geschichte, um die sich viele weitere menschliche Schicksale ranken.

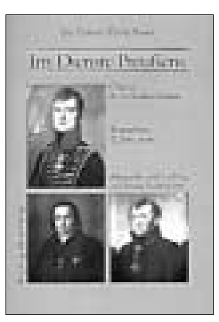
„Der Sternenmantel" ist spannend geschrieben, und die verschiedenen Schauplätze sind atmosphärisch sehr dicht beschrieben. Allenfalls die Tatsache, daß die Frauen zumeist die klugen vorausschauenden Heldinnen sind, während die Männer durch ihre unbedachten Taten erst die Probleme erschaffen, könnte so manchem Leser auf den Magen schlagen. Da es sich bei Katja von Glans neuem Roman aber um einen unterhaltsamen Frauenroman handelt, war es nicht anders zu erwarten und auch nicht anders erwünscht.

Wer an einem regnerischen Wochenende das Bedürfnis verspürt, sich mit einem unterhaltsamen Schmöker auf die kuschelige Couch zurückzuziehen, ist mit diesem Buch garantiert gut beraten. **A. Ney**

***Katja von Glan: „Der Sternenmantel"**, nymphenburger, München 2003, gebunden, 446 Seiten, 22,90 Euro*

ZUM WOHLE PREUSSENS

Leistungen dreier zu Unrecht vergessener Persönlichkeiten



Denken wir an Preußen, denken wir sofort an Friedrich den Großen und Bismarck. Doch sie alleine waren nicht Preußen. Sie hatten viele Fachleute, die ihnen zuarbeiteten, damit sie auf den unterschiedlichsten Gebieten die bekannten Erfolge erzielen konnten. Eva Ziebura und Frank Bauer haben sich nun des gebürtigen Franzosen Charles de La Roche-Aymon sowie Alexander und Ludwig zu Dohna-Schlobittens näher angenommen und belegen in ihrem Buch „Im Dienste Preußens" die Leistungen dieser drei Männer.

Charles de La Roche-Aymon floh in den Wirren der Revolution aus Frankreich und fand als Adjutant des Prinzen Heinrich von Preußen schnell seinen Platz. Als preußischer General focht er nach dem Tode des Prinzen für sein selbstgewähltes Vaterland und leistete zur Preußischen Heeresreform einen beachtlichen Beitrag. Auch Alexander und Ludwig zu Dohna-Schlobitten sind zwei wichtige Persönlichkeiten der preußischen Geschichte. Die von ihnen gegründete Landwehr 1813 war für Preußen gerade zur Zeit der Befreiungskriege von unschätzbarem Wert.

Mit Hilfe von im Buch abgedruckten Briefen erhält der Leser zusätzlich einen Eindruck von diesen drei Männern, denen das Wohl Preußens sehr am Herzen lag. **R. B.**

***Eva Ziebura / Frank Bauer: „Im Dienste Preußens"**, Kupfergraben Verlag, Berlin 2003, geb., 285 Seiten, 26,50 Euro*

MIT WÜTENDEN ATTACKEN BEDACHT

Joachim Hoffmanns Arbeit über die »Russische Befreiungsarmee« mißfällt nicht nur dem Zeitgeist



In den letzten acht Jahren haben zwei Wanderausstellungen eine Fülle von Veröffentlichungen ausgelöst, die sich meist einseitig und fachlich fragwürdig mit dem Thema „Verbrechen der Wehrmacht" befaßten. Vor diesem Hintergrund ist das Verdienst von Joachim Hoffmann zu würdigen, daß er noch kurz vor seinem Tod eine ergänzte Neuauflage seiner „Geschichte der Wlassow-Armee" gegen alle Widerstände abgeschlossen hat, die 2003 im Buchhandel erschien. Dieses Schlüsseldokument der deutsch-russischen Beziehungen bestätigt die Erkenntnis, die Clausewitz aus der Niederlage Napoleons in Rußland 1812 gewonnen hat und die auch im 20. Jahrhundert galt: „Das russische Reich ist kein Land, das man erobern, das heißt besetzt halten kann, ... es kann nur bezwungen werden durch eigene Schwäche und durch Wirkungen des innern Zwiespalts."

Spätestens im März 1939 zeigte sich mit der Besetzung Böhmens und Mährens, daß Hitler bereit war, für seine Wahnidee, dem deutschen Volk Lebensraum im Osten zu schaffen, einen Krieg in Kauf zu nehmen. Bereits am 4. Februar 1938 hatte er schlagartig durch umfangreiche personelle Veränderungen im Staatsapparat alle Macht in seinen Händen konzentriert. Der ihm hörige General Keitel wurde zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Ribbentrop zum Außenminister ernannt.

Am 22. Juni 1940 besiegelte ein Waffenstillstand die Niederlage Frankreichs nach einem kurzen Feldzug. Hitler sah sich gegenüber allen Warnungen führender Militärs aufgrund ihrer Erfahrungen von 1914/18 gerechtfertigt. Der Mythos Blitzkrieg war geboren, und damit die Hybris, der deutsche Soldat sei unbesiegbar. Genau ein Jahr später überschritten zwei Millionen deutsche Soldaten die Grenzen der Sowjetunion, überwiegend in der Zuversicht, ein Blitzkrieg würde zu einem raschen Sieg führen.

Hoffmann beginnt mit der Schilderung der Reaktion der Bevölkerung eines gnadenlosen Überwachungs- und Terrorstaates, die sehen mußte, wie die Zerstörungs- und Evakuierungsmaßnahmen in den Rückzugsgebieten ihre künftige Existenzgrundlage zerstörten und die in Ostgalizien kurz vor dem Einmarsch den Massenmord des NKWD an mißliebigen Bürgern erlebte. Sie begrüßte deshalb die deutsche Armee nicht in Haß und Feindschaft, sondern meist freundlich und aufgeschlossen. Millionen von Rotarmisten bis zum General gingen lieber in Kriegsgefangenschaft, statt die Sowjetheimat und den Genossen Stalin bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Jeder Soldat sah damals, was Hoffmann in dem entscheidenden Satz zusammenfaßt: „Hier lag ein nahezu unerschöpfliches Menschenreservoir, das den Zwecken einer politischen Kriegsführung gegen das Sowjetregime hätte nutzbar gemacht werden können."

Stalin konnte aufatmen, als die Deutschen nicht daran dachten, die Mitwirkung seiner befreiten Landsleute zu nutzen, und als das russische Volk vielfach Mißachtung und Kränkung seines Nationalstolzes durch die Besatzungsbehörden erfahren mußte. Dies gab ihm die Möglichkeit, den nationalen Gedanken eines vaterländischen Krieges für den Überlebenskampf seines Regimes zu nutzen.

Hitlers Direktiven verboten ausdrücklich, die einzigartigen Chancen zu nutzen, im Gegenteil, an die Stelle eines Befreiungskrieges trat ein kolonialer Eroberungskrieg, in dem der Gegner zum Heloten gestempelt und ihm die Selbstbestimmung verweigert wurde. Die Behandlung der Kriegsgefangenen und die Judenmassaker der Einsatzgruppen förderten den Zulauf zu den Partisanen und die Ausweitung ihres barbarischen Krieges. Der Vorwurf für diese Entwicklung trifft auch die Wehrmachtsführung. Sie war wider besseres Wissen nicht fähig oder willens, sich gegen die Forderungen Hitlers durchzusetzen.

Trotzdem gab es Wege für die Heeresführung, von unten her rund eine Million Sowjetbürger aus freiwilligen deutschen Einheiten oder eigenen Einheiten unter deutschem Kommando im Osten einzugliedern. Das Ziel war jedoch, eine verbündete russische Nationalarmee durchzusetzen. Anhand fundierter Quellen schildert Hoffmann das dramatische Ringen um die Anerkennung der seit Anfang 1943 betriebenen Aufstellung der „Russischen Befreiungsarmee" (ROA) unter dem in Gefangenschaft geratenen charismatischen General Wlassow, die Hitler viel zu spät erst am 28. Januar 1945 bestätigte. Zwei Divisionen kamen noch an die Front. Die deutsche Kapitulation und die Tragödie der Beteiligung am Prager Aufstand der Tschechen bereiteten auch der ROA ein bitteres Ende. Die Hoffnung Wlassows, als „Dritte Kraft" die Anerkennung der Anglo-Amerikaner zu finden, erfüllte sich nicht. Die Briten lieferten die in Gefangenschaft geratenen Verbände gnadenlos den Sowjets aus und machten noch lange danach Jagd auf die Untergetauchten.

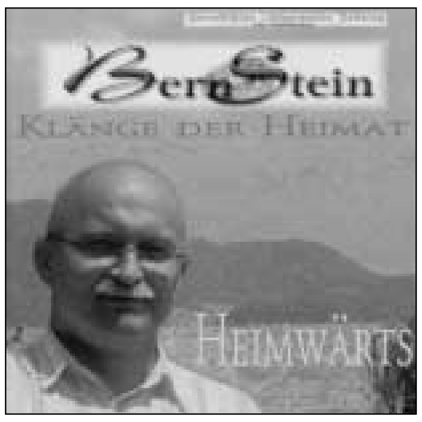
Joachim Hoffmanns Buch, die erste wissenschaftliche Behandlung der Wlassow-Armee, erschien 1984 als „Einzelschrift" des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA), dem der Verfasser 35 Jahre als wissenschaftlicher Direktor angehörte. Es fand im In- und Ausland großen Widerhall. Auch die Sowjetunion konnte es nicht ignorieren, denn auch dort wurde seine Existenz bekannt und anfangs mit wütenden Attacken bedacht. Trotzdem lehnte das MGFA 1991 ein seriöses Angebot aus St. Petersburg, eine russische Ausgabe zu veröffentlichen, ebenso ab wie eine Neuauflage des Buches im Jahr 1997. Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß Hoffmann in seinem Buch „Stalins Vernichtungskrieg" eine Präventivkriegsthese vertritt, die auch der Rezensent für fraglich hält.

Der Verfasser übertrug deshalb seine Rechte dem Herbig-Verlag. Er sieht den Grund für das Verhalten des Amtes in den „bestimmenden Kräften im MGFA, die auch zu Fürsprechern der von Fehlern und Fälschungen nur so wimmelnden Hetzausstellung gegen die Wehrmacht gehörten, und die an einer Verbreitung der historischen Wahrheit über Wlassow und die Russische Befreiungsarmee kein Interesse hatten".

Die verdrängte Wahrheit des Buches lautet darüber hinaus: In den Direktiven Hitlers zur Kriegsführung liegt das zentrale Verbrechen, das den Gegner ebenso traf wie die eigene Bevölkerung und ihre Soldaten. Nur ein gebrochenes, vom Zeitgeist geprägtes Geschichtsverständnis kann statt dessen in der These von der „verbrecherischen Organisation Wehrmacht" das zentrale Thema des Ostfeldzuges sehen. **Meinrad v. Ow**

***Joachim Hoffmann: „Die Tragödie der ‚Russischen Befreiungsarmee' 1944/45. Wlassow gegen Stalin"**, Herbig Verlag, München 2003, geb., 400 Seiten mit 30 Abbildungen und Kartenskizzen, 29,90 Euro*

PREUSSISCHER MEDIENDIENST



HEIMWÄRTS – Klänge der Heimat

Wieder zieht uns BernStein mit seinen sehnsuchtsvoll vorgetragenen Liedern in seinen Bann.

Neue Text und neu arrangierte Lieder von BernStein sowie bekannte Melodien bringen Erinnerungen an die Heimat.

CD **15,00 €**

Der große Kosmos Naturführer

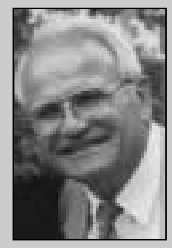
Tiere und Pflanzen

Geb., 447 S.
1389 Farbfotos

Jubiläumspreis
nur 15,00 €



Heinz Buchholz erzählt die Geschichte seiner Kindheit, die sich zwischen Krieg und Frieden in Ostpreußen und auf der Flucht gen Westen abgespielt hat. Aufgewachsen auf einem Gut, dem Hochmannshof, in der Nähe der litauischen Grenze, muß die Familie im August 1944 vor den Russen flüchten.



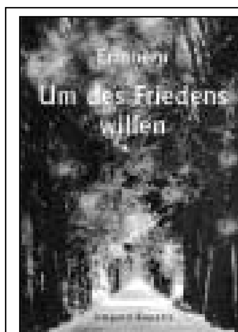


Letztendlich geht's übers zugefrorene Frische Haff nach Danzig.

Buchholz, Heinz
Iwan, das Panjepferd
Geb., 256 S. **19,90 €**



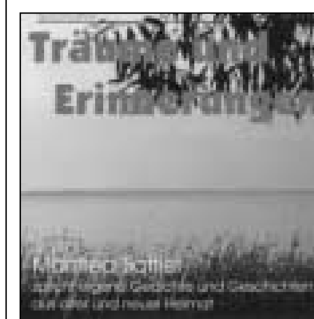
Schneidereit, Otto A.
Zwischen zwei Weltkriegen
Eine Jugend in Ostpreußen
Kart., 320 S.
14,90 €



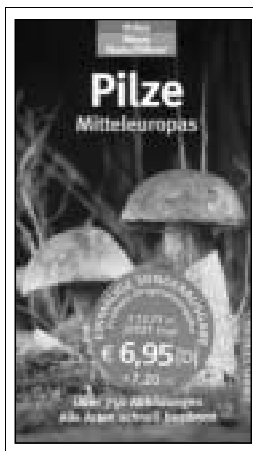
Ropertz, Irmgard
Erinnern Um des Friedens willen
Damit nicht alles in Vergessenheit gerät, möchte ich deshalb von meinem Leben in meiner früheren Heimat erzählen, aber auch von den Kriegserlebnissen, von der Flucht und ebenso von der Nachkriegszeit …
Kart., 260 S. **16,00 €**

Manfred Sattler liest …





Träume und Erinnerungen
Manfred Sattler spricht eigene Gedichte und Geschichten aus alter und neuer Heimat
CD **15,00 €**



Pilze
Mitteleuropas
Über 750 Abbildungen, alle Arten schnell bestimmen
Kart., 255 S.
Statt 12,77 €
jetzt nur 6,95 €



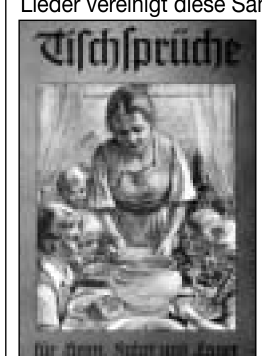
Unser Sternenhimmel
mit Sonnen-, Mond- und Planetenlauf
52 Sternbilder schnell bestimmen, mit 115 Sternkarten und über 90 Fotos
Kart., 255 S.
Statt 12,77 €
jetzt nur 6,95 €

Langbein, Walter-Jörg
Lexikon der biblischen Irrtümer
Was steht wirklich in der Bibel?



Wo irrten sich die Verfasser der Bibel? Wo gibt es krasse Widersprüche zwischen Berichten zum gleichen Thema? Wo wurde falsch übersetzt? Wo irrten sich moderne Interpreten und Theologen?
Geb., 352 S. **22,90 €**

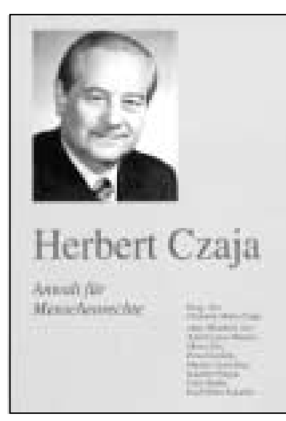
Tischsprüche
für Heim, Fahrt und Lager
Über 300 Tischsprüche sowie einige Lieder vereinigt diese Sammlung in sich. Altes Brauchtum von hohem erzieherischen Wert lebt hierin auf und soll wieder aufgegriffen und mit Freude gepflegt werden. Inkl. einer DIN-A4-Bildtafel



Geb., 128 S. **13,50 €**



Juhnke, Susanne und Wedekind, Beate
In guten und in schlechten Tagen
S. Juhnke, Tochter einer Ostpreußin, schreibt über ihr wechselvolles Leben mit Harald Juhnke. „Wir hatten doch alles, was das Herz begehrte. Dass wir einmal so viel Leid erfahren würden, das lag vollkommen jenseits meines Vorstellungsvermögens …"
Geb., 410 S. **19,90 €**



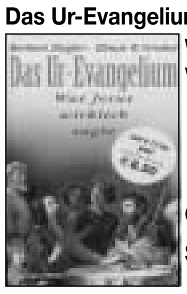
Herbert Czaja
Anwalt für Menschenrechte
Dies Buch zeichnet Czajas öffentliches Wirken nach und zeigt wesentliche Aspekte seiner Tätigkeit auf.
Geb., 424 S. **24,50 €**

Sonderangebote



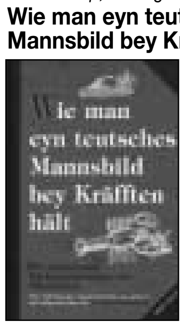
Heyerdahl, Thor
Laßt sie endlich sprechen
Die amerikanischen Ureinwohner erzählen ihre Geschichte.
Geb., 304 S.
Statt 19,90 €
jetzt **9,90 €**

Das Ur-Evangelium
Was Jesus wirklich sagte



Geb., 208 S.
Statt 17,90 €
jetzt **8,50 €**

Fahrenkamp, H. Jürgen
Wie man eyn teutsches Mannsbild bey Kräfften hält



Die vergessenen Küchengeheimnisse des Mittelalters
Geb., 160 S.
Nur 8,95 €



Frischler, Kurt
Das Abenteuer der Kreuzzüge
Heilige, Sünder und Narren
Geb., 384 S.
Statt 19,90 €
jetzt **9,90 €**



Höfer, Manfred
Die Kaiser und Könige der Deutschen
Geb., 428 S.
Statt 19,90 €
jetzt **9,90 €**

Reinoß, Herbert
Letzte Tage in Ostpreußen



Erinnerungen an Flucht und Vertreibung
Geb., 335 S.
Statt 19,90 €
jetzt **9,95 €**

Lincoln / Baigent / Leigh
Der heilige Gral und seine Erben
Ursprung und Gegenwart eines geheimen Ordens. Sein Wissen und seine Macht.



Geb., 472 S.
Statt 21,47 €
jetzt nur 9,95 €

Höhne, Heinz
Der Orden unter dem Totenkopf
Die Geschichte der SS



Die Geschichte eines Männerordens, der Polizei, Geheimdienste, Reichskanzlei, Konzentrationslager und Wirtschaft kontrollierte.
Geb., 600 S. **nur 9,95 €**



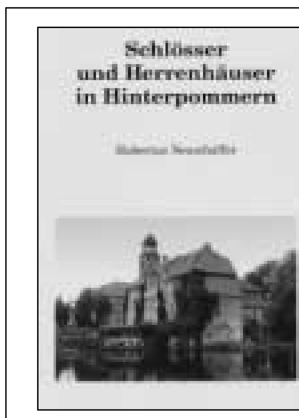
Siedler, Wolf Jobst
Abschied von Preußen
Geb., 216 S.
Statt 24,54 €
jetzt nur 12,00 €



Reichling, Gerhard
Die deutschen Vertriebenen in Zahlen
Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985
Kart., 72 S. **7,16 €**



Otten, Ursula
Erinnerungen vor Sonnenuntergang
Eine Jugend in Masuren
TB, 148 S. **12,90 €**



Neuschäffer, Hubertus
Schlösser und Herrenhäuser in Hinterpommern
Kart., 298 S. **20,35 €**



Die Kunst des Tarot
Buch & Tarot-Karten
Statt 22,00 € **nur 7,95 €**

RUNEN, das Orakel der Germanen



Wahrsage-Set aus:
- ✔ **Runen-Handbuch**
- ✔ **25 hochwertigen-Runensteinen**
- ✔ **Leinen-Säckchen**

Nur 12,50 €

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: **PREUSSISCHER MEDIENDIENST**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: ____________ Name: ____________

Straße, Nr.: ____________

PLZ, Ort: ____________ Telefon: ____________

Ort, Datum: ____________ Unterschrift: ____________

40/2003

Quer durchs Beet

Berlin blamiert sich in Sydney

Sie sollte ein Spiegel von Deutschlands Wirtschaft und Politik im fernen Australien werden – und in der Tat, das wurde sie: die „Australia German Business Conference“ vergangene Woche in Sydney. Für große Enttäuschung und Ärger sorgte vor allem der Auftritt der Bundesregierung. War Australien mit mehreren Ministern vertreten, schickte Berlin gerade mal einen Staatssekretär. Dieser war überdies australischen Fragen zur Agenda 2010 wie zur Gesundheitsreform „nicht gewachsen“, wie Teilnehmer der *Frankfurter Allgemeinen* entrüstet mitteilten. Selbst eine Unternehmerdelegation aus Deutschland sei nicht zusammengebracht worden, während sich Australien professionell im besten Licht präsentiert habe. Die Konferenz findet alle zwei Jahre im Wechsel statt; nach Berlin war dieses Jahr Sydney an der Reihe.

Fliegt Dänemark aus der EU?

Selbst wenn sich die europäischen Regierungen bis Dezember auf eine EU-Verfassung einigen sollten – trotz Hunderter ungeklärter Sonderwünsche –, müssen in einigen Ländern Volksabstimmungen das Werk bestätigen. Allerdings nur für Dänemark wäre eine solche Entscheidung juristisch bindend. Sollten die Dänen nein sagen, so befürchten hohe EU-Beamte, flöge das Königreich als erstes Land zwangsweise aus der EU.

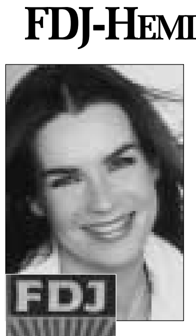
Personalien

Held und Hetzer



In den Jahren 1980/81 wurde er zum Anführer und Symbol der polnischen Arbeiterbewegung gegen das kommunistische Regime: **Lech Walesa** ist am Montag 60 Jahre alt geworden. Nach Aufhebung des Kriegsrechts hoben ihn die Polen infolge des Umbruchs 1989 auf den Präsidentenstuhl, wo prompt die problematischen Seiten des „Helden von Danzig“ zutage traten. Mit skandalösen Äußerungen, wie der, man müsse Deutschland nötigenfalls „von der Landkarte radieren“, verspielte er seinen Nimbus. Auch die Polen hatten bald genug von Walesa und wählten ihn 1995 ab. Die jüngsten Entgleisungen des Posener Magazins *Wprost* (wir berichteten) nannte Walesa „sehr gut“. Hier waren die deutschen Vertriebenen wie auch der Bundeskanzler in unflätiger Weise beleidigt worden.

FDJ-Hemd verboten



Dem Show-Sternchen und Eislauf-Talent **Katharina Witt** droht eine Klage wegen Tragens verbotener Symbole. Das als „Honeckers Eisprinzessin“ bekannt gewordene heutige Foto-Modell trug auf einer „Ostalgie“-TV-Veranstaltung in Köln ein FDJ-Hemd mit Emblem zur Schau. Sie fand das witzig, der mitteldeutsche CDU-Politiker Günter Nooke nicht. Er will bei Bundesinnenminister Schily prüfen lassen, ob damit gegen das Gesetz verstoßen wurde. Die FDJ ist samt ihren Symbolen in Westdeutschland verboten, wie schon zuvor die HJ. Die TV-Show fand in Köln statt.



»Wie wäre es mit dem Aufbau eines Mautsystems? Hm, Manni?«

Zeichnung: Götz Wiedenroth

Alte Freunde fressen

Warum Putin soviel besser wegkam / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Schon wieder fliegt Deutschland in der Holzklasse. Unseren Kanzler hat US-Präsident Bush bloß in so einem Hotelzimmer in New York getroffen, Rußlands Putin durfte gleich mit auf den Landsitz. Grund: schiere Gemeinheit. Denn im Grunde teilt Bush mit beiden ein gemeinsames Schicksal. Mit Putin legt er Hand in Hand den Daumen auf die Perser und ihr Atomprogramm – das ganz wesentlich aus Rußland geliefert worden war. Dafür will er den Kreml für seinen Krieg gegen die Islamisten einspannen, die bekanntlich ihr Geld vom US-Verbündeten Saudi-Arabien beziehen, während die jungen Terroristen beim Alliierten Pakistan herangezüchtet werden. Kurzum: Moskau und Washington haben sich zum gemeinsamen Alte-Freunde-Fressen versammelt, das verbindet.

Mit Kanzler Schröder aber teilt Bush auch nicht weniger, nämlich die Freuden des Kellerdaseins, was Haushaltsdaten und Popularität daheim angeht. In ihren Völkern genießen Bush wie Schröder das Ansehen schillernder Wunderheiler, die alles versprechen, natürlich Vorkasse für ihre Mirakel verlangen und sich dann mittels bombastischer Worte und schmieriger Ausreden aus der Affäre ziehen wollen. Das sollte sie doch auch aneinanderschmieden. Fehlanzeige: Schröder im spröden Zimmer, Putin auf der großen Ranch. Diese Demütigung durch seinen Berufsgenossen aus der öligen Texassteppe tut weh und schreit nach Rache.

Wenn Bush nach Deutschland kommt, ist Gelegenheit dazu. Statt den Cowboy nach Berlin oder gar in seinen nobles Reihenendhaus in Hannover zu laden, könnte Schröder ihn lediglich bei guten Bekannten treffen. Glücklicher Zufall: Zwei davon haben sich gerade ganz in der Nähe der Schröders ein wirklich hübsches Domizil zugelegt. Für lumpige 690.000 Euro erwarben IG-Metall-Chef Jürgen Peters und sein Streik-Stratege Hasso Düvel ein denkmalgeschütztes Anwesen mit über 600 Quadratmetern Wohnfläche und Park drumherum. Voreigentümer war die Wohnungsbaugesellschaft des SPD-regierten Hannover, weshalb kein Zweifel darüber besteht, daß hier niemand bevorteilt wurde. So was tun Genossen nicht. Sie schmeißen auch keine Mieter raus, wäre da nicht diese 79jährige Omi, die, noch dazu alzheimerkrank, partout nicht weichen will. Mit dem traurigen Schicksal von Mietern in Deutschland haben sich Gewerkschaftsbosse seit jeher eingehend befaßt, weshalb Peters und Düvel jetzt auch genau wissen, was zu tun ist: Die Alte fliegt bis spätestens April raus. Dafür kriegt sie 5.000 Euro auf die Hand. Wenn die schrullige Seniorin darauf nicht eingeht, dann ... aber das wird sie ja sehen.

Staatsgast Bush hätte seine Freude an den beiden Metallern. Mit ihnen kann er sich darüber austauschen, wie man erst einen ganzen Betrieb (wie Bushs ruinierte Firma „Harken Energy“) oder eben eine Gewerkschaft an die Wand fährt, um danach trotzdem ganz groß rauszukommen. Das wird gewiß spannend. Weniger erbaulich ist das neidische Getue an der IG-Metall-Basis. „Unglaubwürdig“ schimpfen die Unbelehrbaren auf Peters wegen seines Parkschlößchens. Hat uns nicht gerade Jürgen Peters schon vor Jahren erzählt, daß „die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden“? Diesen Prozeß will Peters natürlich von der richtigen Seite aus miterleben, wozu er eine angemessene Adresse benötigt. Warum machen es ihm die genervten Metaller nicht einfach nach?

> *Ehrfurchtsvoll nennen sogar DGB-Kollegen Jürgen Peters und Frau »Erich und Margot«*

Aber sie wollen es eben nicht verstehen. Noch weniger kapieren die verdutzten Unternehmer diese Welt, wenn sie auf Peters smarte Karriere und seinen gekonnten Umgang mit den Regeln des freien Marktes blicken. Sind Marxisten doch die besseren Kapitalisten? Woran ist die DDR dann kaputtgegangen? Ehrfurchtsvoll nennen selbst DGB-Kollegen das streng marxistische Ehepaar Peters bereits „Erich und Margot“. Der Mann hat es geschafft, er hat Durchblick bewiesen.

Der fehlt hierzulande manchen Politikern. Ein Journalist hat alle Bundestagsabgeordneten gefragt, ob sie die Gesundheitsreform (welche Version, lassen wir weg) verstanden hätten. Nur 15 waren bereit, das zumindest öffentlich zu behaupten. Nicht viel. Sei's drum: Letztlich ist das alles vermutlich sowieso zu kompliziert für uns.

Wie neuerdings die „Pendlerpauschale“. Etwa ein halbes Dutzend Fassungen werden seit drei Jahren verhandelt. Letzte Version des Finanzministers: Die Pauschale wird pauschal auf 15 Cent gekürzt, basta. Hans Eichel hatte eigentlich erst ab 20 Kilometern Wegstrecke die Fahrtkosten zum Arbeitsplatz abzugsfähig machen wollen. Das Vorhaben landete nach genau drei Tagen im Mülleimer, der Grünen wegen. Die wollten die Benutzer öffentlicher Verkehrsmittels weiter auf der ganzen Fahrt begünstigen. Diesen Vorschlag wiederum ließ der Kanzler nach nur zwei Tagen öffentlich verbrennen. Jetzt ist von einer Arbeitsgruppe die Rede. Deren Ergebnis nehmen wir an dieser Stelle schon mal vorweg: Es wird gar keine „Pauschale“ mehr geben, sondern das Gegenteil: eine Maut auf alles, was sich bewegt, Haustiere und Insekten inbegriffen

Ob deren Einführung die Sache überschaubarer macht? Davon ist nicht jeder überzeugt. Verkehrsminister Stolpe ist bereits aufgrund des Wegegeldes nur für Lkw am Ende mit seinen Nerven. Völlig durch den Wind kann er nicht einmal mehr die Jahreszeiten richtig zuordnen. Als er Sommer sagte, meinte er Herbst, und unter *seinem* Herbst verstand er das, was bislang als Winter oder Frühjahr im Sprachgebrauch war. Mittlerweile hat er es aufgegeben, überhaupt noch irgend etwas zu wissen. Für ihn ist das unproblematisch, Stolpe ist immerhin ehemaliger Geistlicher und ließ nun als solcher verlauten: „Ich glaube an die Maut!“ Wer glaubt, braucht schließlich nicht zu wissen, wissen wir Gläubigen.

In der guten alten Zeit fingen wir an solch – zugegeben – ein wenig verfahrenen Stellen an, das Gespräch auf unsere „europäischen Visionen“ zu bringen. Das lenkte ab und kam, weiß Kohl, immer gut an. Unsere EU-Partner verläßt jedoch zunehmend die Lust an dem Projekt, zumal die ungeschriebene Präambel der unverabschiedeten EU-Verfassung (Erster Satz: „Deutschland zahlt“) ernsthaft gefährdet ist. Schon wird spekuliert, der Euro könnte scheitern, ja die ganze Union zerplatzen.

Wie so häufig sind es unsere polnischen Freunde und Nachbarn, die in diesem Falle besonders unter die Räder deutscher Unzuverlässigkeit geraten dürften. Das Geld schon vor den feuchten Augen, könnten sie abermals zu den Betrogenen der Geschichte zählen. Nicht viel weniger schlimm droht es unsere übrigen Miteuropäer zu treffen. Das starke Deutschland hatten sie an die Leine legen wollen, nun hat sich der Jahrtausendfang als sinkendes Narrenschiff entpuppt. Die Wut ist beträchtlich. Und verständlich: Wer geht schon mit notorischen Bankrotteuren, die ihm am Ende nur an sein Geld wollen, in eine gemeinsame Wirtschaftsunion? ■

Zitate

Das polnische Magazin Wprost *hat BdV-Präsidentin* ***Erika Steinbach in SS-Uniform auf Kanzler Schröder*** *reitend gezeigt (siehe* PAZ *vergangener Woche). Im Gespräch mit der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung* Junge Freiheit *vom 26. September zeigt sich Jerzy Marek Nowakowski, Auslandsressort-Chef von* Wprost, *hoch zufrieden mit den polnischen Reaktionen darauf:*

„Sehr positiv, neunzig Prozent Zustimmung, von Lech Walesa bis zum ehemaligen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski hat man die Sache als sehr hilfreich beurteilt.“

Im Kölner Stadt-Anzeiger *vom 23. September entrüstet sich Gabriele Lesser über die neueste* ***polnische Hetzkampagne gegen die Deutschen****:*

„Die polnische Zeitschrift *Wprost* (Direkt) läßt nicht locker: Mit Deutschenhaß läßt sich zur Zeit in Polen gut Kasse machen. Alle Zeitungen schreiben schlecht über die Deutschen. Aber *Wprost* betreibt pure Hetze. ... Daß diese Kritik völlig überzogen ist und nur noch als Hetze bezeichnet werden kann, sehen einige Prominente in Polen ganz anders. Lech Walesa ... meint in der neuesten Ausgabe von *Wprost*: „Es ist sehr gut, daß *Wprost* diese Artikel veröffentlicht hat.“

Dazu Polens ***Ex-Außenminister W. Bartoszewski*** *laut* Rheinischer Merkur *vom 18. September:*

„Wenn Deutsche in Güterwagen nach Deutschland gebracht werden, ist das keine besondere Art der Unterdrückung.“

Richterweisheit

Ein dreifach Hoch dem Höchstgericht,
ein Prosit dem Kalifen:
Denn Kopftuchrecht – noch keine Pflicht –
bringt neue Perspektiven!

Bekennen heißt das Zauberwort,
jetzt muß man nicht mehr bangen,
denn wer bekennt, fegt Schranken fort
in kultischen Belangen.

Herrscht heute nicht der Körperkult?
Da dürfen sich bescheiden
Bekenner vorn am Lehrerpult
auch saunamäßig kleiden.

Ganz analog wird dies probat
für Priester, Ministranten
sowie als Re-Reform-Ornat
befreiter Protestanten.

Bekennend kann sich nun der Christ
auch anderswo entfalten
und in Moscheen, weil's so ist,
die Schuhe anbehalten.

Besucht er Synagogen frei,
dann bleibt der Hut zu Hause,
und in der Tüte mit dabei
ist Bockwurst für die Jause.

Die Kirchenglocken tönen laut
in Teheran und Jemen,
wenn Christenknaben sich zur Braut
ein Muselmädchen nehmen.

In Mekka und Medina weiht
der Papst die Kathedralen,
und selbst der Emir ist bereit
zum Kirchensteuerzahlen.

Natürlich gibt's auf Kultgebiet
auch ungeklärte Fragen:
Ein transvestunter Konvertit,
darf der ein Kopftuch tragen?

Ein homolog getrautes Paar
bringt noch mehr an Problemen:
Was gilt, wenn schließlich beide gar
zwecks Kult das Kopftuch nehmen?

Und darf die eN-Pe-De zum Trutz
als Kultus sich formieren?
Dann könnte der Verfassungsschutz
sie nimmer drangsalieren!

Wir sehen, Richter sind famos
und lassen manches offen.
So werden sie nicht arbeitslos,
und Gerhard kann noch hoffen.

Pannonicus